

seinen Betrag von 300 000 Mark auf den Betrag des Staates von 400 000 Mark erhöhen möge, bis jetzt nicht erfüllt worden ist. Es erschien selbstverständlich, daß auch die Provinz ihren Anteil zu den Kosten der Veranstaltungen, die im Grunde genommen der ganzen Provinz zugute kommen, beitragen muß. Vorbehaltlich Ihrer Genehmigung sind zu diesem Zwecke 500 000 Mark aufgewandt worden. Wenn man bei der Frage, ob diese Aufwendungen mit Recht gemacht sind, zunächst an das wirtschaftliche Ergebnis denkt, so kann man, glaube ich, bis jetzt in jeder Weise zufrieden sein. Eine Hebung des Fremdenverkehrs und des Fremdenzuströms nach der Rheinprovinz ist nach allen vorliegenden Berichten eingetreten und das Interesse für die Rheinprovinz ist im Auslande und Inlande in einer Weise wach geworden, daß sich die günstigen Folgen davon nicht nur in diesem Jahre, sondern hoffentlich noch in weiteren Jahren geltend machen werden.

Als der Provinziallandtag im vorigen Jahre den Gedanken der Jahrtausendfeier durch einen Beschluß in die Öffentlichkeit warf, konnte er kaum ahnen, welchen Widerhall er in allen Kreisen der Bevölkerung, nicht nur im Rheinlande, sondern in ganz Deutschland finden würde. An diesem Widerhall zeigt sich, daß auch die nationale Seite, die in der Feier liegt, wohl verstanden wurde. Wer so viel an Zurückdrängung nationalen Gefühls und an nationaler Demütigung in den letzten Jahren erlitten hat, wie wir hier in der Rheinprovinz, der wird verstehen, daß jetzt mit der Kraft einer Explosion sich überall Bahn bricht der Ausdruck der Freude über die treue Verbundenheit von Rhein und Reich über die Zugehörigkeit zu der festen Reichsklammer Preußen. Gewiß vergessen wir dabei nicht, daß wir außerordentlich viel Not und soziales Elend in der Rheinprovinz haben, und gerade der Haushaltsplan unserer Pro-

vinz zeigt zur Genüge, daß an dieser Stelle hierfür volles Verständnis vorhanden ist. Aber die Hebung und Weckung des nationalen Gefühls und auch die wirtschaftliche Belebung, die die Jahrtausendfeier mit sich bringt, kann auch für die sozialen Belange nur von Vorteil sein. Wenn bei der Feier in der äußeren Ausdrucksform auch mal eine Uebertreibung oder ein Zuviel vorkommt, so können die wenigen Rörgler und Kritiker uns mit dem Hinweis auf solche Dinge die Freude und die Genugtuung über das Jahrtausendjahr 1925 in der Rheinprovinz nicht nehmen. (Sehr wahr!)

Möge das Jahrtausendjahr aber in schönster Weise seine Früchte tragen in dem Ergebnis Ihrer Beratungen. Wenn dieselben wie in den letzten Jahren von dem einmütigen Gedanken an das Wohl der Provinz getragen sind, so arbeiten wir damit auch hier ein Stück am inneren Aufstieg und an der äußeren Befreiung unseres Vaterlandes. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Nach unseren Beschlüssen von heute morgen ist damit die heutige Tagesordnung erschöpft.

Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß die morgige Sitzung um 9 Uhr vormittags beginnt mit derselben Tagesordnung wie heute nachmittag, wobei dann die eingegangenen Beiträge noch angereicht werden sollen. Damit sind Sie einverstanden; es ist so beschloffen. Ich bitte die Mitglieder des 5. Sachausschusses, jetzt unmittelbar nach der Sitzung in Zimmer 3 zusammenzutreten, um sich zu konstituieren, weil morgen mehrere Herren verhindert sind.

Dann soll auch sofort eine Sitzung des Provinzialausschusses stattfinden.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 4 Uhr 20 Minuten.)

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Samstag, den 13. Juni 1925.

(Beginn 9 Uhr 15 Minuten.)

Tages-Ordnung:

Eingänge.

1. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Finanzierung des Mittelstandes.
2. Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung nebst Einzelhaushaltsplänen für das Rechnungsjahr 1925 und Vorbericht hierzu.
3. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bildung eines Betriebsfonds.
4. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1923/24.
5. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit des Landesrats Knell.
6. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzial-

- verbandes an den Hilfsaktionen für die durch das Hochwasser im Herbst 1924 und durch das Hochwasser im Januar 1925 Geschädigten.
7. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Einschränkung des Rechnungswesens.
 8. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Einrichtung einer wirtschaftlichen und Bauberatungsstelle für private Wohlfahrtsanstalten bei der Provinzialverwaltung.
 9. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-N.-G.
 10. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk.
 11. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Erhöhung der Stammeinlage des Provinzialverbandes bei der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H., Düsseldorf.
 12. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft m. b. H. „Rheinisches Heim“ in Bonn.
 13. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Zurverfügungstellung eines Betrages zur Gewährung von Beihilfen an rheinische Städte zur Veranstaltung von Ausstellungen aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinprovinz.
 14. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aenderung der Satzung der Landesbank der Rheinprovinz.
 15. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Einsetzung eines Provinzialzuschusses von 21 000 Reichsmark in den Haushaltsplan über Kunst und Wissenschaft für 1925 für die Zwecke der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft“ in Berlin.
 16. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aufteilung der unter Titel V, 1 des Haushaltsplans über Kunst und Wissenschaft für 1925 vorgesehenen Mittel im Betrag von 170 000 Reichsmark.
 17. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung.
 18. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Anlauf des Taubstummenheims in Euskirchen.
 19. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den weiteren Ausbau der Provinzial-Hebammenlehranstalt Elberfeld unter Verwendung der Einnahmen aus der Vermietung der Hebammenlehranstalt Köln.
 20. Bericht des Provinzialausschusses über die Errichtung und Tätigkeit des Landesjugendamts im Rechnungsjahr 1924—25.
 21. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Ausbau des Jugendherbergs-Netz in der Rheinprovinz.
 22. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den vollständigen Ausbau der orthopädischen Provinzial-Kinderheilstiftung Süchteln aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Rheinprovinz.
 23. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Herausgabe einer Zeitschrift „Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz“.
 24. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend:
 1. Uebernahme von Bürgschaften gegenüber der Landesbank auf Grund der dem Provinzialausschuß durch den 68. Provinziallandtag erteilten Ermächtigung;
 2. Ermächtigung des Provinzialausschusses, im Rechnungsjahr 1925 nochmals Bürgschaften in Höhe von 1 Million Goldmark zu übernehmen;
 3. Uebernahme eines Teiles der Zinsen für solche Anstalten der privaten Wohlfahrtspflege, die Neu- und Erweiterungsbauten zur Durchführung der dem Provinzialverband gesetzlich obliegenden Aufgaben ausführen und durch den Zinsendienst für die dazu aufgenommenen Darlehn zu sehr belastet werden.
 25. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung der Provinzialverwaltung.
 26. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau einer Autostraße Aachen—Köln.
 27. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Rheinischen Provinzialverbandes an der „Rheinischen Verkehrs-gesellschaft, N.-G., Köln, und an Betriebsgesellschaften“.
 28. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Beteiligung des Provinzialverbandes an den Aktiengesellschaften Westerwaldbbrücke zu Bonn und J. Reeh zu Dillenburg.
 29. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Beteiligung des Provinzialverbandes an mehreren großen Landeskulturprojekten im Regierungsbezirk Düsseldorf.
 30. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Altenkirchen, Heinsberg und Boppard.
 31. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend nachträgliche Genehmigung einer am 15. Dezember 1924 von dem Provinzialausschuß zwecks Aufhebung der Entschädigung im Falle der sogenannten Dürener Kinderkrankheit beschlossene-

- nen Menderung der Viehseuchen-Entschädigungs-satzung für die Rheinprovinz.
32. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Uebernahme von Bürgschaften für Saatgutfredite.
 33. Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bereitstellung außerordentlicher Mittel zur Unterstützung von Wasserleitungsanlagen im Rechnungsjahre 1925.
 34. Gesuch des Bundes der Schwerkriegsbeschädigten Deutschlands, Ortsgruppe Düsseldorf, vom 6. Mai 1925 um Anrechnung der Kriegsjahre auf das Besoldungsdienstalter des Verwaltungsassistenten Thurm bei der Landesversicherungsanstalt.
 35. Antrag der Stadtgemeinde Godesberg, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsrenten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken den jetzigen tatsächlichen Aufwendungen entsprechend zu erhöhen.
 36. Antrag der Stadtgemeinde Guskirchen, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsrenten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken so zu erhöhen, daß sie die tatsächlichen Aufwendungen decken.
 37. Antrag der Stadtgemeinde Siegburg, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsrenten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken den jetzigen tatsächlichen Aufwendungen entsprechend zu erhöhen.
 38. Antrag der Stadtgemeinde B.-Gladbach, die seinerzeit vertraglich vereinbarten jährlichen Unterhaltungsrenten für die in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen Provinzialstraßenstrecken den von der Stadt heute aufzuwendenden Kosten entsprechend zu erhöhen.
 39. Antrag der Stadtgemeinde Godesberg auf Uebernahme der Kosten, die durch die Pflasterung der in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen chaussierten Provinzialstraßenstrecken entstehen, auf die Provinz.
 40. Antrag der Stadtgemeinde Siegburg auf Uebernahme der Kosten, die durch die Pflasterung der in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen chaussierten Provinzialstraßenstrecken entstehen, auf die Provinz.
 41. Antrag der Stadtgemeinde B.-Gladbach auf Uebernahme der Kosten, die durch die Pflasterung der in eigene Unterhaltung und Verwaltung übernommenen chaussierten Provinzialstraßenstrecken entstehen, auf die Provinz.
 42. Antrag des Kreises Akenau zum Bau einer Gebirgsrennstrecke im Landkreis Akenau:
 - a) einen verlorenen Zuschuß in Höhe von $\frac{1}{2}$ der vom Kreise aufzubringenden Summe (849 750 : 3) = 283 250 Mark zu gewähren, und
 - b) die Verzinsung (9 Prozent) und Amortisierung (12 $\frac{1}{2}$ Prozent) von $\frac{1}{2}$ des Reichs- und Staatsdarlehens (1 178 750 : 3) = rund 393 000 Mark zu übernehmen.
 43. Initiativantrag des Abgeordneten Dr. Heß u. a., betreffend Förderung des Baues einer Autorennebahnstraße im Kreise Akenau.
 44. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Bereitstellung von 150 000 Mark zur Unterstützung von Kinderspeisungen.
 45. Gesuch des Provinzialstraßenmeisters a. D. Köber in Aßbach um Erhöhung seines Ruhegehalts.
 46. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend Einsetzung einer Million Mark jährlich in den Haupthaushalt zwecks Kultur von Dehland und Schaffung landwirtschaftlicher Domänen und Forsten für die Provinz.
 47. Antrag derselben Fraktion, betreffend Einsetzung zweier etatsmäßiger Stellen in den Etat der Fürsorgeziehung und Besetzung dieser Stellen mit Beamten, von denen je einer von den freien und christlichen Gewerkschaften vorgeschlagen wird und die auf den Gebieten der Berufsberatung, des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Betriebsführung Erfahrung besitzen.
 48. Antrag derselben Fraktion auf Bereitstellung von weiteren drei Millionen Reichsmark für Zwecke des Wohnungsbaues als Zwischenkredite aus Mitteln der Landesbank zu den üblichen Bedingungen für die Bauperiode 1925.
- Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die gestrige erste und zweite Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen.
- Es ist ein weiterer Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Wahl des Landesverwaltungsrats Dr. Szajkowski zum Landesrat eingegangen. Der Bericht ist auf die Plätze verteilt. Ferner sind noch folgende Eingänge zu verzeichnen:
1. Entschließung des Abgeordneten Dr. Heß und Genossen, betreffend Räumung der Kölner Zone;
 2. Antrag des Abgeordneten Dr. Esch und Genossen, betreffend besondere Berücksichtigung der südlichen Rheinprovinz bei Verwendung der im Haushaltsplan zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegesbaues sowie für die Instandsetzung bzw. den Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übermenden Gemeinde- und Kreisstraßen vorgesehenen Mittel.
 3. Entschließung des Abgeordneten Dr. Heß und Genossen zur Notlage des Winzerstandes.
- Ich bitte den Schriftführer, Herrn Dr. Fischer, die Anträge zu verlesen.

Schriftführer Dr. Fischer:

1. „Der 69. Rheinische Provinziallandtag ersucht die Staats- und Reichsregierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine demnächstige Räumung der Kölner Zone unter keinen Umständen eine stärkere Belastung der dann noch besetzt bleibenden Gebiete zur Folge hat. Für den Fall, daß eine stärkere Belegung der demnächstigen neuen Nordgrenze (Ahr-Eifel-Linie) nicht ganz vermeidbar erscheinen sollte, möge die Staats- und Reichsregierung zunächst alles tun, um diese neue Belegung in Grenzen zu halten, die den kleinwirtschaftlichen Verhältnissen und der großen Wohnungsnot an der Ahr-Eifel-Linie entsprechen und im übrigen durch schnelle Verrückung von Reichswohnbauten einem neuen Zustand früh genug Rechnung zu tragen.“

2. „Der Provinziallandtag begrüßt die vom Provinzialausschuß vorgeschlagene Beteiligung an den geplanten großen Verkehrsunternehmungen. Dieselben kommen jedoch ausschließlich den Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf zugute. Auch die Vorlage des Provinzialausschusses über die Uebernahme von Straßen auf die Provinz berücksichtigt nicht in ausreichendem Maße die Verkehrsnot der südlichen Rheinprovinz, speziell der westlichen Grenzgebiete.“

Der Provinziallandtag nimmt von der Denkschrift des Regierungspräsidenten von Trier über die wirtschaftliche Notlage, speziell über die Verkehrsnot dieses Bezirks, Kenntnis und unterstützt die darin enthaltene Forderung auf Uebernahme der gesamten Kosten des Ausbaus der durch den Versailler Vertrag erforderlich gewordenen Grenzstraßen auf das Reich.

Daneben ersucht der Provinziallandtag den Provinzialausschuß,

1. bei der Verwendung des Restbetrages von 520 000 Mark der im Haushaltsplan zur Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues unter Titel I Nr. 1 vorgesehenen Mittel,

sowie bei der Verwendung der entsprechenden, möglichst zu erhöhenden Haushaltsmittel der kommenden Rechnungsjahre die aus der südlichen Rheinprovinz vorgelegten Beihilfeanträge in möglichst ausgiebigem Maße zu berücksichtigen;

2. die im gleichen Haushaltsplan unter Titel II vorgesehene Summe von 600 000 Mark für die Instandsetzung bzw. den Ausbau von in das Provinzialstraßennetz zu übernehmenden Gemeinde- und Kreisstraßen bereits mit Wirkung für das laufende Rechnungsjahr um 400 000 Mark und mit Wirkung vom nächsten Rechnungsjahr um weitere 1 000 000 Mark zu erhöhen, um mit Hilfe der erhöhten Mittel in verstärktem Maße durch Uebernahme von Kreis- und Gemeindestraßen eine Verbesserung der

völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse und zugleich die dringend erforderliche Entlastung der schwer leidenden Notstandsgebiete der südlichen Rheinprovinz zu erreichen.“

3. „Der 69. Rheinische Provinziallandtag erwartet von der Staats- und Reichsregierung, daß sie mit größtem Nachdruck alles tut, um die so überaus ernstesten Gefahren zu bannen, in die der Winzerstand durch den spanischen Handelsvertrag geraten ist. Wenn er auch die vom Reichstag und der Reichsregierung vorgesehene Kreditaktion als dankenswerteres Entgegenkommen anzuerkennen bereit ist, so kann er darin nach Lage der Sache die Rettung des deutschen Winzers nicht erblicken, weil sie die Gefahrenquelle gar nicht trifft. Die Rettung ist vielmehr nur denkbar durch eine grundsätzliche Abänderung oder aber durch die Kündigung des Handelsvertrages, und zwar ehe sich die diesjährige spanische Ernte auf dem deutschen Weinmarkt fühlbar machen kann. Eine dementsprechende Zusage seitens der Reichsregierung an den Reichstag liegt vor. Der Provinziallandtag vertraut, daß diese Zusage auch gehalten wird.“

Vorsitzender Dr. Jarres: Ferner sind von der Arbeitsgemeinschaft folgende Anträge eingegangen:

1. „Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ermächtigen, eine Aenderung der „Viehseuchen-Entschädigungssatzung für die Rheinprovinz“ dahin vorzunehmen, daß auch die sog. Folgekrankheiten, besonders bei Maul- und Klauenseuche, in die Entschädigung einbezogen werden.“
2. „Zurzeit werden auf den Rheinbrücken Brückengelder erhoben, welche für den notwendigen Ortsverkehr von Ufer zu Ufer unerträglich sind. Diese Brücken haben als allgemeine und große Verkehrswege auch für Reich, Staat und Provinz hohe Bedeutung.“

Der Provinziallandtag ersucht die Provinzialverwaltung, in Verhandlung mit Reich und Staat zu treten, um eine laufende Beihilfe zu den Unterhaltungskosten zu erlangen. Im Falle der Bereitwilligkeit von Reich und Staat müßte auch die Provinz sich zu einem entsprechenden Beitrag bereiterklären.“

3. „Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, bei der Staats- bzw. Reichsregierung vorstellig zu werden, daß diese zur Anlage neuer Durchgangsstraßen und zum Ausbau von Gemeindewegen, welche in das Provinzialstraßennetz übernommen werden sollen, Mittel zur Verfügung stellen. Provinziallandtag ist der Meinung, daß eine Unterstützung von Reich und Staat wenigstens insofern verlangt werden muß, als der Ausbau der Straßen durch die neue Grenzziehung und die dadurch notwendige Umstellung der Wirtschaft bedingt ist. Zudem sind gerade die Gemeindewege

infolge des Ruhrkampfes noch in einem Zustande, der ohne Hilfe von Staat und Reich nicht gebessert werden kann."

4. „Provinziallandtag ist einverstanden, daß der Provinzialverband sich an einer zu erwartenden Hilfsaktion für die durch das Unwetter am 22. Mai 1925 im Kreise Meisenheim Geschädigten beteiligt. Provinziallandtag stellt eine Summe in gleicher Höhe, wie sie der Staat gewährt, aus Provinzialmitteln zur Verfüging zwecks Durchführung einer Hilfsaktion gemeinschaftlich mit der Staatsregierung, welche die Geschädigten in den Stand setzt, ihre Wirtschaft weiterzuführen."

5. „Der Provinziallandtag wolle genehmigen, daß an den im Weinbaugebiet sowie im Obst- und Gemüsebaugebiet gelegenen landwirtschaftlichen Schulen besondere Wein-, Obst- und Gemüsebaukurse im Benehmen mit der landwirtschaftlichen Kammer eingerichtet werden."

Ich schlage vor, diese sämtlichen Anträge zunächst dem Provinzialauschuß und dann den Sachausschüssen zur Stellungnahme zu überweisen. Ich stelle jedoch anheim, schon heute bei der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan auf diese Anträge einzugehen.

Entschuldigt hat sich für die diesmälige Tagung noch nachträglich Herr Abgeordneter Theissen in Essen wegen Krankheit.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Als erster Redner vom Zentrum hat sich Herr Abgeordneter Schäfer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Herr Landeshauptmann Dr. Horion hat gestern in seiner Etatsrede eine Betrachtung über die allgemeine wirtschaftliche Lage angestellt, die in mancher Beziehung außerordentlich interessant war. U. a. hat er auf die Bedeutung des Londoner Abkommens vom 16. August 1924, insbesondere für die Rheinprovinz, hingewiesen. Wir wollen dankbar gegenüber der Reichsregierung anerkennen, daß das Londoner Abkommen dem Rheinlande manche Erleichterungen gebracht hat. Aber von dem Zustande, den wir erhofften und erhoffen durften und auf den wir einen Anspruch hatten, sind wir sowohl im Gebiet der Kölner Zone als auch im Ruhrbezirk und im Sanktionsgebiet weit entfernt. Die Räumung der Kölner Zone, auf die wir einen vertragsmäßigen Anspruch hatten, ist unter Vorwänden, die wir als stichhaltig und berechtigt nicht anerkennen, bis heute nicht vollzogen worden. Wir erblicken in diesem Verhalten eine schwere Vertragsverletzung und ein uns angetanes bitteres, schweres Unrecht. Dieses Vorgehen ist wenig geeignet, ein friedliches Zusammenleben der Nationen zu fördern. Es ist darüber hinaus auch geeignet, die von der Reichsregierung unter Mitwirkung fast aller Parteien des Reichstags eingeleitete Verständigungspolitik zu erschweren. (Abgeordneter Dr. Heß: Sehr wahr!) Meine Damen und Herren! Das Vertrauen ist eine

zarte Blume im Leben des einzelnen, aber auch im Leben der Völker. Man kann es dem deutschen Volke nicht verdenken, wenn es allen Erklärungen, die in Zukunft kommen, mit dem äußersten Mißtrauen entgegensteht, nachdem es diese traurigen Erfahrungen in diesem Punkte gemacht hat. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Wir aber, die berufenen Vertreter des rheinischen Volkes, erheben auch hier unsere warnende Stimme und fordern unser Recht. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Mit besonderer Freude und Genugtuung haben wir aber empfunden, daß ein Rheinländer, und zwar Herr Landeshauptmann Dr. Horion, vom Vertrauen der Reichs- und Landesregierung an die Spitze der Delegation gestellt worden ist, der die Durchführung des Londoner Abkommens, die Herstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit und der Amnestie oblag. (Beifall.) Herr Dr. Horion hat sich mit heiligem Eifer dieser Sache angenommen und das Vertrauen der Reichsregierung in glänzender Weise dadurch gerechtfertigt, daß er die außerordentlich schwierigen Verhandlungen zu einem Erfolge führte, wie er nach Lage der Verhältnisse nur erhofft werden konnte. (Sehr wahr! und Bravo!) Reichs- und Staatsregierung haben die Verdienste des Landeshauptmanns in überaus ehrenden Worten anerkannt. Zu besonderem Danke aber ist auch das rheinische Volk verpflichtet und in ihm besonders alle diejenigen, denen die Arbeit des Herrn Landeshauptmanns unmittelbar zugute gekommen ist, die zahlreichen Vertriebenen, die zahlreichen Verurteilten. Ich empfinde es als eine besondere Ehre, diesen Dank des rheinischen Volkes, soweit es durch die Zentrumsfraktion vertreten wird, im ausdrücklichen Auftrage meiner Fraktion dem Herrn Landeshauptmann heute auch öffentlich aussprechen zu dürfen. (Lebhaftes Bravo!)

Herr Landeshauptmann hat dann noch eine Feststellung getroffen, die gerade für die Beratung des Haushalts von ausschlaggebender Bedeutung ist: Die Stabilisierung der Mark ist auch im vorigen Jahre aufrechterhalten worden, und es liegt kein Anlaß vor, anzunehmen, daß es nicht gelingen werde, sie auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Es ist nützlich und notwendig, diese Feststellung noch einmal vor der Öffentlichkeit zu treffen und den Leuten entgegenzutreten, die unter Hinweis auf die Teuerung in oft geradezu unverantwortlicher Weise das Schreckgespenst einer neuen Inflation an die Wand malen (Abgeordneter Hagen: Sehr richtig!) und dadurch das Vertrauen in die Mark in fast gewissenloser Weise untergraben. (Sehr wahr!) So haben wir also im Haushalt der Provinzialverwaltung auch diesmal mit festen Zahlen zu rechnen.

Was nun den Haushalt selbst angeht, so bedauere ich mit dem Herrn Landeshauptmann, daß der Provinziallandtag in diesem Jahre so spät zur Beratung zusammentritt. Der Herr Landeshauptmann hat die

Gründe dargelegt, die es tatsächlich und rechtlich unmöglich machten, zu einer früheren Tagung zusammenzukommen. Ich nehme aber gerne Kenntnis von der Auffassung des Herrn Landeshauptmanns, daß er diesen Zustand als einen höchst unerwünschten ansieht. Ich möchte dieser Auffassung des Herrn Landeshauptmanns vom Standpunkte der Interessen der Gemeinden durchaus beitreten. Es ist in der Tat für die Gemeinden außerordentlich unangenehm, wenn sie im März ihre Haushalte abschließen und noch in Unsicherheit über die Höhe der Provinzialabgabe sind. In unseren städtischen Haushalten sind sowieso eine ganze Reihe von unsicheren Faktoren, und es ist sehr unerwünscht, wenn noch ein Faktor dazu kommt, der in manchen Haushalten eine außerordentliche Bedeutung hat. Wir haben also den dringenden Wunsch, daß in Zukunft der Haushalt entsprechend der Auffassung des Herrn Landeshauptmanns so rechtzeitig vorgelegt wird, daß die Provinzialumlage feststeht, wenn die Haushalte der Gemeinden verabschiedet werden.

Wie für alle öffentlichen Körperschaften, so gilt auch für die Provinzialverwaltung die Forderung nach der größten Sparsamkeit. In diesem Grundsatz sind, soweit ich sehe, alle Beteiligten restlos einig. Die Schwierigkeit beginnt erst in dem Augenblick, wo festgestellt werden soll, wo man denn eigentlich anfangen soll. Da ergibt sich dann meistens das Bild, daß jeder der Auffassung ist, daß man bei einem anderen Teile wohl zweckmäßigerweise zuerst anfangen. Wenn man gar in die Presse sieht, dann bekommt man den Eindruck, daß das Kapitel Personalpolitik und Beamtenbesoldung als Sparobjekt sich einer außerordentlichen Beliebtheit erfreut, daß im übrigen sogar Kreise vorhanden sind, die glauben, daß man gerade aus diesem Kapitel unermeßliche Summen herausziehen könnte.

Meine Damen und Herren! Die Dinge liegen bei der Personalpolitik folgendermaßen: Es ist außer Zweifel, daß in der Nachkriegszeit die Zahl der Beamten ungebührlich angeschwollen ist und daß damit auch der Aufwand für Personalkosten außerordentlich groß geworden ist. Aber es wird Ihnen allen bekannt sein, daß wir von diesem Zustande schon in sehr erheblichem Maße und eigentlich rascher, als man annehmen konnte, zurückgekommen sind. Das trifft zu für die Reichs- und preussischen Staatsverwaltungen, aber auch für die kommunalen Verwaltungen. Im übrigen waren ja gerade die Kommunalverwaltungen im besetzten Gebiet durchaus nicht frei in ihren Entschlüssen. Wir haben das Besoldungsgesetz bekommen, während wir früher besondere Besoldungsordnungen hatten. Dieses Besoldungsgesetz zwingt uns, gewisse Schematisierungen, die wir an sich grundsätzlich ablehnten, mitzumachen. Wir haben im besetzten Gebiet die Abbauperordnung, die den Auswüchsen hätte entgegenzutreten können, aus bestimmten Gründen nicht bekommen, und es ist zweifelhaft, ob sie überhaupt kommt. Inzwischen

sind aber die Dinge soweit gediehen — ich glaube, so ist der Tatbestand auch bei der Provinz —, daß durch den natürlichen Abgang — Pensionierung, Ausscheiden usw. — schon eine erhebliche Reduzierung des Personals eingetreten ist, so daß ich glaube, daß irgendein akutes Interesse an der Einführung des Personalabbaugesetzes jedenfalls für die Verhältnisse der Provinz nicht mehr vorliegt. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Im übrigen wird ja auch gerade in der Presse, in der so oft und so viel von der Notwendigkeit des Abbaus geschrieben wird, dessen finanzielle Bedeutung außerordentlich überschätzt. Es ist selbstverständlich, daß der Beamte nicht rechtlos auf die Straße geworfen werden kann. Er hat seine verbrieften Rechte. Wenn er jetzt eines Teils seiner Rechte dadurch verlustig wird, daß er auf Grund eines besonderen Gesetzes vorzeitig aus dem Amte entfernt werden kann, dann muß ihm eben seine Behörde seine Pension zahlen. So wird, namentlich wenn es sich um ältere Beamte handelt — die Abbauperordnung richtet sich sehr häufig gegen ältere Beamte, weil diese in der Leistungsfähigkeit beschränkt sind und die Stellen ihre Bedeutung verloren haben — ein großer Teil der ersparten Gehälter durch die Pensionszahlung wieder aufgezehrt, so daß per Saldo in sehr vielen Verwaltungen bei Anwendung der Abbauperordnung, wenn große Pensionszahlungen damit verknüpft sind, nicht allzu viel herauskommen.

In der Provinz ist die Zahl der Angestellten und Beamten von 4006 im Jahre 1924 auf 3692 im Jahre 1925, also um etwas über 300, zurückgegangen. Gleichzeitig ist allerdings der Besoldungsaufwand von 8,86 auf 10,76 Millionen im Jahre 1925, also um rund 1,9 Millionen Mark, gestiegen. Die Erklärung für diese erhebliche Steigerung liegt einfach darin, daß auch die Provinz von den staatlichen und Reichsbesoldungsgesetzen abhängig ist und daß durch diese Gesetze im abgelaufenen Jahr eine einmalige Erhöhung der Grundgehälter und eine Erhöhung der Wohnungsgelder vorgenommen worden sind. Genau dieselbe Erscheinung findet sich deswegen auch in den Etats der sämtlichen öffentlichen Körperschaften, deren Beamte den Reichsbesoldungsgesetzen unterliegen.

Nun, meine Damen und Herren, hat der Haushalt gewisse Vergleiche versucht, und zwar vergleicht er das Jahr 1925 mit dem Jahre 1924. Ich habe Zweifel, ob diese Vergleichszahlen überhaupt einen brauchbaren Vergleich ergeben. Wir müßten ein Normaljahr mit einem Jahr vergleichen, das von dem Normaljahr durch die inzwischen gewordenen Verhältnisse getrennt ist. Wir würden also beispielsweise das Jahr 1913 oder 1914 — ich stelle anheim, welches man als Normaljahr nehmen will — mit dem Jahr 1925 vergleichen und dann feststellen müssen, welche Einrichtungen im Jahre 1913/1914 und im Jahre 1925 vorhanden sind. Man würde dann feststellen können, wieviel Be-

amte für die gleiche Einrichtung in diesen beiden Zeitpunkten vorhanden sind. Dann würde man zu einem zutreffenden Schluß kommen, ob heute die Zahl der Beamten größer ist als die Zahl der Beamten, die für den gleichen Zweck im Jahre 1913/14 zur Verfügung standen. Dabei würde man noch die Erwägung anstellen können, daß wir im Jahre 1913/14 uns eines nicht unerheblichen Wohlstandes erfreuten, während die Dinge heute genau in das Gegenteil umgeschlagen sind.

Jedenfalls möchte ich den Herrn Landeshauptmann bitten, zu erwägen, ob es nicht möglich ist, die so wertvollen Erläuterungen zum Haushalt nach der Richtung zu ergänzen, daß ein derartiger Vergleich möglich ist. Das gilt übrigens nicht nur für diesen Haushalt, sondern es gibt noch eine ganze Reihe anderer Haushalte, wo ebenfalls Vergleichszahlen aus einem Normaljahr außerordentlich wertvoll sein würden.

In der Personalpolitik muß grundsätzlich der Standpunkt vertreten werden, daß mit möglichst wenig Kräften auszukommen ist. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß diese wenigen Kräfte, die übrig bleiben, eine außerordentliche Tüchtigkeit besitzen und daß sie gut und angemessen befördert werden müssen. Deswegen glaube ich auch, daß der Grundsatz, der früher in den Besoldungsordnungen der Nachkriegszeit bestanden hat, daß nämlich die wichtigen Stellen der Obersekretärlaufbahn noch im Wege der Aufrückung erreicht werden konnten, immer mehr zurückzutreten hat hinter der Auffassung, daß diese Stellen nur von den Tüchtigen im Wege der Beförderung erreicht werden können. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Im übrigen ist dieser Standpunkt auch schon von den verschiedenen Vertretern der preussischen Staatsregierung vertreten worden, und es ist zu hoffen, daß dieser Grundsatz sich allgemein durchsetzt. Ich möchte übrigens sagen, daß ein großer Teil der Beamenschaft auch auf diesem Standpunkte steht und es als höchst unerfreulich empfunden hat, daß gewisse Stellen im Wege des Dienstalters zu erreichen waren und nicht wegen besonderer Tüchtigkeit. Ich glaube, daß eine erhebliche Gesundung in der Auffassung der Beamenschaft heute schon festzustellen ist.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch ein Wort über die Würdigung sagen, die die Beamtengehälter in der Presse zu finden gewohnt sind. Es vergeht fast kein Tag oder keine Woche, in der nicht in irgendeiner Zeitschrift irgendeine Entschliebung von irgendeiner wirtschaftlichen Korporation abgedruckt ist, in der gegen die Gehälter irgendwelcher Beamten Protest erhoben wird, und zwar immer mit der Begründung — darauf kommt es hier an —, daß die Gehälter vergleichbarer Beamten oder Angestellten im Gewerbe oder in der Industrie erheblich niedriger seien. Meine Damen und Herren! Der Standpunkt, der da vertreten wird, ist ein außerordentlich gefährlicher. Er

geht an die Grundlagen unseres ganzen Beamtentums; das muß man sich klar machen. Der Beamte hat nach unserer Auffassung und nach dem preussischen und Reichsrecht kein Konjunkturgehalt, sondern er hat ein Gehalt, das ihn in die Lage setzen soll, seine Aufgaben ohne die schwerste Sorge um das tägliche Brot zu erfüllen. Die Tatsache des Konjunkturgehältes äußert sich selbstverständlich verschieden, je nachdem die Konjunktur gut oder schlecht ist. Wir haben die Zeiten gehabt, in denen das Gehalt eines Angestellten in der Industrie erheblich über fast den höchsten Gehältern in den Kommunal- und Staatsverwaltungen lag. Damals hat sich kein Mensch darüber beschwert und die Beamten haben es ruhig getragen, umgekehrt müssen die Beamten verlangen, daß in dem Augenblick, wo die Konjunktur einmal anders wird, nicht sofort verlangt wird, daß nunmehr die Gehälter heruntergesetzt werden. Damit legt man die Art an die Wurzel des Beamtentums. Ich kann nur feststellen, daß ein großer Teil der Beamenschaft es äußerst unangenehm empfindet, daß ihm beinahe jeden Tag sein Gehalt in der Presse als zu hoch vorgerechnet wird.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Haushalt der Provinzialstraßenverwaltung. Wir haben heute ein Gesamtnetz von 6348 Kilometern einschließlich der Straßen, die an Gemeinden zur eigenen Unterhaltung abgetreten sind. Sie müssen aber hier berücksichtigt werden, weil sie den Haushalt dadurch belasten, daß für sie Renten gezahlt werden. Diese Straßen verursachen einen Gesamtaufwand von 23 940 000 Mark. Den Ausgaben steht eine Gesamteinnahme von 12 676 000 Mark gegenüber, so daß ein Zuschuß aus Provinzialmitteln durch Provinzialabgabe von insgesamt 11 263 400 Mark erforderlich ist. Die Einnahmen dieses Haushalts setzen sich zusammen aus eigenen Einnahmen, aus den Ueberweisungen aus dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, der Straßendotation — einem Drittel der Gesamtdotation — und den Vorausleistungen nach der Vorausleistungsverordnung vom November 1923. Ich will aus besonderen Gründen dem Beispiele des Herrn Landeshauptmanns folgen und darauf verzichten, noch einmal die Gründe zu erörtern, die den Provinziallandtag seinerzeit veranlaßt haben, gegen die Ungerechtigkeiten sowohl bei der Bemessung und Verteilung der Dotationen als auch bei der Verteilung der Erträge des Kraftfahrzeugsteuergesetzes Einspruch zu erheben. Aber eines muß ich doch aussprechen: Wenn der Osten, wie es der Herr Landeshauptmann gestern vortrug, den Spieß umdreht und, wo wir doch in außerordentlicher Weise geschädigt werden, behauptet, daß die Schädigung auf seiner Seite liege, dann müssen wir dagegen ganz entschieden Verwahrung einlegen. Wir möchten den Herrn Landeshauptmann bitten, aus der Tatsache der Forderung, die im Osten erhoben wird, zu schließen, daß auch der West, wie er heute ist, noch durchaus nicht gesichert ist und daß wir alle Veranlassung haben, auf-

zupassen, daß wir nicht eines Tages wieder gegenüber dem Osten im Nachteil sind.

Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Etat ist festzustellen, daß die Aufwendungen für Besoldungen recht erheblich sind. Sie betragen rund 3 Millionen Mark. Wenn ich recht gerechnet habe, dann ergibt sich ein Personalaufwand von rund 472 Mark auf 1 Kilometer. Mir stehen Vergleichszahlen aus der früheren Zeit nicht zur Verfügung. Immerhin sind die Kosten recht erheblich.

Die Gesamtausgabe aus dem letzten Kriegsjahr habe ich aus dem schönen Werk entnommen, das die Provinz jetzt aus Anlaß der Jahrtausendfeier verlegt, „Die Entwicklung der Provinzialverwaltung“. Daraus ist zu entnehmen, daß bei einem Straßennetz von 6938 Kilometern Gesamtausgaben von 8 800 000 Mark entstanden sind. Die Steigerung beträgt also etwa das 2,5fache. Sie ist natürlich ganz außerordentlich, und sie ist leider so, daß keinerlei begründete Hoffnung besteht, daß wir die Aufwendungen für den Straßenhaushalt dem Stand der Vorkriegszeit wieder nähern können.

Meine Damen und Herren! Von ganz besonderer Wichtigkeit für alle Straßenhaushalte ist die Art der Straßendecke. Fehler nach dieser Richtung, die in sehr vielen Kommunalverwaltungen gemacht worden sind, haben sich immer bitter gerächt. Nun ist mir bekannt, daß die Provinzialverwaltung gerade der Straßendecke immer eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ich erinnere mich noch der Verhandlungen, die vor einigen Jahren hier gepflogen wurden, als es sich darum handelte, eine dem starken Autoverkehr entsprechende starke Straßendecke zu finden. Wir haben uns damals, dem Vorschlage der Verwaltung entsprechend, entschlossen, das Kleinpflaster zu bevorzugen, in dem Bewußtsein, daß das Kleinpflaster zwar sehr teuer, aber schließlich durch seine lange Haltbarkeit doch verhältnismäßig noch immer am wirtschaftlichsten ist. Ich glaube, daß die Erfahrungen mit dem Kleinpflaster auch heute noch gut sind. Ich möchte aber den Herrn Landeshauptmann bitten, auch einmal einem neuen Verfahren, das in verschiedenen anderen europäischen Ländern mit großem Erfolge angewandt worden ist, seine Aufmerksamkeit zu schenken — nämlich, das sogenannte Bitumen-Verfahren. Diese Straßendecke soll den Vorteil haben, daß sie einmal dem starken Autoverkehr gewachsen ist, zum anderen aber auch erheblich billiger ist. Es spricht übrigens noch ein anderer Grund dafür, daß man sich nicht auf eine bestimmte Straßendecke festlegt, insbesondere dann nicht, wenn das Material verhältnismäßig knapp ist. Aus dem Bericht der Provinzialverwaltung, „Die Entwicklung der Provinzialverwaltung“, habe ich entnommen, daß die gesamten Steinbrüche nicht in der Lage waren, den Bedarf der Provinz an Kleinpflaster zu decken. Augenblicklich liegen die Dinge vielleicht dadurch etwas gün-

stiger, daß die Steinbrüche, die die Provinz im eigenen Betriebe hat, allmählich zu einer immer größeren Produktion kommen und in der nächsten Zeit wohl in der Lage sein werden, eine Tagesleistung von 100 Tonnen zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang hiermit sind auch einige der großen Vorlagen zu erörtern, die Ihnen zugegangen sind, in erster Linie die Vorlage, die den Bau einer Autostraße von Köln nach Aachen vorzieht. Ich darf annehmen, daß Sie die eingehend begründete Vorlage gelesen haben; ich möchte mich deswegen zur Abkürzung meiner Ausführungen darauf beziehen. Nur einige wenige Punkte möchte ich noch besonders hervorheben. Ich werde dadurch dazu veranlaßt, daß in der „Kölnischen Zeitung“ vom 11. Juni d. J. (Nr. 424) eine Erklärung der Reichsbahndirektion Köln veröffentlicht ist, die mit einem nicht unwichtigen Punkte der Begründung der Vorlage in einem krassen und unbereinharen Gegensatz steht. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Während die Provinzialverwaltung in ihrer Vorlage ausführt, daß die Verkehrsverhältnisse außerordentlich ungünstig seien, daß die Eisenbahndirektion Köln nicht in der Lage gewesen sei, den Verkehr zu bewältigen, daß sogar in einem Jahre — 1922 — die Bahnhöfe während einer langen Zeit gesperrt waren, erklärt die Eisenbahndirektion in dieser amtlichen Äußerung genau das Gegenteil. Sie erklärt, es hätte lediglich eine Sperrung an sechs Tagen stattgefunden. Die Bedenken, die damals bestanden hätten, wären längst behoben, die Bahnen seien absolut leistungsfähig, sie seien in der Lage, den Verkehr sofort um weitere 40 Prozent zu steigern, wenn es gewünscht würde, noch weit darüber hinaus, ohne erhebliche bauliche Umänderungen.

Meine Damen und Herren! Ich erwähne das nur, um klarzustellen, daß noch gewisse Unklarheiten in dieser Vorlage sind. Es wird ja auch von der Provinzialverwaltung ausdrücklich erklärt, daß die Vorlage technisch noch nicht so weit ist, daß wir heute schon zu bestimmten endgültigen Beschlüssen, die die ganze Frage regeln sollen, kommen können. Wir können, glaube ich, den Beschluß, den die Provinzialverwaltung vorschlägt, aber auch ohne Rücksicht auf die Entscheidung dieser Auseinandersetzung zwischen der Auffassung der Eisenbahndirektion und der Begründung der Vorlage treffen, denn die Begründung der Provinzialverwaltung für die Notwendigkeit des Autostraßenbaues stützt sich nur zu einem geringen Teil auf die schlechten Verkehrsverhältnisse. Die Provinzialverwaltung geht vielmehr von der Tatsache aus, daß das Automobil, besonders das Lastautomobil, ein außerordentlich bequemes Mittel zum Transport der Güter für alle Industrien geworden ist und daß, selbst wenn der Transport etwas teurer ist, ein Ausgleich dadurch gewonnen wird, daß das mehrmalige Umladen und Abladen wegfällt. Die Industrien haben sich zu einem sehr erheblichen Teil auf das Auto eingestellt.

Ich kann das aus meiner eigenen Erfahrung im rheinisch-westfälischen Bezirk sagen, wo auch auf Strecken, auf denen die Eisenbahn leistungsfähig wäre, irgend eine Konkurrenz zwischen Auto und Eisenbahn gar nicht mehr in Frage kommt, weil eben das Auto unter allen Umständen bevorzugt wird. Wenn wir also mit der Tatsache rechnen müssen, daß selbst eine starke Verbilligung der Frachten auf der Eisenbahn gar nicht die Bedeutung hätte, nunmehr das Auto von der Landstraße zu verschrecken, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß dieses von der Industrie gewählte Beförderungsmittel auf einer brauchbaren Straße laufen kann. Die Voraussetzungen dafür liegen auf der Strecke Köln—Aachen nach übereinstimmenden Mitteilungen, insbesondere auch der Landräte und der Vertreter der Städte, nicht vor. Die Straße hat einen so außerordentlich starken Verkehr, daß einmal räumlich die Sache sehr schwierig zu machen ist, dann aber auch die Abnutzung eine ganz außerordentliche ist. Deswegen ist es notwendig, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß ein gesteigerter Verkehr, der sicher zu erwarten ist, auch aufgenommen werden kann. Aus dem Grunde hält meine Fraktion diese Vorlage für durchaus begründet.

Es spielen aber auch noch andere Momente eine große Rolle, die die Annahme der Vorlage auch denen sympathisch erscheinen lassen können, die nicht vorbehaltlos auf dem Standpunkt stehen. Das ist die besondere Lage des Aachener Bezirks, die sich einmal darin auswirkt, daß dieser Bezirk eine außerordentlich hohe Erwerbslosenziffer hat und offenbar zunächst wenig Aussichten hat, diese Erwerbslosenziffer dauernd erheblich herunterzubringen. Eine wesentliche Erleichterung der ganzen Wirtschaftslage wird dadurch eintreten, daß ein Teil der geeigneten Erwerbslosen als Arbeiter hier beschäftigt werden kann. Die Frage der Erwerbslosen spielt überhaupt hier eine große Rolle, weil ein erheblicher Teil der Mittel im Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden soll. Die Provinzialverwaltung hat in Verhandlungen mit dem Herrn preussischen Wohlfahrtsminister auch die bestimmte Zusage erhalten, daß jede Förderung dieser Vorlage zuteil werden soll, daß aber diese Förderung selbstverständlich erst dann eintreten kann, wenn auch ein Beschluß des Trägers des ganzen Unternehmens, des Provinzialverbandes, vorliegt.

Aber auch aus anderen Gründen würde ich es für sehr erwünscht halten, wenn diese Vorlage hier zur Annahme käme. Wir erinnern uns alle noch der Zeiten, wo Aachen im Mittelpunkt des Interesses stand und ganz außerordentlich gelitten hat. Die Nachwirkungen derartiger Erlebnisse lassen sich selbstverständlich auch in wirtschaftlicher Beziehung nicht von heute auf morgen beseitigen. Es würde ein gewisser Ausgleich sein, wenn nunmehr dem Bezirk Aachen diese seine Wünsche, die wirtschaftlich begründet sind, erfüllt werden könnten.

Meine Damen und Herren! Dann wird Sie noch ein Antrag beschäftigen, der eben vom Herrn Präsidenten verlesen worden ist. Er befaßt sich mit dem Ausbau des Straßennetzes in den südlichen Teilen der Provinz, die durch die Grenzänderungen, die Abschneidung des Saargebietes scharf einschneidende Veränderungen erfahren haben. Auch da werden erhebliche Mittel verlangt. Nun ist es außer Zweifel, daß wir den Standpunkt vertreten müssen, daß in erster Linie das Reich verpflichtet ist, die Gemeinden und die Gegenden des Reichs schadlos zu halten, die unmittelbar unter den Einwirkungen des Versailler Vertrages leiden. Aber es ist selbstverständlich, daß nicht damit zu rechnen ist, daß das Reich nun die gesamten Aufwendungen übernehmen wird, wenn nicht die Provinz hier auch ein erhebliches Interesse zeigt. Deswegen empfiehlt Ihnen meine Fraktion den Antrag Saaken zur eingehenden Berücksichtigung und zur Annahme. Ich nehme an, daß dieser Antrag namentlich von denjenigen Herren, die über die Verhältnisse durch ihre Lokalkenntnis besonders unterrichtet sind, noch begründet wird. Ich werde mich deswegen hier kurz fassen.

Meine Damen und Herren! Als Träger des interlokalen Straßenverkehrs ist die Provinz auch stark an den Autoverkehrsvereinigungen interessiert. Dieses Interesse hat sich auch bereits dahin ausgewirkt, daß die Provinz sich an der Rheinischen Verkehrs-V.-G. in Köln mit 500 000 Mark beteiligt hat — es ist die bekannte Dachgesellschaft —, dann aber auch an Betriebsvereinigungen eine Beteiligung bis zu 200 000 Mark vorgesehen hat. Ich bin der Auffassung, daß die Provinz auch hier auf dem richtigen Wege ist. Ich möchte nur den Wunsch äußern, daß die Provinz erwägt, sich nicht nur an diesen Betriebsvereinigungen zu beteiligen, sondern auch an den Betriebsvereinigungen, die im rheinisch-westfälischen Bezirk gegründet worden sind, natürlich nur soweit sie zur Rheinprovinz gehören.

Ein anderes Projekt, meine Damen und Herren, das Ihnen durch die Erörterung in der Presse schon längst bekannt ist, ist das Projekt der Schnellbahn von Dortmund nach Köln. Dieses Projekt hat eine lange Vorgeschichte. Es hat jahrelanger Bemühungen bedurft, bis endlich die Konzession dazu erteilt worden ist. Nun hat sich in der allerletzten Zeit eine Stimme gegen die Ausführung erhoben, und zwar kommt sie aus dem Kreise der Bergbauinteressenten. Der Bergbau, der bekanntlich mit Bodensenkungen zu rechnen hat, für deren Folgen er finanziell haftbar ist, hat selbstverständlich ein großes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß dieses Projekt nur in einer Weise ausgeführt wird, die den Bergbau nicht noch schwerer belastet, als es heute schon der Fall ist. Darum ist es durchaus erklärlich, daß gegen dieses Projekt in den Kreisen des Bergbaues bei gewissen Strecken erhebliche Bedenken bestehen. Ich glaube aber, sagen zu können, daß es gelingen wird, diese Bedenken zurückzutreten zu lassen. Ich bin sogar überzeugt, daß es ge-

lingen wird, die Bedenken zu beseitigen. Eine Reihe von Städten des rheinisch-westfälischen Bezirks hat ihre Beteiligung bereits beschlossen. Ein Beschluß der Stadt Essen ist noch nicht zustande gekommen. Er wäre möglich gewesen; aber wir legten doch Wert darauf, einen so wichtigen Beschluß nicht mit einer kleinen Mehrheit zu fassen, sondern mit einer großen Mehrheit. Wir würden es sehr begrüßen, wenn in dieser Mehrheit auch diejenigen Kreise vertreten wären, die bisher der Vorlage noch mit Bedenken gegenüberstanden. Jedenfalls glaube ich, sagen zu können, daß ein solcher Beschluß in fast allen Städten erfolgen wird. Ich glaube also auch hier die Genehmigung des Antrages der Provinzialverwaltung unbedenklich empfehlen zu können.

Gewundert hat mich eigentlich, daß im Haushalt die Beteiligung am Flugverkehr noch nicht in die Erscheinung getreten ist. Es ist ja richtig, daß der Flugverkehr von dem Autoverkehr insofern sich wesentlich unterscheidet, als er die Grundlage des Straßenverkehrs, die Straße, verläßt. Aber ich möchte doch annehmen, daß bei einer weiteren Entwicklung des Flugverkehrs die Landstraße doch noch immer eine nicht unerhebliche Rolle spielen wird, und zwar als Träger des Zubringerverkehrs. Es ist selbstverständlich, daß, wenigstens bei dem jetzigen Stande der Technik, nicht überall in nächster Nähe Flugplätze angelegt werden können. Deswegen wird man damit rechnen müssen, daß ein erheblicher Teil der Fahrgäste auf Zubringerstraßen angewiesen ist. In vielen Fällen, namentlich in ländlichen Bezirken, wird diesem Zubringerverkehr natürlich auch die Landstraße, die Provinzialstraße, dienen müssen. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, auch dieser Frage sein Interesse zuzuwenden und, wenn er zu der Ueberzeugung kommt, daß wirkliche Interessen der Provinz in Frage kommen, auch eine Beteiligung der Provinz in Erwägung zu ziehen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich bei diesem Haushalt das Verhältnis der Provinz zum sogenannten „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“. Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß der Begriff „Ruhrkohlenbezirk“ nicht allen unbedingt sympathisch ist. Aber er ist eine Tatsache und, soweit ich sehe, wird er auch in der Zukunft eine Tatsache bleiben. Nun ergibt sich für den ganzen rheinisch-westfälischen Bezirk, soweit er zum Ruhrkohlenbezirk gehört, also etwa für das ganze Gebiet zwischen Ruhr und Lippe, folgender, höchst unerfreulicher Tatbestand. Auf der einen Seite bezahlt der Bezirk Provinzialabgabe — das haben wir stets mit Begeisterung getan — (Heiterkeit.), auf der anderen Seite müssen wir aber auch eine ganz erhebliche Last für den Ruhrsiedlungsverband übernehmen. Warum ich die Frage gerade bei diesem Etat erwähne, ergibt sich daraus, daß sowohl die Rheinprovinz als auch der Ruhrkohlenbezirk zur Lösung von Verkehrsfragen, auch zum Bau von Straßen zuständig sind.

Die Situation der Rheinprovinz ist nun insofern günstig, als sie Geld hat, und die des Ruhrkohlenbezirks ist ungünstig, weil er kein Geld hat. Das ist der wesentliche Unterschied der beiden Organisationen in diesem Punkte. Nun wird durch die Tatsache, daß der Ruhrkohlenbezirk eine Zuständigkeit hat — übrigens ohne Geld oft ein Schwert ohne Klinge, die finanzielle Verpflichtung der Provinz dem Ruhrkohlenbezirk gegenüber durchaus nicht aufgehoben. Ich bin verpflichtet, der Betrübnis Ausdruck zu geben, daß der rheinisch-westfälische Bezirk, wo die Verkehrsverhältnisse außerordentlich schlecht sind, wo die Straßen in einem geradezu trostlosen Zustande sind, wo uns durchgehende Straßen in großem Umfange fehlen, daß dieser zweifellos notleidende Bezirk von der Provinz gar nicht berücksichtigt worden ist. (Sehr wahr!) Ich hätte es außerordentlich begrüßt, wenn es möglich gewesen wäre, in Zusammenarbeit zwischen Provinz und Siedlungsverband gemeinsam eine Lösung zu finden. Ich meine, eine derartige Zusammenarbeit müßte sich ermöglichen lassen. Jedenfalls müßte sich die Provinz bereit finden, Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem dringenden Bedürfnis im rheinisch-westfälischen Bezirk Rechnung zu tragen.

Ich sehe davon ab, in diesem Jahre besondere Anträge zu stellen, weil der Etat sowieso schon so außerordentlich belastet ist, daß sich kaum eine Mehrheit für die Annahme finden würde. Aber ich möchte den Herrn Landeshauptmann dringend bitten, dieser Frage sein besonderes Interesse zuzuwenden. Er muß doch selbst das Interesse haben, daß es keinen Teil der Provinz gibt, der sich mit Recht stiefmütterlich behandelt fühlt, und daß wir das tun, das kann ich Ihnen hier feierlich versichern. Ich hoffe also, daß es möglich sein wird, für den nächsten Haushalt eine Vorlage für den rheinisch-westfälischen Bezirk hier einzubringen, die unter dem Motto „Wiedergutmachung“ steht.

Meine Damen und Herren! Ich wende mich nunmehr dem Haushalt der Fürsorgeerziehung zu. Bei diesem Haushalt stellen wir die grundsätzliche Forderung, daß möglichst alle geeigneten Fürsorgezöglinge in Familienpflege untergebracht werden, und zwar in Familien, die ihrer Konfession gleich sind. Diese Forderung erheben wir, soweit nicht besondere Gründe dafür sprechen, daß Anstaltserziehung, sei es Erziehung in einer Provinzialanstalt oder in einer Privatanstalt, erforderlich ist. Ich bin mir selbstverständlich klar darüber, daß das Ideal, die reine Familienerziehung, in der Praxis niemals durchführbar sein wird. Es scheidet einmal daran, daß die Böglinge oft so schwer erziehbar sind, daß sie mit den normalen Erziehungsmitteln, wie sie in einer Familie möglich sind, nicht erzogen werden können, sondern einer besonders vorsichtigen, oft mühsamen Behandlung durch erfahrene, selbstlose, hingebende Pädagogen bedürfen. Diese Böglinge wird es stets geben, und für sie können wir der Anstalten nicht entraten. Deswegen gilt unsere For-

derung auch nur für diejenigen Böglinge, die an sich in Familienpflege untergebracht werden können. Leider sind wir von dem Ideal nach der Richtung noch sehr weit entfernt. Das sehen Sie schon, wenn Sie die Ausgaben vergleichen. Einer Ausgabe für Anstaltspflege von 6,1 Millionen Mark stehen Ausgaben für Familienpflege von nur 212 000 Mark gegenüber, und von den 12 325 Böglingen sind nur 775 — das ist etwas mehr als 6 Prozent — in der Familienpflege untergebracht. Hier bleibt also noch viel zu tun. Wir erkennen an, daß auf dem Gebiete schon viel getan ist. Es ist auch dankbar zu begrüßen, daß sich besondere Vereine gebildet haben, die gerade das Ziel der Familienpflege sich gesteckt haben, die Anwerbung von Familien, die Propaganda dafür usw. Aber der Erfolg ist doch noch nicht so, wie wir es eigentlich wünschen müßten. Deswegen möchte ich dem Herrn Landeshauptmann die Anregung geben, doch noch einmal zu prüfen, ob die Entschädigung, die durch das Pflegegeld gewährt wird, wirklich so bemessen ist, daß sie auch einen hinreichenden Anreiz darstellt. Ich will keinen Antrag nach der Richtung stellen. Ich bitte, nur einmal nachzuprüfen, ob sich das Pflegegeld in der nötigen Höhe hält. Wenn es der Fall ist, ist an der Sache wohl nichts zu machen. Reicht es aber nicht aus, dann würde ich doch bitten, zu prüfen, wie eine Erhöhung eintreten kann. Auch dann noch — das muß man anerkennen —, wenn eine ausreichende Vergütung durch das Pflegegeld gezahlt wird, übernimmt die Familie, die sich der Erziehung eines fremden Kindes widmet, noch ein sehr großes Opfer, das wir nicht dankbar genug anerkennen können. Ich möchte auch den Pflegefamilien, die im Sinne der Fürsorge und im Sinne der Provinzialverwaltung arbeiten, unseren Dank aussprechen. (Bravo!) Ich möchte wünschen, daß sich viele Familien fänden, die bereit sind, im Interesse unseres Volkes aus Nächstenliebe dieses Opfer zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die Frage, ob Familienpflege oder Privatpflege oder Pflege in einer Provinzialanstalt in Frage kommt, hat eine große finanzielle Bedeutung, die Ihnen sofort in die Augen springt, wenn ich Ihnen die Zahlen nenne, die als reine Pflegekosten in einer Privatanstalt und einer Provinzialanstalt entstehen. In einer Privatanstalt beträgt der Pflegesatz 2,15 Mark gegen 5,03 Mark in einer Provinzialanstalt. Nun gebe ich zu, daß man beide Zahlen nicht unmittelbar vergleichen kann, denn die Provinzialanstalten verfügen selbstverständlich in vielen Fällen über Einrichtungen, auf die eine Privatanstalt an sich verzichten kann; diese Einrichtungen sind natürlich im Betriebe verhältnismäßig teuer. Aber selbst, wenn man das berücksichtigt, bleibt noch ein außerordentlicher Unterschied zwischen den Kosten der beiderlei Anstalten. Die Verwaltung ist deswegen nach der Auffassung meiner Fraktion auf dem richtigen Wege, wenn sie den Standpunkt vertritt, daß in erster Linie, wenn eine Vermehrung der Plätze in Anstalten

notwendig wird, geprüft werden soll, ob die Zahl der Plätze nicht durch Privatanstalten gewonnen werden können. Da die Privatanstalten meistens keine Mittel haben, so ist es durchaus richtig, wenn erwogen wird, diese Mittel den Privatanstalten gegen eine mäßige Verzinsung zur Verfügung zu stellen. Genau dasselbe, was hier gilt, gilt auch für die Heil- und Pflegeanstalten, auf die ich nachher noch zu sprechen kommen werde.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Haushalt nicht verlassen, ohne der Frauen und Männer zu gedenken, die insbesondere in der katholischen Caritas und in der evangelischen Inneren Mission sich der opfervollen Arbeit an der gefährdeten Jugend unterziehen und darin ihr Lebensziel gefunden haben. Ihre Verdienste und ihre Bedeutung für die Provinz und unser ganzes Volk hat — ich kann sagen — mit wirklich warmem Herzen Herr Landesrat Wossen in dem neuen Werk über die rheinische Provinzialverwaltung beschrieben. Ich begrüße außerordentlich, daß die freie Liebestätigkeit einen so warmherzigen Vertreter gefunden hat und daß die Verdienste der freien Liebestätigkeit nun einmal wirklich plastisch festgelegt worden sind. (Bravo!) Wir möchten allen den Frauen und Männern unsern herzlichsten Dank und unsere ganz besondere Wertschätzung aussprechen (Erneutes Bravo!), darüber hinaus aber sie auch unseres tatkräftigen Schutzes versichern, wenn er einmal notwendig sein sollte. (Zustimmung im Zentrum.) Wenn ich hier die Arbeit der freien Liebestätigkeit hervorhebe, so soll das nicht etwa ein Gegensatz zu denjenigen sein, die in der Berufsarbeit stehen. Auch da wollen wir gern anerkennen, daß wir hervorragende Kräfte bei der Provinzialverwaltung haben. Auch diese hervorragenden Kräfte sind unseres besonderen Dankes, den ich hiermit aussprechen möchte, gewiß. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Beim Landesjugendamt sind die Dinge noch sehr im Fluß. Der Haushalt wird ergänzt um 100 000 Mark und 30 000 Mark aus dem Haushalt „Verschiedenes“. Es ist dort der Ausbau des Jugendherbergsnetzes und der Burg Stahled vorgesehen. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, daß dieses Arbeitsgebiet auch zur Zuständigkeit des Jugendamtes gehört. Wir würden es allerdings für erwünscht halten, daß das Jugendamt sich auch mit den Bezirksregierungen und den Lokalbehörden gerade in diesem Punkte immer in engster Zusammenarbeit befindet.

Von der Sozialdemokratischen Partei ist der Antrag gestellt worden, Mittel für die Kinderspeisung zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag ist uns sehr sympathisch. In dem Augenblick, als er zu unserer Kenntnis kam, war derselbe Antrag von uns in Aussicht genommen. Wir haben aber darauf verzichtet, einen selbständigen Antrag einzubringen, wir empfehlen Ihnen vielmehr dringend diesen Antrag zur Annahme. Ich glaube, daß gerade jetzt auf dem Gebiete der Kin-

der Speisung noch außerordentlich viel getan werden muß. Ich würde es besonders begrüßen, wenn auch das Landesjugendamt sich der Frage der Kinderspeisung einmal annähme. Die Kinderspeisung ist ein Problem, das eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hat. Dieses Problem zur Lösung zu bringen, würde eine wichtige und dankenswerte Aufgabe des Landesjugendamtes sein.

Meine Damen und Herren! Was die Anstaltsfürsorge angeht, so ist mit Bedauern festzustellen, daß die Spezialkosten, die die Provinz von den beteiligten Gemeinden erhebt, die Gemeinden außerordentlich stark belasten. Die Spezialkosten sind z. B. in der Krüppelfürsorge vom 1. Januar 1924 bis 1. April 1925 bis rund 2 Mark täglich gestiegen. Das ist eine ganz außerordentliche Steigerung, die die Gemeinden stark belastet. Die Pflegekosten in der Provinz betragen heute ohne Verzinsung und Amortisation rund 4,05 Mark, in Privatanstalten nur 2,15 Mark. Auch hier müssen wir fragen: Worin liegt der außerordentliche Unterschied begründet? Ich wäre dem Herrn Landeshauptmann dankbar, wenn er uns die Gründe, die zu einer so außerordentlichen Verteuerung des Anstaltsbetriebes führen, einmal darlegen wollte. Ich weiß nicht, ob es mit den Personalkosten oder der Arbeitszeit zusammenhängt. Aber ich glaube, es wäre notwendig, daß diese Frage einmal erörtert würde. Insbesondere würde ich auch Gewicht darauf legen, einmal zu erfahren, in welchem Verhältnis zahlenmäßig das Pflegepersonal zu der Zahl der Kranken steht. Die Sache ist übrigens besonders akut, weil m. W. gerade über die Frage der Arbeitszeit des Pflegepersonals in Berlin zentrale Verhandlungen zwischen den Organisationen der Pfleger und den Organisationen der Krankenanstalten geführt werden.

Meine Damen und Herren! Auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge begrüßen wir ganz außerordentlich den Vorschlag der Provinz, aus Anlaß der Jahrtausendfeier einen Betrag von 800 000 Mark als erste Rate zur Verfügung zu stellen, um einen weiteren Ausbau der Anstalt Söchtern vorzunehmen. Wir sind der Auffassung, daß die Provinz damit ein soziales Werk von außerordentlicher Bedeutung in Angriff nimmt. Sie darf versichert sein, daß sie unsere vollste Zustimmung dabei findet.

Zum Haushalt der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge ist nichts Besonderes zu bemerken. Es ist nur festzustellen, daß die Tätigkeit der Provinz auf diesem Gebiete durch die Maßnahme der Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt worden ist.

Weim Etat für Landwirtschaft möchte ich der Notlage der Winzer gedenken. Es ist Ihnen ja bekannt, daß die Winzer dadurch in eine große Notlage geraten sind, daß der spanische Handelsvertrag abgeschlossen worden ist. Ich will auf die Dinge im einzelnen nicht eingehen, weil ein Fraktionsgenosse einen besonderen Antrag nach dieser Richtung vorgelegt hat und diesen

Antrag auch eingehend begründen wird. Jedenfalls müssen wir aber feststellen, daß mit einer Kreditaktion allein der Sache nicht beizukommen ist, weil das Uebel erheblich tiefer liegt.

Dann möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß seit der Hagelkatastrophe im vorigen Jahre eine außerordentlich wichtige Neuerung insofern eingeführt worden ist, als die Provinz die Hagelversicherung übernommen hat. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Konsequenz, daß in Zukunft niemand, der in der Lage war, eine Hagelversicherung zu nehmen, noch berechtigt ist, Ansprüche an die Provinz zu stellen. Also hier muß jedermann sich selbst helfen, und er kann es, nachdem die Provinz die Möglichkeit dazu geboten hat.

Dann möchte ich noch den Herrn Landeshauptmann bitten, für die Wasserleitungsanlagen möglichst bald Beträge zur Verfügung zu stellen. Es wird mit Dank anerkannt, daß erhebliche Mittel zu diesem Zwecke bereitgestellt worden sind. Es ist aber auch festzustellen, daß über 80 Anträge vorliegen und daß diese 80 Anträge dringend der Erledigung harren.

Wir begrüßen es, daß der Haushalt „Kunst und Wissenschaft“, wenn er auch nicht alle Wünsche befriedigt, so doch immerhin soweit geht, daß irgendwelche Schädigungen nicht eintreten werden.

Zum Kapitel Landesbank möchte ich nur sagen, daß ich den Gewinn vermissen. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Landeshauptmann in der Lage wäre, nach dieser Richtung eine freundliche Erklärung abzugeben.

Ueber den Haushalt: Landesbank und Berufsgenossenschaft, Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, ist nichts Besonderes zu sagen, weil sich ausschließlich Verwaltungskosten darin wiederfinden, über deren Höhe nicht gesprochen werden kann, wenn man die ganzen Verhältnisse im übrigen nicht sieht.

Meine Damen und Herren! Ich muß dann noch auf eine Ausgabe kommen, die die Provinz aus Anlaß der Jahrtausendfeier gemacht hat. Zunächst hat die Provinz in dankenswerter Weise zwei Werke herausgegeben, die für jeden Abgeordneten außerordentlich willkommen sein müssen. Das eine Werk, die Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung, ist eine wahre Fundgrube von allerwichtigsten Mitteilungen aus der Provinzialverwaltung, die man in dieser Zusammenstellung und in dieser Uebersichtlichkeit wohl nirgendwo findet. Es ist besonders dankenswert, daß in Aussicht genommen ist, jedem Abgeordneten dieses Werk zur Verfügung zu stellen. Wir haben es auch außerordentlich begrüßt, daß das andere Werk „Tausend Jahre Rheinland“ erschienen ist. Auch dieses Werk wird zweifellos dazu beitragen, die Liebe zur Heimat zu fördern und zu stützen. Wir sind bereit, die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Die Provinz hat aber darüber hinaus auch noch Mittel aufgewendet, um Jahrtausendfeiern in der Rheinprovinz zu unterstützen. Sie hat diese Mittel allerdings in erster Linie dazu bestimmt, um Aus-

stellungen, die über einen lokalen Charakter hinausgehen, zu fördern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Bereitstellung von Mitteln grundsätzlich zu billigen ist. Ich kann allerdings nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß jetzt nachträglich sich Stimmen melden, die behaupten, sie hätten auch etwas bekommen müssen, sie hätten aber nichts bekommen. Ich weiß nicht, wie die Verteilung im einzelnen vorgenommen worden ist. Meines Wissens ist ein Verteilungsausschuß eingesetzt worden, und dieser Verteilungsausschuß hat — davon bin ich überzeugt — ex aequo et bono entschieden. Es wird zweckmäßig sein, daß die Frage der Verteilung, für die die Genehmigung des Provinziallandtags vorbehalten ist, die sich aber für das Plenum wenig eignet, noch einmal im Ausschuß erörtert wird. Wir beantragen daher die Ueberweisung an den Ausschuß.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zur Deckungsfrage. Die Verwaltung berechnet einen durch Provinzialumlage zu deckenden Finanzbedarf von rund 10,5 Millionen. Ich halte diese Schätzung des Herrn Landeshauptmanns in dem Bericht für allzu optimistisch. Er hat im übrigen schon gestern erklärt, daß sie nach den letzten Mitteilungen, die der Provinz zugegangen sind, nicht mehr in dem Umfange von der Provinz aufrechterhalten wird. Es ist nämlich mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß dieser Betrag nicht ausreichen wird, sondern daß wir heute im Haushalt schon einen Fehlbetrag von schätzungsweise 2 Millionen haben. Damit muß gerechnet werden.

Es ist nun die Frage: Wie soll man sich dazu stellen? Es gibt drei Möglichkeiten: Die Möglichkeit der sofortigen Erhöhung der Umlage; die Möglichkeit, einen Nachtragshaushalt in Aussicht zu nehmen; die Möglichkeit, den Fehlbetrag durch Abstriche an irgendeiner Stelle zu decken, oder die Möglichkeit — und das ist die letzte Hoffnung, die ich habe —, daß der Herr Landeshauptmann eine Erklärung über eine Deckungsmöglichkeit aus Ueberschüssen der Landesbank abgibt. Wir müssen uns unsere Stellungnahme noch vorbehalten. Wenn es möglich sein sollte, aus dem Gewinn der Landesbank einen solchen Betrag vorzusehen, daß diese 2 Millionen Fehlbetrag gedeckt würden, so würde ich das für außerordentlich erwünscht halten. Denn eine Erhöhung der Provinzialumlage zur Deckung dieser 2 Millionen ist für die Städte eine so außerordentlich schwere neue Belastung, daß ich sehr ungern dazu raten möchte. Ich hoffe einstweilen noch, daß der Herr Landeshauptmann die Besorgnisse zerstreuen kann.

Dann noch die Frage: Wie soll die Umlage beschlossen werden? Es gibt da zwei Wege: Entweder fester Betrag oder Prozentsätze nach geschätztem Ergebnis. Es ist, glaube ich, juristisch, aber auch wirtschaftlich richtiger und im Interesse der absoluten Sicherheit der Einnahmen, wenn ein fester Betrag zugrunde gelegt wird. Ich möchte deswegen vorschlagen, eine

festen Umlage von 10,5 Millionen zu beschließen. Wenn der Beschluß so gefaßt wird, weiß der Herr Landeshauptmann, daß ihm in der Tat 10,5 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin damit am Schlusse meiner Ausführungen angelangt. Der Gesamteindruck des Haushalts ist der, daß er die Verwaltung in die Lage setzen wird, ihre Aufgaben auf allen Gebieten zu erfüllen, selbstverständlich unter Zurückstellung zahlreicher berechtigter Wünsche.

Es ist der letzte Haushalt, den der Herr Landeshauptmann dem Provinziallandtag in seiner heutigen Zusammensetzung vorlegen wird, da die Wahlperiode des Landtages bekanntlich zum 1. November ihr Ende erreichen wird. Ich würde mich einer großen Unterlassung schuldig machen, wenn ich nicht bei dieser Gelegenheit der Zusammenarbeit des Provinziallandtages mit dem Herrn Landeshauptmann gedächte. Ich darf namens meiner Fraktion dem Herrn Landeshauptmann die Versicherung geben, daß wir seiner Arbeit in den schweren letzten vier Jahren die allerherzlichste Anerkennung zollen (Bravo!) und daß wir ihm für die vorbildliche Führung der Verwaltung zu außerordentlichem Danke verpflichtet sind. (Beifall.)

Wenn ich mit diesem Danke an seine Person auch den Dank an den treuen Stab seiner Mitarbeiter und Beamten verbinde, so bin ich überzeugt, daß ich damit durchaus seine Zustimmung finde.

Nun noch ein Wort zu den Jahraufendfeiern. Es ist an der angeblich allzu großen Zahl von Veranstaltungen aus Anlaß der Jahraufendfeier viel Kritik geübt worden. Diese Kritik könnte in gewissem Umfange als berechtigt erscheinen, soweit es sich um opulente Festlichkeiten handelt. Aber, meine Damen und Herren, diese Fälle sind doch sehr selten und manchmal noch in ganz besonderen Verhältnissen begründet. Die Kritik übersieht auch, daß die Zahl der Veranstaltungen nicht dadurch so groß ist, daß nun in ein und derselben Stadt eine Fülle von Veranstaltungen ist, sondern daß der Eindruck der Fülle vielmehr dadurch erweckt wird, daß nun überall in jeder Stadt und in jedem Dorf eine derartige Kundgebung stattfindet. Diese Tatsache verdient aber nicht herbe Kritik, sondern man muß sich auf den gegenteiligen Standpunkt stellen: Wenn feststeht, daß diese Feiern aus einem Gefühl überschäumender Begeisterung und Vaterlandsliebe herauskommen, dann sollten wir nicht kleinlich sein und jede Feier kleinlich messen wollen. Gerade die Fülle der Kundgebungen in Stadt und Land, in Nord und Süd und in Ost und West hat ja den schlagenden Beweis erbracht, daß es sich hier nicht um eine künstlich angefachte Bewegung handelt, sondern lediglich um den elementaren Ausdruck dessen, was in der Seele der rheinischen Menschen lebt. So sehen wir, daß alle Kundgebungen, so verschieden sie auch sein mögen, nach Inhalt, Form und dem Temperament des Veranstalters, doch zusammengeschlossen sind durch

einen volltönenden Grundakkord. Was uns da entgegenklingt, ist ein so überwältigendes Bekenntnis der Liebe zur angestammten Heimat und der Ehrfurcht vor der Größe unseres Volkes in vergangenen Zeiten, daß wir das nur mit Freuden begrüßen können. (Bravo!) Darüber hinaus haben nach meiner Ueberzeugung diese Kundgebungen aber auch noch eine geradezu weltgeschichtliche Bedeutung: Wichtiger als durch eine Abstimmung es jemals möglich gewesen wäre, ist die Frage für jeden, der hören will, beantwortet worden: Wie steht das Rheinland? Die Wahrheit ist jetzt festgestellt worden gleich wie ein Rocher de bronze. Die ganze Welt ist Zeuge geworden für die Wahrheit und das aus ihr fließende Recht auf ungestörte, ungehemmte Zusammengehörigkeit mit dem Deutschen Reich. Kein Politiker und kein Geschichtsschreiber darf es in Zukunft mehr wagen, diese Wahrheit umzufälschen, ohne daß er der Lüge geziehen wird.

Wenn in der nächsten Woche auch die Provinzialverwaltung uns aufruft zur festlichen Begehung der tausendjährigen Zusammengehörigkeit mit dem Reich, die sie durch die Herausgabe der beiden Werke und die Vorlage über eine wahrhaft soziale Tat, den Ausbau der orthopädischen Provinzial-Kinderheilstalt Söchtern, so glücklich eingeleitet hat, dann wollen wir diesem Rufe folgen in der Gesinnung, wie sie das ganze Land uns gezeigt hat: In Ehrfurcht vor der Vergangenheit, in der Hoffnung auf eine glückliche Zukunft im Rahmen des Reiches und im Bewußtsein unseres unveräußerlichen Rechts! Dann wird die Jahrtausendfeier ein Markstein und — so hoffen wir — auch ein Wendepunkt in unserem Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Zunächst einige allgemeine Bemerkungen.

Wenn der Herr Landeshauptmann in seinen gestrigen Ausführungen entschuldigend die Gründe vorgebracht hat, warum auch der diesjährige Haushaltsplan verspätet zur Vorlage gelangt, so wollen wir mit ihm über die Wichtigkeit dieser Gründe nicht rechten, angesichts seines Versprechens, daß er den nächsten Haushaltsplan rechtzeitig, spätestens im März des nächsten Jahres, jedenfalls vor dem Zusammentreten des neuen Provinziallandtages, vorlegen wird. Aber mit dieser Absicht und diesem Versprechen steht der am Schluß des Vorberichts unter I gestellte Antrag, daß der Landeshauptmann ermächtigt werden soll, nötigenfalls auch über den 1. April 1926 hinaus bis zur Genehmigung des Haushaltsplans für 1926 die Geschäfte nach diesem Haushaltsplan, den wir jetzt genehmigen, weiterzuführen, nicht in Einklang. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Meine Freunde beantragen deshalb die Streichung dieses Satzes. Ich meine, der Herr Landeshauptmann müßte uns dankbar sein, wenn wir durch Streichung dieses Satzes seinen zweifellos

jetzt vorhandenen festen Willen, uns den Haushaltsplan im nächsten Jahre rechtzeitig vorzulegen, noch weiter festigen und ihm nicht hier eine Brücke schaffen, auf der er, wenn er nicht anders kann, diesem Versprechen doch entgegen könnte. (Abg. Krawinkel: Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ueber II des Vorberichts, der von der Erhebung und Verteilung der Provinzialumlagen handelt, von denen der Herr Vorredner eben gesprochen hat, möchte ich einstweilen hier nicht sprechen und dies den Beratungen im zuständigen Ausschuß überlassen.

Dagegen möchten wir zu dem Antrage zu III, der einen ungedeckt verbleibenden Betrag von 2,8 Millionen vorschußweise aus der Landesbank entnehmen will, wiederholt darauf hinweisen, daß in Gemeinde, Provinz und Staat alles von Ueberweisungen abhängt, deren Höhe absolut nicht feststeht. (Sehr wahr! rechts.) Das ruiniert jede Finanzgebarung der öffentlichen Verbände, das hindert jedes Sparen, dadurch werden Ausgaben bewilligt, die man durch Einnahmen zu decken hofft, die man nachher nicht bekommt. (Sehr wahr! rechts.) Wir müssen endlich wieder zu einer Milderung der Steuerleggebung im alten Miquelschen Sinne kommen. (Bravo! rechts.)

Sodann wünschen meine Freunde baldigst wieder eine Ueberlicht über das Vermögen der Provinz, wie sie früher üblich war. Wir wissen gut, daß das Vermögen der Provinz zum größten Teil in Anstalten investiert ist und keine sichtbaren Einnahmen hat. Ein Teil unseres Vermögens, z. B. die Effekten und sonstigen Beteiligungen — ich verweise auf Drucksache 17, die uns zur Genehmigung vorliegt —, bringt aber voraussichtlich Einnahmen. Wenn auch diese Einnahmen in diesem Jahr noch nicht erschließen sollten, so würden wir es doch für richtig halten, wenn unter allen Umständen ein Posten bei der Hauptverwaltung für diese Einnahmen festgesetzt wird. Ergeben sich keine Einnahmen in einem Jahre, dann muß da ein Strich eingeseht werden. Aber der Posten ist notwendig, schon damit diese Einnahmen nicht vergessen werden.

Sodann, meine Damen und Herren, möchte ich namens meiner Freunde doch noch etwas zu den gestrigen Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns über die Inflation sagen, wozu ja auch der Herr Vorredner Stellung genommen hat.

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, die Erhöhung der Löhne führe zwar zu Teuerungen, aber nicht zur Inflation. Inflation werde nur durch vermehrte Arbeit der Notenpresse herbeigeführt, und keine Reichsregierung werde es, nach dem, was vorgekommen ist, wagen, wieder die Notenpresse in dem Sinne in Bewegung zu setzen, wie wir es hatten. All diese Sätze, die der Herr Landeshauptmann hier ausgesprochen hat, sind richtig; es sei ferne von mir, daß ich sie bekämpfe. Aber durch einen Satz muß man diese Ausführungen doch ergänzen: Die Teuerung

kann so werden, daß schließlich die Regierung gezwungen werden kann, ohne daß sie es will, mehr Noten auszugeben, als sie verantworten kann. Das soll kein Unterruf sein, aber die Gefahr ist da, und die Gefahr muß man erkennen; es ist unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen. Wir dürfen hier nicht die Augen schließen. Ich sage: discite moniti! (Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Damen und Herren, zu einigen Einzelheiten. Es ist kein Zufall, wenn ich mit dem Jugendamt beginne. Die Tätigkeit des Jugendamtes ist zu kurz, um daran irgendwelche Kritik nach irgendeiner Richtung üben zu können. Aber ich will nicht verhehlen, daß unter meinen Freunden beachtliche Stimmen sind, die darauf hinweisen, daß das Landesjugendamt, wenn es seine Aufgabe nicht richtig erfäßt, den Wert der Jugendämter unter Umständen mehr verringern als fördern kann. Sache des Landesjugendamtes wird und muß es sein, durch seine Tätigkeit diese Bedenken zu zerstreuen. Es wird in engem Zusammenhang mit dem Landtage selbst und seinem zuständigen Ausschuss arbeiten müssen. Wir sind der Meinung, daß die nicht ungeschickliche Zusammensetzung des Landesjugendamtes gelungen ist und hierdurch ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der von uns gewünschten Weise wohl gewährleistet ist oder erhofft werden kann. Wenn bei dieser Zusammensetzung nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten, so mögen alle Nichtberücksichtigten bedenken, daß die Berücksichtigung aller Wünsche uns ein Jugendamt geschaffen hätte, das durch seine große Zahl in seiner Arbeitsfähigkeit ganz erheblich behindert worden wäre. (Abgeordneter Krauwinkel: Sehr wahr!) Einen Satz möchte ich aber noch aussprechen: Die Gefährdetenfürsorge darf vom Jugendamt nicht so sehr in den Vordergrund geschoben werden, wie die Jugendpflege. Vorsorge wird in vielen, vielen Fällen uns die Fürsorge ersparen. (Bravo! rechts.)

Was die Verteilung der Mittel beim Landesjugendamt und sonstigen Provinzialeinrichtungen anlangt, so erkennen wir gerne an, daß auf allen Gebieten der Herr Landeshauptmann um eine gerechte Verteilung bemüht ist und daß ihm auch die Lösung dieser Aufgabe durchweg gelungen ist. Meine Freunde können sich überhaupt dem Danke des Vorredners an den Herrn Landeshauptmann und seine treuen Mitarbeiter in allen Punkten nur nachdrücklich anschließen. (Beifall.)

Dem erhöhten Aufwand von Mitteln zum Ausbau der Kinderheilanstalt Süchteln stimmen wir gern zu, weil wir mit diesem Liebeswerk die Jahrtausendfeier würdig verewigen. Aber meine Freunde möchten doch nicht unterlassen, auf die schwere finanzielle Belastung, die hieraus entsteht, nicht ohne Sorge hinzuweisen.

Auch der Herausgabe der neuen Zeitschrift „Die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz“ stimmen wir

zu. Wir sind der Meinung, daß die hierfür aufgewandten Kosten sich gut lohnen werden.

Zur Beteiligung des Provinzialverbandes an mehreren großen Landeskulturprojekten im Regierungsbezirk Düsseldorf möchten wir folgendes sagen:

Wir stimmen den Anträgen zu, weil wir wissen, daß auch die Beteiligten bis an die Grenze der Möglichkeit mit herangezogen worden sind. Aber wir müssen anderseits doch darauf hinweisen, daß auch in anderen Punkten der Rheinprovinz, insbesondere in der südlichen Rheinprovinz, in der Eifel, im Westerwald, im Hunsrück und auch noch anderswo noch große Aufgaben zu lösen sind und daß die Provinzialverwaltung gut daran tun wird, für die Folge eine gewisse Relation für die verschiedenen Teile der Rheinprovinz hier herzustellen und sie möglichst zu beachten.

Zu dem Antrage auf Drucksache 12, betreffend nachträgliche Genehmigung einer am 15. Dezember 1924 von dem Provinzialausschuss zwecks Aufhebung der Entschädigung im Falle der sog. Dürener Kinderkrankheit beschlossenen Aenderung der Viehseuchenentschädigungssatzung, der wir zustimmen, stellen wir den weiteren Antrag, wie er bereits kundgegeben ist:

„Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuss ermächtigen, eine Aenderung der „Viehseuchenentschädigungssatzung für die Rheinprovinz“ dahin vorzunehmen, daß auch die sog. Folgekrankheiten, besonders bei Maul- und Klauenseuche, in die Entschädigung einbezogen werden.“

Wie wir unterrichtet sind, sind alle Sachverständigen darüber einig, daß diese Aenderung der Satzung unbedingt im Interesse der Sache notwendig ist.

Dem Antrage auf Schaffung eines Betriebsfonds stimmen wir ebenfalls zu, weil wir diesen Betriebsfonds für unbedingt nötig halten.

Bei der Drucksache Nummer 14: „Errichtung eines Provinzialinstituts für Arbeits- und Berufsforschung“, halten wir den Namen für verfehlt und irreführend und die Denkschrift für lückenhaft. Aus ihr ist nicht zu ersehen, worum es sich in Wirklichkeit handelt. Nach den uns gewordenen Darlegungen sachverständiger Mitglieder unserer Fraktion handelt es sich hier nicht um irgendeine Forschung. Wenn das der Fall wäre, würden wir ein Belassen bei der Universität Bonn für richtig halten. Es handelt sich vielmehr um eine Feststellung der Eignung für Arbeit und Beruf. Wir wünschen eine bessere Darlegung der Sache im zuständigen Ausschuss, zweckmäßig wohl unter Zuziehung eines geeigneten Sachverständigen. Der Ausschuss wird dann wohl auch, wie wir hoffen, einen zutreffenderen, richtigeren und weniger irreführenden Namen für diese Einrichtung finden als den vorgesehene.

Der Einrichtung einer wirtschaftlichen und einer Bauberatungsstelle für private Wohlfahrtsanstalten stimmen wir gerne zu. Es sind aber Klagen

laut geworden, daß von der Provinz diesen Anstalten durchweg ungenügende Pflegegelder gezahlt werden. Die gestrige Ausführung des Herrn Landeshauptmanns, wonach die Anstaltspflege so ziemlich die doppelten Kosten erfordert wie die private, scheint uns diese Klage zu bestätigen, solange man uns nicht andere Gründe für diese große Differenz angibt. Wir bitten, die Sätze, die hier gezahlt werden, einer Nachprüfung zu unterziehen und etwaigen Ersuchen um Erhöhung in entgegenkommenderer Weise stattzugeben, als es bisher geschehen ist. Eine angemessene Erhöhung wird der Provinz viele Gelder ersparen, weil sie dann die hohen eigenen Kosten nicht aufzuwenden und vor allem nicht allzu schnell neue Anstalten zu bauen braucht. (Sehr richtig! rechts.)

Der Drucksache Nummer 16: „Beteiligung des rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-Aktiengesellschaft“, stimmen meine Freunde ebenfalls zu. Wir verhehlen uns aber nicht, daß die wirklichen Kosten dieser Schnellbahn voraussichtlich weit höher sein werden, als sie in dieser Drucksache uns angegeben sind. (Sehr richtig! rechts.)

Gegen Drucksache Nummer 17: „Beteiligung des rheinischen Provinzialverbandes am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk“, von dem ich bereits sagte, daß hier schon ein Einnahmeposten geschaffen werden müßte, haben wir ebenfalls keine Einwendungen.

Zu Nummer 18 der Drucksachen: „Erhöhung der Stammeinlage des Provinzialverbandes bei der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. Düsseldorf“ haben wir folgendes zu sagen:

Wir wünschen nicht nur eine Einschränkung des Baustoffgeschäfts, wie sie hier in Aussicht genommen ist, sondern eine Einstellung desselben. Das Baustoffgeschäft ist ein großes Verlustgeschäft gewesen. In der Inflationszeit sind viele minderwertige Baustoffe angeschafft worden, die später, wenn überhaupt verwendbar, mit großen Opfern abgestoßen werden mußten. Derartige Spekulationsgeschäfte gehören nicht in die öffentliche Hand; man überlasse sie ruhig der privaten Wirtschaft. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!)

Ähnliches wäre vielleicht auch zu Drucksache 31: „Erwerb von Steinbrüchen“, zu sagen. Wegen des großen Materialbedarfs der Provinz wollen wir diese Vorlage zwar nicht ablehnen. Wir halten aber doch die größte Zurückhaltung der Provinz gegenüber den Gebieten der Privatwirtschaft für unbedingt geboten. (Hört, hört! links.)

Das in Drucksache Nummer 19 erwähnte Rheinische Heim in Bonn sehen viele meiner Freunde als ein Sorgenkind erster Klasse an; sie stehen ihm sehr skeptisch gegenüber. Es wird hierüber im Ausschuß noch Näheres geredet werden.

Die Drucksache Nummer 20 übergehe ich schon aus dem Grunde, weil das darin angezogene Werk, „Die Entwicklung der Provinzialverwaltung und ihr heu-

tiger Stand“, über dessen Inhalt der Herr Vorredner uns so schön gesprochen hat, meinen Freunden, abgesehen von dem äußeren Einband, noch in keiner Weise bekannt geworden ist, da wir bis jetzt noch nicht in den Besitz desselben gekommen sind.

Bei Drucksache 21, in der die Verwaltung und der Ausbau des Jugendherbergswesens besprochen wird, stimmt die große Mehrheit meiner Freunde dem Plan der Verwaltung ebenfalls zu; sie hält diesen Plan für richtig.

Der Drucksache 22 gegenüber verhalten wir uns ebenfalls zustimmend. Auch hier erkennen wir den guten Willen des Herrn Landeshauptmanns zur gerechten Verteilung und das Durchsetzen dieses guten Willens in der Praxis, wie ich das schon an anderer Stelle gesagt habe, gerne an.

Unsere Zustimmung hat auch die Drucksache Nummer 23, die Uebernahme weiterer Straßen in die Unterhaltung und Verwaltung der Provinzialverwaltung. Hierzu hat aber meine Fraktion folgenden Zusatzantrag zu stellen:

„Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuß, bei der Staats- bzw. Reichsregierung vorstellig zu werden, daß diese zur Anlage neuer Durchgangstraßen und zum Ausbau von Gemeindegewegen, welche in das Provinzialstraßennetz übernommen werden sollen, Mittel zur Verfügung stellen. Provinziallandtag ist der Meinung, daß eine Unterstützung von Reich und Staat wenigstens insofern verlangt werden muß, als der Ausbau der Straßen durch die neue Grenzziehung und die dadurch notwendige Umstellung der Wirtschaft bedingt ist. Zudem sind gerade die Gemeindegewege infolge des Kampfes noch in einem Zustande, der ohne Hilfe von Reich und Staat nicht gebessert werden kann.“

Meine Damen und Herren! Der Antrag begründet sich für jeden Kundigen von selbst, und zu Kundigen sind wir Rheinländer ja in dieser Sache leider zwangsweise alle gemacht worden. Der Antrag schließt sich auch dem an, was in der Denkschrift aufgeführt wird; er zieht aus dem Gesagten nur die notwendigen Folgerungen.

Der Utostraße Maaßen — Köln stimmen wir ebenfalls zu. Wir wünschen aber, ebenso wie der Herr Vorredner, auch Aufklärung des Widerspruchs, der zwischen der Begründung der Denkschrift und der Auslassung der Eisenbahndirektion Köln besteht. Wir wünschen diese Erklärung noch in den Ausschußverhandlungen, denn etwas ist unrichtig: Entweder das, was in der Denkschrift steht, oder das, was die Eisenbahnverwaltung Köln ausgeführt hat.

In losem Zusammenhang mit diesem Antrage stellen meine Freunde dann noch den weiteren Antrag:

„Der Landtag ersucht die Provinzialverwaltung, in Verhandlungen mit Staat und Reich zu treten, um eine laufende Beihilfe zu den Unterhaltungs-

kosten der Rheinbrücken zu erlangen. Im Falle der Bereitwilligkeit von Staat und Reich müßte auch die Provinz sich zu einem entsprechenden Beitrag bereit erklären."

Meine Damen und Herren! Die Begründung dieses Antrages ergibt sich ohne weiteres daraus, daß auf den Rheinbrücken, teilweise auch in erheblichem Maße durch Inanspruchnahme der Befahrung, *Brückengelder* in einer Höhe erhoben werden müssen, die für den notwendigen Ortsverkehr von einem Ufer zum anderen nicht erträglich sind. Diese Brücken haben aber als allgemeine und große Verkehrswege auch für Reich, Staat und Provinz eine erhebliche Bedeutung. Damit rechtfertigt sich dieser Antrag ohne weiteres.

Zu Drucksache 25: „Beteiligung des rheinischen Provinzialverbandes an der Rheinischen Verkehrs-Gesellschaft, Aktiengesellschaft in Köln, und an Betriebs-Gesellschaften, insbesondere der Betriebs-Gesellschaft in Düsseldorf“, erklären meine Freunde folgendes:

Die Beteiligung an der Kölner Gesellschaft mit 500 000 Mark und an der Düsseldorfer Betriebs-Gesellschaft mit 50 000 Mark halten wir für zu hoch. Wir wünschen unbedingt, daß wenigstens bezüglich der Kölner Gesellschaft der Versuch gemacht wird, daß diese Beteiligung, die ja ursprünglich von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen ist, möglichst auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt wird. Wir wünschen im allgemeinen überhaupt starke Zurückhaltung bei diesen Beteiligungen von Seiten der Provinz. (Sehr richtig! rechts.)

Der Drucksache 26: Beteiligung an den Hilfsaktionen, wie sie vom Provinzialauschuß bereits für die Hochwassergeschädigten beschlossen ist, stimmen wir selbstverständlich zu, ebenso den Drucksachen 27, 28 und 29. Zu Nummer 26 haben wir noch folgenden Antrag zu stellen:

„Der Provinziallandtag ist damit einverstanden, daß der Provinzialverband sich an einer zu erwartenden Hilfsaktion für die durch das Unwetter am 22. Mai 1925 im Kreise Meisenheim Geschädigten beteiligt. Der Provinziallandtag stellt eine Summe in gleicher Höhe, wie sie der Staat gewährt, aus Provinzialmitteln zur Verfügung zwecks Durchführung einer Hilfsaktion gemeinschaftlich mit der Staatsregierung, welche die Geschädigten in den Stand setzt, ihre Wirtschaft weiterzuführen.“

Wie uns berichtet worden ist, ist an dem genannten Tage ein großes, wolkenbruchartiges Unwetter niedergegangen, daß viele kleine und kleinste Existenzen vernichtet, wenn nicht in der von uns angeregten Weise geholfen wird.

Zu Nummer 27 haben wir den Antrag zu stellen, bei den landwirtschaftlichen Schulen in Altenkirchen, Heinsberg und Boppard nach Benehmen mit der Landwirtschaftskammer auch Kurse für den Weinbau einzurichten. Es wird darüber Klage geführt, daß kleine

und auch mittlere Kreise die hohen Kosten des Besuches einer solchen Schule nicht tragen könnten und dadurch auch zu lange ihrem eigenen Betriebe, dem Betriebe ihrer Familie, entzogen würden. Beides sind Gesichtspunkte, die es nahelegen, den Antrag zu stellen, wie wir ihn hier vorgebracht haben.

Zu Drucksache 30: Aenderung der Satzung der Landesbank, stimmen wir ebenfalls sachlich zu. Aber der § 1 dieser Satzung enthält wirklich ein ungehobeltes Deutsch. Wir möchten den Ausschuß bitten, in eine Nachprüfung dieses Satzes einzutreten und dieses Deutsch nach Anleitung der Regeln, wie sie der Deutsche Sprachverein gegeben hat, in wirkliches Deutsch zu übersetzen. (Weiterkeit.)

Nun, meine Damen und Herren, noch eine kleine Aufklärung, die wir von der Provinzialverwaltung erbitten. Auf Seite 39 des Haushaltsplans wird das Landesarbeits- und Berufsamt behandelt. Hier stehen unter II, 2, Beiträge zu den Ruhegehältern und Hinterbliebenenrenten, im Haushalt 1924 6845 Mark und im Haushalt 1925 17 430 Mark. Das ist fast das Dreifache. Wir möchten um Aufklärung bitten. Das Landesarbeits- und Berufsamt ist doch ein neugeschaffenes Amt. Wie kommt es, daß hier die Beiträge zu den Ruhegehältern in gar keinem Verhältnis stehen zu den diesen Beamten gezahlten Gehältern? Um das zu rechtfertigen, müßten denn doch besondere Umstände vorgebracht werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe dann noch eine Pflicht zu erfüllen und darauf hinzuweisen, daß auch wir die von dem Herrn Vorredner behandelte schwere Lage der Winzerschaft anerkennen und bestimmt erwarten, daß die Reichsregierung ihre bei Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages den Winzern gegebenen Zusicherungen, die sich unseres Wissens nicht bloß auf eine Kreditaktion, wie eben angedeutet wurde, beschränken, sondern viel weitergehen, baldigt und vollständig einlöst. (Bravo!)

Sodann möchten einige meiner Freunde noch folgendes anregen: Die Provinz ist zwangsweise in erheblicher Weise auf das Verkehrsgebiet gedrängt worden. Ihr Einfluß bei dem Reichseisenbahnrat und den einzelnen Landes-eisenbahnräten ist, wie uns berichtet wird, gleich Null. Die Provinz, möchten wir anregen, möge sich Wege suchen, um an diesen Stellen sich genügenden Einfluß zu verschaffen und insbesondere auf eine häufigere Einberufung dieser Eisenbahnräte zu drängen. Sie scheinen jetzt meistens, wenn nicht gerade zu schlafen, so doch stark zu schlummern.

Meine Damen und Herren! Hiermit könnte ich mit den Erörterungen zum Haushaltsplan schließen. Ich würde aber nicht vollständig sein, wenn ich nicht die schwere Enttäuschung erwähnte, die im Rheinlande entstand, als man am 10. Januar 1925 — nach unserer Meinung vertragswidrig — einmal die Kölner

Zone nicht räumte und zum andern auch bis jetzt das Ruhrgebiet und die Sanktionsstädte, deren Befestigung von vornherein ein Unrecht war, nicht geräumt hat. (Sehftastes Sehr richtig!) Beides durften wir nach den in London gemachten Versprechungen erwarten. Wir durften erwarten — ich habe diese Erwartung schon im vorigen Jahre vor den Londoner Besprechungen und Abmachungen ausgesprochen —, daß wir in einem freien Düsseldorf, in einem freien Köln die Jahrtausendfeier begehen würden. (Zustimmung.) Diese Erwartungen sind schmerzlich getäuscht worden. Wenn man an gewissen Stellen hoffen sollte, daß damit die Klammer Preußens, wie sich der Herr Landeshauptmann gestern auszudrücken beliebte, gelöst werden könnte, so täuscht man sich darin. Die Klammer Preußen wird man dadurch nur noch fester schaffen. (Sehr richtig!) Das haben in Zeiten größter Not auch diejenigen erkannt, die früher vielleicht anderer Meinung waren. Wir muten auch — das sei auch hier ausgesprochen — dem Reiche nicht zu, um einer schnelleren Befreiung des Rheinlands willen Lasten und Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die es nicht tragen kann. (Zustimmung.) Wir haben im vordersten Schützengraben des Reiches Lasten schon lange getragen. Wir werden sie noch länger tragen, wenn sie ein harter Gegner uns weiter gegen das Interesse des Reichs und der Rheinlande aufzwingen sollte. Wir Rheinländer werden, um Erleichterungen für das Rheinland zu erlangen, das Reich nicht verraten. (Bravo!) Wir stehen fest zu ihm. Wenn man uns wider den Vertrag Lasten aufzwingen will, die das Reich nicht tragen kann, dann müssen wir die Reichsregierung bitten, im Interesse des Rheinlandes diese Verpflichtungen abzulehnen. (Beifall.) Das Reich muß in erster Linie für sein Bestehen sorgen. Dann ist auch für das Rheinland gesorgt. Des sind wir gewiß. Das Rheinland ist uns mehr als nur eine Klammer Preußens. Das Rheinland ist nicht nur seiner geographischen Lage nach, sondern auch seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nach ein Herzstück Preußens. Die Zeiten schlimmster Not haben jeden Einsichtigen belehrt, daß Preußen ohne das Rheinland, aber das Rheinland auch ohne Preußen nicht leben und nicht deutsch bleiben kann, wie wir es doch einmütig wollen. (Beifall.)

Dieses Bekenntnis im Jahre der Jahrtausendfeier feierlich und öffentlich vor aller Welt nochmals im Rheinischen Provinziallandtage abzugeben, ist uns ein dringendes Bedürfnis gewesen. (Lauter Beifall.)

Stellvertreter der Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der sterbende Landtag hat bei seinem letzten Zu-

sammentreten vor den Neuwahlen noch große Aufgaben zu erledigen. Der Herr Landeshauptmann hat dargelegt, daß der Haushaltsplan mit 80,3 Millionen abschließt und daß dieser Abschluß ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 18,1 Millionen darstellt. Von diesen 80 Millionen Ausgaben fallen allein 24 Millionen Mark auf den Straßenbau. Nimmt man dazu noch die 2,5 Millionen für den Kreis- und Gemeindegewerbebau, so entfallen rund 33 Prozent, also ein Drittel aller Ausgaben, auf Straßen- und Gewerbebau. Von den Hauptnutznießern der Straßen, den Autobesitzern, werden aber nur stark 8 Millionen Mark getragen. Alles übrige muß die Allgemeinheit tragen. Auch die 3,8 Millionen Dotationen, die seitens des Staates gezahlt werden, müssen von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, ist es nur zu begrüßen, wenn in der Vorlage betreffs der Autostraße Köln—Aachen gesagt wird, daß die Straße nur gegen Abgabe einer Gebühr benutzt werden darf.

Neben dem Autostraßenprojekt, über das ja schon die Vorredner und auch der Herr Landeshauptmann ziemlich deutlich gesprochen haben, ist das größte Projekt, das wir in den nächsten Tagen zu verabschieden haben, das Projekt der Schnellbahn Köln—Dortmund, das mit über 300 Millionen Mark veranschlagt ist. Meine Parteifreunde stehen beiden Projekten sympathisch gegenüber. Ganz besonders aber wollen sie aus verkehrspolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen helfen, die Schnellbahn Köln—Dortmund zu fördern. Bei diesem Projekt werden nicht allein Tausende von Arbeitern direkt Arbeit und Brot finden, sondern es wird auch, wie aus der Vorlage hervorgeht, für unzählige Tausende indirekt Arbeit geschaffen. Das kann man am besten sehen, wenn man einmal an Sand der Vorlage sich vergegenwärtigt, was da an Materialien gebraucht wird. Es heißt dort: 35000 Tonnen Schienen, 600000 Stück Schwellen, 600000 Kubikmeter Bettung, 75 Stück Fahrzeuge, 250000 Tonnen Zement, 90000 Tonnen Eisenkonstruktionen und 160 Kilometer Fahrleitungen. Daraus geht hervor, daß unstreitig die Eisenindustrie große Vorteile von der Inangriffnahme dieser gewaltigen Arbeit haben würde, ebenso auch die Baustoffindustrie. Wir wissen aber allgemein, daß durch eine starke Förderung des Baumarktes auch eine ganze Anzahl anderer Gewerbe angekurbelt werden und daß dadurch der Arbeitslosigkeit am besten begegnet werden kann. Aus diesen Gründen sind meine Freunde Befürworter beider Projekte, aber ganz besonders starke Befürworter des Projekts der Schnellbahn.

Meine Damen und Herren! Bei solchen Riesenprojekten, bei denen solche Riesensummen eine Rolle

spielen, ist es aber auch notwendig, auf ein weiteres Projekt, das seit Monaten in der Rheinprovinz stark gefördert und beraten wird, das aber für den Provinziallandtag vorläufig noch nicht spruchreif ist, hinzuweisen. Nach den Verhandlungen, die ich vor gut acht Tagen in Aachen mitgemacht habe, muß ich annehmen, daß über kurz oder lang aber auch die Zeit kommt, wo man sich im Provinzialausschuß und auch im Provinziallandtag mit diesem Projekt befassen muß, nämlich dem Kanalprojekt Aachen—Röln. Dieses Projekt ist auf 140 Millionen Mark veranschlagt.

Nimmt man diese drei großen Projekte, die doch unstreitig jetzt in Rheinland und Westfalen und im ganzen Industriegebiet im Vordergrund des Interesses stehen, zusammen, dann kommt man zu einer Aufwendung von über einer halben Milliarde Goldmark. Ich bin der Auffassung, daß diese Summe noch gewaltig überschritten wird, weil es doch alles nur Voranschläge sind, die sicherlich in einer Zeit gemacht wurden, wo die Materialpreise und auch die Arbeitslöhne noch geringer waren als heute. Man kann also sicherlich heute schon einen beträchtlichen Prozentsatz auf diese halbe Milliarde drauflegen. Dann wird man ungefähr die Summe haben, die heute notwendig wäre, um die Projekte durchzuführen. Meine Damen und Herren! Wenn man sich ein klein wenig mit den wirtschaftlichen und finanziellen Dingen in Deutschland befaßt, dann muß man meiner Ueberzeugung nach zu der Ansicht kommen, daß wir unsere Kraft gewaltig überschätzen. Trotzdem man die These vertreten kann, daß ein besonderer Optimismus und ein starker Wille notwendig ist, um überhaupt wieder vorwärts und aufwärts zu kommen, muß man doch große Sorgen haben, ob nicht Pläne gefördert werden, die auf absehbare Zeit nicht durchführbar sind. Es ist hier schon von einem der Vorredner von der Börse gesprochen worden. Ja, wenn man die Börsenberichte der letzten Wochen nachsieht, dann merkt doch jeder ein starkes Geknistern in dem ganzen Gebälk unserer Wirtschaft. Bei einem solch starken Geknistern in dem Gebälk unserer Wirtschaft diese ungeheueren Pläne so leicht hinzunehmen, wie das leider im allgemeinen geschieht, ist meiner Auffassung nach sehr gewagt und sehr falsch. Aus diesen Gründen wird es notwendig sein, sich besonders die finanzielle Seite etwas näher anzusehen und in den Ausschüssen, die die Vorlagen zu beraten haben, darauf im einzelnen näher einzugehen. Man spricht auch bei all diesen Plänen von den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, von dem Geld, das die Kommunen, die Kreise, die Provinz usw. aufbringen sollen, und dann auch immer wieder von der letzten Hälfte des Geldes, das vom

Auslande durch Anleihe aufgebracht werden soll. Meine Damen und Herren! Ich habe oftmals das Gefühl, als wenn man im Auslande unsere Kräfte vorsichtiger wertet und vorsichtiger einschätzt als wir selbst. Nach wie vor sehen wir, daß der Auslandsgeldmarkt bei allem starken Forcieren seitens deutscher Vertreter durchaus nicht so leicht die Bedürfnisse, die von den Kommunen, von der Industrie usw. angemeldet werden, befriedigt. Das wird meiner Ueberzeugung nach aber auch auf absehbare Zeit noch so bleiben. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Rede daran erinnert, daß wir auch Zahlungen aus dem Dawesplan zu leisten haben. Die Hauptzahlungen aus dem Dawesplan beginnen aber erst im Jahre 1927. Ich bin der Auffassung, wenn man sich die heutige Wirtschaftslage betrachtet, und dann die großen Zahlungen in Rechnung stellt, die im Jahre 1927 nach dem Dawesplan eintreten müssen, dann kann man nicht allzu optimistisch in die Zukunft sehen. (Sehr richtig!)

Der Herr Landeshauptmann hat gestern ein großes Wort gelassen ausgesprochen, indem er sagte: Es gibt keine neue Inflation mehr, wenn sie der Reichsfinanzminister und die Reichsregierung nicht wollen. Meine Damen und Herren! Das heißt nichts anderes, als: Keine Ausgabe ohne Deckung, nicht zu viel auf Anleihe nehmen, um nicht letzten Endes vor Ausgaben zu stehen, die man nicht mehr leisten kann. Wenn man aber betrachtet, wie unsere heutige Reichsregierung an die Arbeit geht, um vor allem für Deckung der Ausgaben zu sorgen, dann muß man als Vertreter der breiten Volksschichten eine starke Warnung ausrufen. Diese Art der Deckung der Ausgaben, wie sie die jetzige Reichsregierung liebt, sieht man am besten an ihren Steuerplänen. Da kann man feststellen, daß die Regierung stark auf eine Ermäßigung der Besitzsteuern und eine starke Steigerung der indirekten Steuern, die die breiten Massen treffen, hinarbeitet. Ich erinnere nur an die Steigerungen, die bei Bier, Branntwein, Tabak, Streichhölzern und neuerdings auch bei Salz und Zucker vorgesehen sind. Der schlimmste Raubzug, meine Damen und Herren, der auf die Taschen der breiten Schichten der Bevölkerung gemacht wird, ist aber unstreitig die neue Zollvorlage, die dem Reichstage vorliegt. Bei dieser Zollvorlage handelt es sich, wie man sagt, darum, die Produktion der Landwirtschaft zu steigern, d. h. durch Schaffung hoher Preise die Landwirte anzuregen, noch stärker als bisher intensiv tätig zu sein, um die landwirtschaftliche Produktion in die Höhe zu bringen. Meine Damen und Herren! Wir müssen uns fragen: Wer braucht das meiste Brot? Antwort: Die kinderreichen Familien

und die Vermisten der Armen brauchen das meiste Brot, weil sie kein Geld haben, um sich andere Lebensmittel kaufen zu können. Aus diesem Grunde ist der Brotzoll eine Besteuerung der Vermisten der Armen in der brutalsten Form. Dagegen müssen wir auf das allerschärfste Stellung nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde im Laufe meiner Rede noch Gelegenheit haben, mich mit einigen sozialpolitischen und Wohlfahrtsfragen zu befassen. Ich darf aber jetzt schon einschalten, daß die Ausgaben für derartige Zwecke sicherlich in allen Kommunen, in allen Kreisen, bei der Provinz und ebenso bei Staat und Reich sich wesentlich steigern werden, wenn wir erhöhte Brotpreise bekommen, denn dadurch werden weitere Kreise der Bevölkerung verarmen und auf die Wohlfahrts Einrichtungen seitens der öffentlichen Körperschaften angewiesen.

Meine Damen und Herren! Wir erkennen durchaus an, daß es der Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht glänzend gegangen hat. Aber das war doch mehr ein Zurückgehen der Landwirtschaft, das durch die Kreditnot entstanden ist, die sich aber nicht allein bei der Landwirtschaft ausgewirkt hat, wo sie unstreitig am stärksten war, sondern die sich auch in der Industrie ausgewirkt hat und noch auswirkt. Wir erkennen auch an, daß es, wie ich es schon dargelegt habe, in unserer Wirtschaft und Industrie durchaus nicht rosig aussieht. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen doch in den Vordergrund stellen, daß es noch wesentlich schlechter als bei der Landwirtschaft und der Industrie bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten aussieht. (Abgeordneter Geläch: Sehr richtig!) Sie brauchen nur auf die Löhne und die Gehälter der unteren Berufs- und Beamtengruppen zu blicken, dann sehen Sie doch mit aller Deutlichkeit, daß vielfach die Friedenslöhne und Gehälter eben erreicht oder nur ganz wenig überstiegen sind. Wer ein halbwegs genügendes Einkommen hat, um gut zu leben, und sich um die Dinge bekümmert, weiß es am allerbesten, daß die Preise heute viel, viel höher sind als im Frieden. Wir sehen überall, daß es den Arbeitern, den Angestellten und den kleinen Beamten bitter schlecht oder doch sehr kümmerlich geht. Die Steigerung der Brotpreise, die Steigerung aller sonstigen Lebensmittelpreise, wie wir sie in den letzten Wochen wieder erlebt haben, die Steigerung der Mietpreise, die man noch im Laufe dieses Jahres auf den Friedensfuß bringen will, das alles bedeutet Lohnsteigerung und nichts anderes. Was sehen wir aber? Die Unternehmer wollen die heute bestehenden Löhne noch

herabsetzen. Täglich lesen wir in den Zeitungen, daß große Arbeitskämpfe ausbrechen, zum Teil, weil die Arbeiter zum Kampf übergehen, um bessere Löhne zu erringen, zum anderen Teil aber auch, weil die Unternehmer Ausperrungen vornehmen, da sie den Schiedssprüchen, die höhere Löhne festsetzen, nicht folgen wollen. Wir sehen also wiederum Wirtschaftskämpfe in stärkerem Maße. Das ist der beste Beweis dafür, daß es tatsächlich den unteren Schichten noch wesentlich schlechter geht als Landwirtschaft und Industrie. Wenn wir trotz alledem feststellen müssen, daß wir bei Löhnen, die um 50—100 Prozent geringer sind als im Auslande, keine wesentlichen Exportsteigerungen haben, so ist das darauf zurückzuführen, daß wir nicht konkurrenzfähig sind. Wir sind also trotz der geringen Löhne nicht konkurrenzfähig. Es müssen also andere Ursachen vorliegen. Diese anderen Ursachen sind nicht einzig und allein in der starken Belastung der Industrie durch Steuern und dergleichen, die uns der verlorene Krieg geschaffen hat, zu suchen, sondern sie sind zu einem erheblichen Teil auch darin zu suchen, daß unsere Industrie technisch nicht schnell genug fortgeschritten ist. (Hört, hört!) Es wird nicht genügend geleistet, um vor allem zu anderen Fabrikationsanlagen und anderen Arbeitsmethoden zu kommen. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, wenn wir trotz der sehr geringen Löhne, die vom Auslande sogar als Schmutzkonkurrenzlöhne bezeichnet werden (Sehr richtig! links.), nicht konkurrenzfähig sind, dann haben wir alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Inlandsmarkt aufnahmefähig wird. Der Inlandsmarkt kann aber nur aufnahmefähig werden, wenn die breiten Schichten der Bevölkerung ein gutes Einkommen haben. (Abgeordneter Geläch: Sehr richtig!) Eine Steigerung des Einkommens der breiten Schichten der Bevölkerung würde unstreitig eine starke Produktionssteigerung nicht allein bei der Landwirtschaft, sondern auch in vielen, vielen deutschen Industrien hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Man geht aber den entgegengesetzten Weg. Man glaubt, man müsse nicht im Inlande ein starkes Absatzgebiet haben, sondern müsse unter allen Umständen im Auslande sich Absatzgebiete erobern, und dieses einzig und allein auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Meine Damen und Herren! Das ist unserer Auffassung nach das Gegenteil von einer vernünftigen und gesunden Volkswirtschaft. (Sehr richtig! links.) Wir werden überall, ganz gleich, wo wir zu kämpfen haben, eine solche Methode auf das entschiedenste bekämpfen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat uns von der starken Steigerung der Zahl der Idioten, Epileptiker, Fürsorgezöglinge und Krüppel erzählt, die nach unseren Anstalten hindrängen. Ganz mit Recht hat er angedeutet, daß das nicht so sehr auf eine Vermehrung der Kranken gegenüber der

Friedenszeit, sondern in erster Linie auf die schlechte wirtschaftliche Lage großer Schichten der Bevölkerung und auf die traurigen Wohnungsverhältnisse zurückzuführen ist. Deshalb sehen sich viele Familien, die früher nicht daran gedacht haben, ihr krankes Kind, den kranken Vater oder die kranke Mutter in eine Anstalt zu geben, nunmehr gezwungen, sie in Anstalten zu überführen.

Danach muß auch der Antrag gewertet werden, den wir gestellt haben zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaues, weitere Kredite der Landesbank zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Auffassung, je stärker der Wohnungsbau gefördert wird, um so stärker wird unser wirtschaftliches Leben wieder angekurbelt. Vor allen Dingen werden in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung ungeheure Werte geschaffen. (Sehr richtig! links.) Wir sollten beim Wohnungsbau nicht mit dem Gelde sparen. Dem Gedanken, der Not zu steuern und unsere Jugend und damit unsere Zukunft zu helfen, ist auch unser Antrag entsprungen, 150 000 Mark für die Kinderfütterung in den Etat einzusetzen. In den letzten Jahren sind in der Rheinprovinz noch über 50 000 Kinder aus Auslandsmitteln gespeist worden. Diese Auslandsmittel hören aber auf zu fließen, und die Not unter den Kindern ist noch nicht beseitigt. Nach wie vor ist das Bedürfnis für Kinderfütterungen in weitestem Maße vorhanden. Während der Ferienzeit ist es besonders stark. Aus diesen Gründen haben wir den Antrag gestellt, die Provinz möchte bei einem Etat von 80 Millionen auch diese 150 000 Mark noch auswerfen, um damit unseren Kindern, unserer Jugend zu helfen.

Unserem Antrage, 1 Million Mark jährlich für Kultivierung von Dedland und Schaffung landwirtschaftlicher Domänen und Forsten für die Provinz in den Etat einzustellen, konnte bei der Beratung im Provinzialausschuß der Herr Landeshauptmann keinen Geschmack abgewinnen. Er war der Meinung, es gäbe in der Rheinprovinz kein Dedland mehr, das mit Erfolg kultiviert werden könnte. Ich habe vor mir eine Zeitung liegen: „Rheinisches Land“, Beilage zu den „Düsseldorfer Nachrichten“, von Dienstag, den 9. Juni d. J. Da wird geschildert, wie der Landwirtschaftsminister Preußens, Steiger, eine Reise durch Sunrüd und Eifel gemacht hat. Er hat sich dann darüber geäußert, wie er diesen ärmeren ländlichen Gegenden zu helfen gedenkt. Er sagt da: Es sollen daher sowohl im Hochwald als auch in der Eifel staatliche Musterdomänen angelegt werden, und zwar möglichst in jedem Kreis eine größere Domäne von 300 bis 400 Morgen. Damit diese Domänen aber nicht etwa durch Landokkupation auf Kosten des Bodens der bäuerlichen Bevölkerung zustande kommen, wollen wir

sie auf Dedland errichten, und dadurch zugleich den doppelten Zweck erfüllen, zu zeigen, was auch dieser Boden bei fachmännischer Bearbeitung hervorbringen kann. Dann sagt er weiter: Neben diesen großen Musterdomänen sollen auch kleinere Mustergüter eingerichtet werden usw. Das ist meiner Ueberzeugung nach der beste Beweis dafür, daß es doch noch Dedland in der Rheinprovinz geben muß. Der Herr Oberpräsident hat gestern im Provinzialausschuß gesagt, daß die Staatsregierung über die Dedlandflächen eine Aufnahme mache. Wenn diese Aufnahme vorliegt, werden wir sehen, daß wir noch sehr, sehr viel in der Rheinprovinz zu kultivieren haben, und daß wir noch viele, viele Hunderttausende, unter Umständen Millionen aufwenden können, um alles Dedland zu fruchtbarem Lande zu machen. Dadurch erreichen wir eine wesentliche Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion.

Aber es ist meiner Ueberzeugung nach auch im Interesse der Provinz notwendig, den Weg zu gehen, den wir in unserem Antrage angedeutet haben. Wenn wir im Etat nachsehen, wieviel Land bei unseren eigenen Anstalten ist und was auf unserem Anstaltsland erzeugt wird, dann sehen wir, daß die Landfläche bei weitem noch nicht ausreicht, um unsere Anstaltsinsassen aller Art vollkommen zu ernähren. Ich bin der Meinung, jeder Provinzialabgeordnete, ganz gleich, wo er steht, muß eigentlich mit uns den Standpunkt vertreten: Mindestens soviel Land im eigenen Besitz zu haben, daß unsere Anstaltsinsassen aus dem eigenen Ertrag vollständig versorgt und ernährt werden können. (Sehr richtig! links.) Ich habe hier eine Aufstellung, die besagt, daß wir 2608 Morgen Land bei unseren Anstalten haben. Wir bräuchten aber 4622 Morgen, um das Ziel zu erreichen, das ich Ihnen eben dargelegt habe. Das heißt, wir brauchen noch 2000 Morgen Land mehr, um unsere Insassen ernähren zu können. Aus diesem Grunde haben Sie, meine Damen und Herren, alle Ursache, das zu fördern, was meine Parteifreunde wünschen, nämlich, Dedland zu kultivieren und darüber hinaus auch Privatbesitz, soweit es möglich ist, in den Besitz der Provinzialverwaltung zu bringen. (Abgeordneter Ring: Sehr richtig!) Auf den Gewinn aus der selbstbetriebenen Landwirtschaft brauche ich hier nicht hinzuweisen. Jeder, der weiß, daß wir in unseren Provinzialanstalten die Arbeitskräfte haben, die gegen geringes Entgelt die Arbeit auf dem Lande leisten können und für die es auch die praktischste und beste Beschäftigung ist, wird mit mir der Ueberzeugung sein, daß es auch vorteilhaft für die Provinz sein wird.

Meine Damen und Herren! Von den Vorlagen, die uns vorliegen, erwähne ich noch eine, die auch Herr Kollege Kaiser, dem ich aber nicht beistimmen kann, besprochen hat, die Vorlage über die Errichtung eines Provinzialinstituts für Ar-

beits- und Berufsforschung. Er hat so mit einer Handbewegung getan, als wenn das — ich habe ja eben von der Landwirtschaft geredet — Mist wäre. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Mist ist manchmal recht gut!) So ist die Sache denn doch nicht. Arbeits- und Berufsforschungen werden schon in Instituten in mehreren Städten betrieben. Es ist ein Titel, der sich allgemein eingebürgert hat. Ich hätte geglaubt, daß auch Herr Justizrat Kaiser einen solchen Titel verstanden hätte. (Zuruf links: Der ist Jurist! Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Wir begrüßen diese Vorlage; wir werden, wenn sie noch zu verbessern ist, selbstverständlich auch dabei helfen. Aber wir sind der Meinung, zum Wiederaufbau Deutschlands gehören in erster Linie auch Qualitätsarbeiter. (Sehr richtig! links.) Wollen wir Qualitätsarbeiter schaffen, dann müssen wir dafür sorgen, daß jeder seinem richtigen Berufe zugeführt wird, und nicht so viele Tausende erst einmal, wenn sie aus der Schule kommen, einen Beruf aufnehmen, ein halbes Jahr, ein Jahr usw. darin beschäftigt werden und, wenn sie dann sehen, daß sie dafür nicht taugen, einen anderen Beruf anfangen, und wenn sie den zweiten Beruf zur Hälfte durchhaben, ungelernete Arbeiter werden und die Zahl der ungelerneten Arbeiter vermehren. Das müssen wir vermeiden. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, die schulentlassene Jugend muß nach wissenschaftlichen Methoden durchgeprüft werden, um dem geeigneten Beruf zugeführt zu werden. Wir sind weiter der Meinung, daß solche wichtige Einrichtungen für unsere gesamte Volkswirtschaft nicht in der Hand von Privatunternehmern sein dürfen, die in der Lage sind, eigennützig diese Ergebnisse für sich vorteilhaft zu verwenden. Wir begrüßen es, daß in mehreren großen Städten der Rheinprovinz solche Institute schon sind und daß die Provinz nun ebenfalls hier am Sitze des Berufsamts ein derartiges Forschungsinstitut einrichtet, wo man nach neuen Methoden die Berufs- und Arbeitseignung herauszufinden sucht und die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit den übrigen Instituten, die in der Rheinprovinz in kommunalen Händen sind, wieder zugute kommen läßt. Aus diesen Gründen werden meine Freunde für die Vorlage sein.

Noch einige wenige Worte zu dem, was der Herr Landeshauptmann über den Personalbestand gesagt hat; Herr Kollege Schäfer von Essen als Fraktionsredner des Zentrums ist ja auch darauf eingegangen. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt: Die außergewöhnliche Steigerung der Arbeitslast in der Provinzialverwaltung muß man anerkennen, weil sie größere Aufgaben in der Nachkriegszeit bekommen hat. Er hat aber weiter hinzugefügt: Der Personalbestand ist ungefähr derselbe wie im Jahre 1914. Das ist meiner Ueberzeugung nach der beste Beweis dafür, daß tatsächlich heute die Beamten, Angestellten usw. ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, denn sonst könnten sie

die Mehrarbeit bei demselben Personalbestand gar nicht leisten. Ich habe mich deshalb gewundert, daß in einer Sitzung in Bonn, die der Staatsminister Severing einberufen hatte, an der der Herr Landeshauptmann und viele Oberbürgermeister und Abgeordnete aller Parteien teilnahmen, der Herr Landeshauptmann dafür eintrat, daß die Beamtenabbauperordnung auch im besetzten Gebiet eingeführt werden soll. (Hört, hört! links.) Es war nicht allein der Herr Landeshauptmann, der an und für sich noch am mäßigsten dafür eintrat, am stärksten traten die Herren Oberbürgermeister des Industriegebiets Duisburg, Essen und Bochum, dafür ein. Meine Damen und Herren! Der Minister Severing mußte am Schlusse feststellen, daß die Herren Oberbürgermeister nicht alle einer Meinung waren, und er mußte weiter feststellen, daß alle Politiker, die der Sitzung beigewohnt hatten, sich dagegen ausgesprochen hatten. Aus diesem Grunde brauche ich auch nicht allzu viel Zeit diesem Thema zuzuwenden. Ich bin der Auffassung, die Abbauperordnung sollte man im unbesetzten Gebiet so schnell wie möglich abbauen, ohne sie erst noch im besetzten Gebiet einzuführen. (Sehr gut! links.) Die Zeit ist reif, daß man endlich mit der Abbauperordnung aufräumt. (Zustimmung.)

Noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Kaiser, wo er so stark sein privatkapitalistisches Herz entdeckt hat. (Sehr richtig! links.) Er hat sich dagegen gewandt, daß die Provinz Geschäfte mit Baustoffen usw. macht. Er hat vor allen Dingen eine starke Warnung dagegen ertönen lassen, daß wir uns an Steinbrüchen beteiligen. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Syndikus des Unternehmertums!) Ja, es wäre schlimm genug, wenn er Syndikus irgendeiner Großindustrie oder Steinbruchindustrie wäre; aber ich glaube nicht, daß er es ist. Ich bin der Auffassung, diesen Weg, den die Provinzialverwaltung in den letzten Jahren mit ziemlicher Konsequenz gegangen ist, haben Provinzialausschuß und Provinziallandtag viel zu spät eingeschlagen. (Sehr richtig! links.) Wir mußten viel früher zu großen Steinbrüchen kommen. Die Provinz ist der stärkste Abnehmer für Kleinpflaster und für Schotter. Wir brauchen pro Jahr 500000 Quadratmeter Kleinpflastersteine und 2000 Kubikmeter Schotter. Ich bin der Auffassung, wenn man einen so starken Bedarf hat, dann muß man auch so verfahren, wie die Privatwirtschaft im allgemeinen verfährt, und möglichst die Produktion in die eigene Hand nehmen. (Sehr gut! links.) Das ist doch nicht allein für die einzelnen Privatunternehmer vorteilhaft, sondern, die Produktion in die eigene Hand zu bekommen, wenn man selbst der stärkste Abnehmer ist, ist sicherlich auch vorteilhaft für die Provinz und damit für die Allgemeinheit.

Meine Fraktion nimmt also genau den entgegengesetzten Standpunkt ein, den Herr Kollege Kaiser als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft eingenommen hat. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Rette Arbeitsgemeinschaft!, Antwort des Abg. Dr. Kaiser: Danke Ihnen!)

Meine Damen und Herren! Die Arbeiten, die wir bei der diesjährigen Tagung zu leisten haben, reihen sich den früheren Arbeiten würdig an. Es sind große, wertvolle Arbeiten, die wir für unsere Heimatprovinz leisten sollen. Es ist der erste Provinziallandtag, der nunmehr zu Ende geht, der aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgegangen war. Ich habe früher einmal an dieser Stelle einen Vergleich zwischen dem Rheinischen Provinziallandtag der Vorkriegszeit und dem jetzigen Landtage bezüglich seiner Zusammensetzung gezogen. Ich will darauf nicht näher eingehen. Aber, meine Damen und Herren, das darf ich doch sagen: So, wie an die Stelle der Fürsten, der Grafen, der Kammerherren und der sonstigen Herren andere Personen hier getreten sind (Zuruf eines Kommunisten: Gewerkschaftssekretäre!), so hat sich, trotz des wenigstens in seinen großen Zügen ziemlich gleichbleibenden Stoffes, das Interesse an der Beratung nach meiner Kenntnis der Dinge auch wesentlich gesteigert. Die politische Gleichberechtigung des Volkes hat auch die Angehörigen des sogenannten vierten Standes, die Proletarier, in das Provinzialparlament hineingebracht. Ich will meine Partei nicht loben; aber ich darf ohne Uebertreibung sagen: Wir haben durch unsere Mitarbeit im Landtage und auch in der Provinzialverwaltung eine anregende und fruchtbringende Arbeit geleistet. Um manches, meine Damen und Herren, haben wir schwer kämpfen müssen. Wir haben auch um manches vergebens gekämpft und haben nachher doch mit Genugtuung feststellen können, daß vieles von dem sich durchgesetzt hat, wenn auch nicht in derselben Form und in der selben Art, wie wir es beantragt hatten. Manches, was wir angeregt haben, ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Darüber freuen wir uns. Ich bin der festen Ueberzeugung, das wird auch weiter so bleiben. Wir haben hier gestern den Antrag gestellt — ich will damit nur noch einmal ein Exempel statuieren —, zwei Gewerkschaftsleute als Beamte einzustellen, die sich um die Arbeitsausbildung unserer Böglinge in den Anstalten kümmern und ihre spätere Ueberleitung in einen freien Beruf möglichst fördern sollen. Wer die Arbeitsmethoden in unseren Werkstätten in den Anstalten kennt und weiß, was man da fabriziert, wird sicherlich, wenn er von wirtschaftlichen Dingen etwas versteht, mit mir der Meinung sein, daß sich zwei Leute aus der Praxis leicht und gut bezahlen machen würden. (Sehr richtig! links.) Aber der Provinzialausschuß hat gestern ein Gruseln bekommen, weil das Wort

„Gewerkschaftsleute“ in dem Antrage stand. (Seiterkeit.) Er meinte, das wäre doch unter keinen Umständen möglich, das könnte man nicht machen, das ginge nicht. Wir haben letzten Endes nur erreichen können, daß der Provinzialausschuß dem Landtage empfiehlt, den Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen. Ich habe aber gestern bei den Beratungen das Gefühl gehabt, als wenn auch in diesem Falle unsere Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen. Man braucht sich durchaus nicht zu wundern, wenn eines guten Tages, trotzdem man heute sagt, Gewerkschaftsleute zu nehmen ist unmöglich, ein paar gute, brave, biedere Handwerksmeister erscheinen, die von Konfession katholisch und in politischer Beziehung stramme Zentrumsleute sind. (Seiterkeit.) Es ist sehr leicht möglich, daß das eintritt. Auch dann würde unsere Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Es würde zwar nicht das herauskommen, was wir wünschen (Zuruf rechts: So etwas Ähnliches!) und auch im Interesse der christlichen Gewerkschaften wünschen, denn einer sollte auch von den Christlichen sein. Wir wollen unsere Betriebe fruchtbar ausbauen, wir wollen wirtschaftlich vorwärts, wir wollen unsere Böglinge gut anlernen, damit sie später, wenn sie ins Berufsleben treten, den Gefahren des Lebens nicht mehr so ausgesetzt sind, als wenn sie minderwertige Arbeiter wären. Das alles würden wir auch dann schließlich erreicht haben.

Aus diesen Gründen sage ich nochmals: Wenn man objektiv die Arbeit, die wir geleistet haben, betrachtet, so muß man schon sagen, daß wir doch manches Gute angeregt und mit durchgeführt haben. Um so mehr muß man sich dann wundern, daß es heute in Preußen noch Leute gibt, die gerne das direkte und allgemeine Wahlrecht zum Provinziallandtag wieder beseitigen möchten. Sie können es nicht beseitigen, weil es in der Reichsverfassung und der Preussischen Staatsverfassung verankert ist. Aber weil sie das Wahlrecht zum Provinziallandtag nicht ändern können, gehen sie darauf hinaus, unter allen Umständen eine veränderte Zusammenstellung des Provinzialausschusses zu erreichen. Vor mir liegt eine Eingabe des Preussischen Städtetages vom 22. Mai, gerichtet an den Preussischen Landtag, an den Kreis-Ausschuß und an die Fraktionen. Ich will die ganze Sache nicht verlesen, trotzdem es interessant genug wäre, zu zeigen, wie man sich hier abmüht, zu beweisen, daß der Provinzialausschuß anders zusammengesetzt werden muß. Man sagt, die Einnahmen der Provinzen werden vor allem durch Umlageverfahren geschaffen. Diese Umlagen werden von den Städten und den Landkreisen erhoben; mithin muß auch vor allem eine genügende Berücksichtigung der beamteten Vertreter dieser Körperschaften im Provinzialausschuß stattfinden. Man sagt, dies ließe

sich durch eine Bestimmung ermöglichen, die etwa vorsieht, daß ein Viertel der Mitglieder des Provinzialausschusses aus leitenden Beamten der der Provinz angehörenden Stadt- und Landkreise bestehen muß. (Hört, hört! links.) Das bedeutet die Sehnsucht nach den Landräten im Provinzialausschuß. (Zuruf: Und der Oberbürgermeister!) Ja, und den Oberbürgermeistern. Aber, meine Damen und Herren, es ist doch interessant, einmal den jetzigen Provinzialausschuß der Rheinprovinz anzusehen, der ordnungsmäßig zusammengesetzt war, ehe Herr Kollege Röttgen gestorben ist, für den Sie ja jetzt — nach rechts — einen anderen Mann haben wollen. Da hatten wir zwei Oberbürgermeister: Dr. Udenauer und Dr. Röttgen. (Zuruf des Herrn Landeshauptmanns: Drei; auch Jarwick!) Also sogar drei Oberbürgermeister; dann einen Beigeordneten — meine Wenigkeit — (Zuruf Dr. Wefenfeld: Die sind noch schlimmer! Feiterkeit.) dann einen Staatsbeamten, den Herrn Kollegen Baunrecht; einen Kreisdeputierten, den Herrn Kollegen Kemmann, und sieben Stadtverordnete, die ebenfalls dem Provinzialausschuß angehören. Nun geben Sie doch wohl zu, daß nicht allein die Oberbürgermeister und Landräte der betreffenden Stadt- und Landkreise die steuerlichen Interessen vertreten, sondern auch die Stadtverordneten und Kreisdeputierten, die ganz besonders nach der Rheinischen Städteordnung, wo wir das Zweikammersystem nicht haben, sondern wo die Stadtverordnetenversammlung die Beschlüsse faßt, die die Verwaltung durchzuführen hat.

Aus all diesen Gründen bin ich der Auffassung: Die Eingabe, die der Städtetag gemacht hat, ist vollkommen überflüssig. Es liegt vielmehr an den Parteien, die den Provinziallandtag bilden, den Provinzialausschuß so zusammenzusetzen, wie sie es im Interesse der gesamten Provinz verantworten zu können glauben, und nicht im Interesse eines einzelnen Kreises oder einer einzelnen Stadt. (Sehr richtig! links.) Wir werden solche Vorschläge entschieden bekämpfen. Ich glaube, daß das auch andere Parteien dieses Hauses tun werden.

Meine Damen und Herren! Tausendjahrfeiern war das, was am Schlusse von fast allen Rednern behandelt worden ist. Diese Tausendjahrfeiern werden jetzt in allen Dörfern und Städten der Rheinprovinz abgehalten. Es sind starke nationale Feiern. Der verlorene Krieg, der furchtbare Friedensvertrag und alles das, was wir an Ungerechtigkeiten und Vergewaltigungen nach dem Kriegsende in der Rheinprovinz haben durchmachen müssen, hat unstreitig das Nationalgefühl in allen Bevölkerungsschichten wesentlich gestärkt. (Sehr richtig! rechts.) Es kommt daher auch bei den einzelnen Festlichkeiten, die jetzt abgehalten werden, stärker zum Durchbruch. Das verstehen meine Parteifreunde und ich sehr gut. Aber wir müssen doch

davor warnen, daß letzten Endes aus diesem starken Nationalgefühl eine nationalistische Aufmachung, ein sogenannter nationalistischer Rummel entsteht.

Vor einigen Wochen habe ich mit einem namhaften Politiker Deutschlands gesprochen, der im Saargebiet gewesen war. Er sagte mir: Was haben die Franzosen im Saargebiet fertiggebracht? Sie haben in der Hauptsache eine nationalistische Stimmung erzeugt, die sogar später für uns eine Gefahr bedeuten kann. Meine Damen und Herren! Das wollen wir möglichst vermeiden. Wenn bisher, soweit ich es habe verfolgen können — bei den vielen Festlichkeiten ist es fast unmöglich, alles zu verfolgen —, noch keine großen Entgleisungen nationalistischer Art vorgekommen sind, so ist dies meiner Ueberzeugung nach sicherlich nicht auf das Geschick, das Gefühl oder die Gedanken der einzelnen Redner, sondern vielmehr darauf zurückzuführen, daß wir eine fremde Besatzung im Lande haben. (Sehr richtig! links.)

Man sieht das am deutlichsten, wenn man sich einmal den Fahenschmud bei diesen Festlichkeiten, die wir jetzt in der Provinz feiern, ansieht. Es ist bedauerlich, daß z. B. ein französischer General verfügen muß, daß in der Zukunft in seinem Bezirk nicht mehr allein die Provinz- oder die Stadtfahne gezeigt werden darf, sondern dabei auch die Reichsfahne gezeigt werden muß. (Hört, hört! links.) Das ist das Bedauerlichste, was ich mir von unserem nationalen Standpunkte aus denken kann. (Zuruf rechts: Auf dem Landeshaus weht die preussische Fahne nicht!) Wir haben sonst die preussische Fahne hier gehabt; wie es jetzt ist, habe ich noch nicht gesehen. Man kann meiner Ueberzeugung nach zur Fahne Schwarzrotgold stehen, wie man will; man hat sie als Reichsfahne zu respektieren und zu achten. (Sehr richtig! links.) Man hat auch meiner Ueberzeugung nach die Pflicht, nicht die leere Fahnenstange stehen zu lassen, sondern unsere Reichsfahne zu zeigen. Ich verurteile alle diejenigen, die die frühere Fahne mit Schmutz und Dreck bewerfen, durchaus. So etwas wird nie einer aus meinem Munde gehört haben. Aber ich verlange auf der anderen Seite auch, daß man die jetzige Reichsfahne, die republikanische Fahne Schwarzrotgold, ebenfalls achtet und ehrt und nicht mit Schmutz bewirft. Man muß sie als unsere Nationalfahne zur Geltung kommen lassen. (Sehr richtig!) Das ist leider viel zu wenig bisher in den Vordergrund gestellt worden. Ich habe eine einzige Stadt gesehen, die in ihrem Festschmud sehr stark Schwarzrotgold herausgestellt hatte. Ich muß lobend anerkennen, daß das die Musenstadt Bonn

war. (Sehr richtig! links.) Bonn — das muß ich offen sagen — hat so glänzend Schwarzrotgold in den Straßen seitens aller Bevölkerungsschichten gezeigt, daß man Respekt davor haben konnte. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Da hat man eine gute Fahnenfabrik!) Herr Kaiser, wenn es lediglich auf die Fahnenfabrik bei Ihnen ankommt, so sind wir bereit, Ihnen den Fahnenstoff zu liefern. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Bravo! Heiterkeit.) Hoffentlich werden Sie sich dann mit der Flagge ausöhnen und als guter Staatsbürger und staatszerhaltend denkender Mann auch die Reichsfahne zeigen.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin vom Saargebiet gesprochen. Ich möchte jetzt noch hinzufügen, was mir auch der erwähnte Politiker sagte: Im Saargebiet erschallt heute nur ein Ruf: Deutschland! Das Ergebnis der Abstimmung, das später kommen muß, wird ebenfalls nur Deutschland heißen. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich habe aber auch bei der letzten Tagung dieses Landtages, wo wir zum Etat Stellung nehmen, die Pflicht, unserer Landsleute in Eupen-Malmedy zu gedenken. (Bravo!) Ich habe das früher schon einmal getan, aber es muß noch einmal unterstrichen werden. Ich habe früher schon einmal gesagt, daß unsere Kriegsgegner bei der Abstimmung in Eupen-Malmedy das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe damals hinzugefügt: Ich freue mich, daß meine Parteifreunde, die der Sozialdemokratischen Partei in Belgien angehören, denselben Standpunkt einnehmen; diesen Standpunkt haben sie auch sehr stark bei den letzten belgischen Wahlen hervorgehoben. (Abgeordneter Hoffmann nach rechts: Was tun da Ihre Leute? Antwort des Abg. Dr. Kaiser: Die kennen wir nicht!) Ich habe mir von Vertretern aus dem Kreise Eupen-Malmedy sagen lassen, daß dort unzählige Leute, die innerlich gar nicht sozialdemokratisch sind, nur aus dem Grunde sozialistisch gestimmt haben, weil die Sozialdemokratische Partei frank und frei erklärt hat: Diese Abstimmung kann nicht bleiben.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir diesen Standpunkt noch einmal in die Erinnerung rufe, dann wird es mir weh ums Herz, wenn ich mir vergegenwärtige, daß wir in Deutschland eine Reichsregierung haben, die bereit ist, freiwillig die Grenzen, die uns die Gegner durch eine solche Abstimmung aufgezwungen haben, anzuerkennen. Ich glaube — man darf das wohl auch in diesem Zusammenhange sagen —, genau so einig, wie ich Sie eben alle in der

Kennzeichnung dieser Abstimmungsart gefunden habe, genau so einig sind wir als Rheinländer darin, daß die so geschaffene Grenze von uns nicht freiwillig als die gegebene und richtige Grenze anerkannt werden kann. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß noch einiges zu den Festlichkeiten sagen. Meine Freunde sind keine Leute des Griesgramms; sie sind auch der Meinung, daß Feste feiern ab und zu notwendig ist, um sich in mancher Beziehung zu stärken und über manche Dinge leichter hinwegzukommen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Aber ich muß doch vor dem warnen, was man in den letzten Wochen in dem gegenseitigen Konkurrenzkampf der einzelnen Städte alles geboten hat, das geht doch über das erträgliche Maß hinaus. (Zustimmung im ganzen Hause.) Ich bin der Meinung, die Befahrung im Lande, die vielen Arbeitslosen in der Rheinprovinz, die schon von mehreren Rednern erwähnt worden sind, sollten uns ein Memento sein, das wir nicht derartig versuchen, zu glänzen und zu prahlen, wozu wir gar kein Recht haben. (Sehr gut! links.) Etwas mehr Bescheidenheit auf diesem Gebiete wäre sicherlich angebracht. (Zustimmung links.)

Behrte Anwesenden! Man hat trotz dieser glänzenden Festlichkeiten, im allgemeinen, die Verbindung mit der Masse der Bevölkerung bei den Jahrtausendfeiern noch nicht gefunden. Bei Speise und Trank konnte man sie nicht finden, weil man sie da meistens nicht haben wollte. Man hat sie aber auch geistig nicht gefunden. Man hat die Verbindung meiner Ueberzeugung nach deshalb nicht gefunden, weil man zuviel noch am Alten hängt und nicht den Mut hat, das Neue hervortreten zu lassen. Die Jahrtausendfeier geht bis 1925. Ich gebe zu, fünf Jahre spielen in einer Zeitepoche von tausend Jahren keine Rolle. Aber wenn in diesen letzten fünf Jahren eine Staatsumwälzung vor sich gegangen ist, wie es in Preußen-Deutschland der Fall war, so bin ich der Meinung, sollten diese letzten fünf Jahre auch bei der Jahrtausendfeier in die Erscheinung treten. Man sollte erkennen lassen, daß Deutschland heute eine Republik ist und ein demokratisches Staats- und Verfassungswesen hat. Aber die meisten Festveranstalter scheuen sich nicht allein, die gute Musik, die hochinteressanten und gutausgeführten Konzerte der Masse des Volkes zu bieten, sondern sie scheuen sich noch viel mehr, der Masse des Volkes gegenüber von Republik und Demokratie zu reden. Solange dieser Geist aufrechterhalten wird, wird es genau so sein, wie es in der Vergangenheit war, man wird bei solchen großen nationalen Feiern nicht die Verbindung zum Volke finden, die man eigentlich finden müßte. (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!) Und wir müßten sie heute doch wesentlich besser finden, als es in früheren Jahren der Fall gewesen ist.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, lassen Sie mich vor allem noch darauf hinweisen, daß die Besetzung der Röhler Zone nach unserer Meinung widerrechtlich fortgesetzt wird. (Zustimmung.) Von der deutschen Regierung müssen wir erwarten, daß sie baldigst unzweideutig zur Entwaffnungsnote, zur Sicherheits- und Völkerbundsfrage in einem Sinne Stellung nimmt, der bei entschiedener Wahrung der berechtigten Interessen Deutschlands der Entente keine weiteren Vorwände für die Aufrechterhaltung der Besetzung gibt. (Sehr gut! links.) Die Freiheit des Rheinlandes muß nach wie vor das oberste Ziel unserer Politik sein. (Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat der Abgeordnete Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Es ist dies der fünfte Haushaltsplan, der diesem im Februar 1921 gewählten Provinziallandtag vorgelegt wird, abgesehen von den Nachtragshaushaltsplänen, die uns in den Jahren der Inflation mehrmals vorgelegt worden sind. Der Haushaltsplan schließt in diesem Jahre mit einer Gesamteinnahme und Ausgabe von 116 285 000 Mark ab; auf die einzelnen Zahlen will ich nicht eingehen. Zieht man einen Vergleich mit dem Haushaltsplan 1924/25, der in dem ersten Jahre der sogenannten Stabilisierung uns von der Provinzialverwaltung vorgelegt worden ist, so muß man sagen: Man hat von dem jetzigen Haushaltsplan den Eindruck, daß die Provinzialverwaltung über sehr reichliche Mittel im Verhältnis zum vergangenen Jahre verfügt. Wenn man sich eine Reihe von Positionen dieses Haushaltsplans ansieht, dann kommt man, wenigstens von unserem Standpunkt aus, zu der Ueberzeugung: Diese ziemlich reichlich vorhandenen Mittel sind an vielen Stellen sehr unzweckmäßig verwandt worden.

Wir sind zunächst einmal Gegner der Art und Weise, wie diese rund 116 Millionen von Reich, Staat und Provinz aufgebracht werden. Wir sind aber auch zum andern Gegner eines Teils der Positionen im Etat wegen der Verwendung der Mittel, die unter so großen Opfern von den Massen aufgebracht werden müssen. Es sind zwar nur 10 500 000 Mark, die in diesem Jahre durch die Provinzialumlage aufgebracht werden sollen. Aber wenn man sich die Gesamtlage der Arbeiterklasse in Deutschland betrachtet und sieht, wie die Steuerhantel allenthalben in Reich, Staat und Gemeinde angezogen worden ist und wie die Gesamtlasten auf direktem und indirektem Wege von den arbeitenden Massen aufgebracht werden müssen, dann muß man sagen: Selbst diese Summe von 10,5 Millionen bedeutet eine neue Belastung der

Arbeiterklasse hier in der Rheinprovinz. Diejenigen von Ihnen, die in den Gemeinden, Stadt- oder Gemeindebevorordnete sind, wissen, wie oft die Beratungen in kleineren Gemeinden um einige tausend Mark und in größeren Gemeinden um 10 000 oder 100 000 Mark gehen, deren Aufbringung notwendig ist, um die allerdringendsten Aufgaben auf sozialem Gebiete durchführen zu können. Eine Summe von fast 11 Millionen, die auf direktem Wege auf die Gemeinden und die Steuerzahler in den Gemeinden, d. h. die Arbeiter-schaft, umgelegt wird, bedeutet also eine neue Belastung, der wir als Kommunisten auf keinen Fall unsere Zustimmung geben können.

Ich habe Ihnen schon in den vergangenen Jahren bei den Etatsreden des öfteren eingehend unsere Stellungnahme zu dem Steuerproblem im kapitalistischen Staate dargelegt. Es erübrigt sich, heute hier näheres darüber auszuführen.

Ich möchte zunächst auf einige allgemein-wirtschaftliche und politische Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns und des Vertreters der preussischen Staatsregierung, des Herrn Oberpräsidenten, eingehen.

Der Herr Landeshauptmann lobt einerseits das Londoner Abkommen und den Dawesplan, der nachträglich von dem Reichstag am 28. August 1924 angenommen worden ist, nachdem die deutsche Delegation in London schon ihre Zustimmung dazu gegeben hatte. Andererseits aber erkennt er an, daß die Hoffnungen, die seine Kreise, d. h. die bürgerlichen Kreise, in der deutschen Wirtschaft und Politik auf den Dawesplan gestellt hatten, in keinem Falle sich verwirklicht haben, daß zwar hier und da geringe Erleichterungen für die deutschen Kapitalisten herausgekommen sind, daß aber im großen und ganzen der Dawesplan bis zum heutigen Tage nicht den Ausblick gezeitigt hat, den man erwartet hatte. Und schon ist fast die Zeit um, die er als Schonzeit bezeichnet hat, die Zeit des Moratoriums, die uns auf Grund des Londoner Abkommens gegeben wurde. Wir stehen jetzt unmittelbar vor dem Zeitabschnitt des Londoner Abkommens und des Dawesplans, wo wirklich große Leistungen aus der deutschen Wirtschaft herausgeholt werden. Aber schon die Zeit seit August vergangenen Jahres bis zum heutigen Tage hat doch den arbeitenden Massen in Deutschland bewiesen, daß sie ausschließlich die Lasten zu tragen haben und daß sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen in den kommenden Jahren noch mit weiteren Lasten — direkten und indirekten Steuern, Lohnabbau und Böllen, die sich gegen ihre täglichen Bedürfnisse richten — zu rechnen haben werden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Der Dawesplan hat aber auch dem deutschen Unternehmer, dem deutschen Kapitalisten nicht das gebracht, worauf er gerechnet hatte. Es gab ja Illusionisten darunter, die glaubten, daß, nachdem der Dawesplan von deutscher Seite vollkommen erfüllt sei, nach Ablauf dieser Periode, viel-

leicht um das Jahr 1966 bis 1970 herum, die deutsche kapitalistische Wirtschaft wieder selbständig dastehen würde. Aber heute schweigen darüber alle Klößen in sämtlichen deutschen bürgerlichen Parteien. Man sagt wohl nach außen hin — und das hat auch der Herr Landeshauptmann getan: Es sind einige unmittelbare Krisenerscheinungen des deutschen Kapitals, die im Jahre 1923 in der Hochflut der Inflation ihren Ausdruck fanden, beseitigt worden, aber auch nicht restlos. Der Herr Landeshauptmann erkennt zunächst einmal an: Es ist noch eine große Kapitalnot in der deutschen Wirtschaft vorhanden, und zweitens hat die deutsche Wirtschaft nach außen hin eine passive Handelsbilanz; diese beiden Dinge müssen beseitigt werden. Er geht aber nicht auf die ersten Ursachen dieser Dinge ein, sondern berührt lediglich die äußeren Erscheinungen. Das nennt der Herr Landeshauptmann dann: Wir sind noch von einer Gesundung sehr weit entfernt. Diese äußeren Erscheinungen: Kapitalnot, passive Handelsbilanz, viele Erwerbslose, nicht volle Beschäftigung unserer Produktion, noch keine Rückeroberung des Weltmarktes, den die deutsche Wirtschaft in der Vorkriegszeit hatte, diese Erscheinungen zweiten Ranges werden von ihm als die Ziele dargestellt, die sich die deutsche Politik mit der Annahme des Dawespacts gestellt hatte. Im Grunde genommen hat man aber den Massen bei allen Wahlkämpfen im vergangenen Jahre vorerzählt, es könnte mittels des Dawespacts gelingen, daß einmal die Deutschen innerhalb Deutschlands wieder vollständig selbständige Herren der eigenen Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik werden würden. Auf diese Dinge geht man heute in der Öffentlichkeit nicht mehr ein, und auch nicht ein einziger Redner der bürgerlichen Parteien bis zur Sozialdemokratie hat es für notwendig gefunden, auf diesen Kernpunkt hinzuweisen. Ich erinnere an die Aussprache, die wir im vergangenen Jahre hier hatten, ehe wir den Dawespact angenommen hatten, wo alle diese Fragen schon zur öffentlichen Diskussion standen. Damals wies auch ich an dieser Stelle darauf hin, daß, nach Annahme des Pacts, für alle Zeiten — solange noch ein kapitalistisches System in Europa besteht — die deutsche Wirtschaft und die deutsche Außenpolitik unselbständig bleiben und vom Willen der westeuropäischen und amerikanischen Kapitalisten abhängen würden. So ist auch tatsächlich die Entwicklung in dem einen Jahre gegangen, wo das deutsche Volk den recht zweifelhaften Genuß hatte, die Auswirkungen dieses Dawespacts kennen zu lernen, des Pacts, den der Vertreter der Verwaltung, der Herr Landeshauptmann, glaubte loben zu müssen. Von einer Gesundung können wir absolut nicht reden. Nun führt der Herr Landeshauptmann an: Die Währung ist bis jetzt stabil geblieben, da nach Annahme des Dawespacts ruhige Zeiten eingetreten sind. Keine Teuerung und keine Lohnerhöhungen könnten seiner Ansicht nach eine neue

Inflation herbeiführen, sondern der Herr Reichsfinanzminister habe es in der Hand, durch seine Finanzmaßnahmen und die banktechnischen Maßnahmen der Reichsbank eine neue Geldentwertung zu verhindern. Dies wurde auch von seinem Parteifreunde, dem Fraktionsredner des Zentrums, Herrn Schäfer, anerkannt und unterschrieben. Aber die Herren haben dabei ganz vergessen, daß ihre Freunde, die draußen in der Praxis die Führer des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind, die Herren Unternehmer, seien sie schwarzer, blauer oder konservativer Färbung mit etwas blauer Beimischung (Feiterkeit), sobald eine Gehalts- oder Lohnforderung von Seiten der Arbeitnehmerschaft gestellt wird, einmütig erklären: Wir können keine Lohnerhöhung bewilligen, denn erstens wird damit die Gefahr einer neuen Inflation heraufbeschworen, zweitens müssen wir auch damit rechnen, daß von Seiten unserer Gläubiger aus dem Friedensvertrag Einsprüche kommen, wenn zu große Gehalts- und Lohnbewilligungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter stattfinden, und drittens wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt heruntergesetzt. Also die Herren haben hier gut deklamieren und sagen: Die Inflation geschieht nicht durch Lohnerhöhung und Teuerung. Diese Äußerungen sind Phrasen zur Beruhigung der Arbeiterschaft nach außen hin, eine Konzeption an die Koalitionsfreunde von der Sozialdemokratie. Aber gerade die Herren von der Sozialdemokratie, die doch in der Arbeitsgemeinschaft als Gewerkschaftspolitiker die Verhandlungen mit dem Unternehmertum führen, erhalten doch tagtäglich, bei jeder Lohnverhandlung den offenen oder versteckten Vorwurf: Es geht nicht, oder sie werden es schuld sein, wenn eine neue Inflation kommt. Sie erinnern sich, auch im vorvergangenen Jahr, auf der Tagung in Barmen, haben wir Ihnen zum Ausdruck gebracht, daß die damalige Inflation erst in zweiter Linie eine Börsenspekulation, in erster Linie aber ein politisches Kampfmittel der deutschen Bourgeoisie war, um bei der Beuteverteilung an den deutschen Produktionsmitteln und Arbeitskräften einen besseren Anteil zu gewinnen. Sie wollten nach außen den Beweis führen: Der Versailler Vertrag in der ursprünglichen Fassung ist unmöglich durchzuführen, weil als Folge die Mark in ein Nichts zerfließt. Wir sind überzeugt, daß, wenn die deutsche Bourgeoisie es eines Tages aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen für notwendig hält, sie gar nicht vor einer neuen Inflation zurückschrecken wird. Die Vertreter des Kapitals haben es jederzeit in der Hand, auch die geringsten schwachen Abwehrversuche, die ein kapitalistisch orientierter Finanzminister machen kann, mit einem Federstrich zu annullieren und über den Haufen zu werfen, und zwar in dem Augenblick, wo es ihre weltwirtschaftlich orientierten Interessen erfordern werden. Wir sind also nicht der optimistischen

Auffassung des Herrn Landeshauptmanns, der damit dieser Rechtsregierung eines Luther, die ja von seinen Parteifreunden unterstützt wird, seine Zustimmung gibt. Herr Kaiser, als ein ziemlich vorsichtiger Mann und Justizrat, hat in seiner Stellungnahme zu dieser Frage natürlich einige kleine Einschränkungen vorgenommen. Im allgemeinen stimmen Sie (zu Herrn Kaiser) zu, aber wenn die Herren Industriellen von der Volkspartei bei Lohnverhandlungen sind, stimmen Sie im besonderen dem nicht zu, was hier im allgemeinen der Herr Kaiser zugegeben hat. Es ist hier lediglich eine rethorische Agitation für die Deutsche Volkspartei — was man sonst so gern unserer Partei vorgeworfen hat. Wir haben es nicht in der Hand, das durchzuführen, weil wir heute noch nicht im Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht sind. Nach außen hin wird zur Beruhigung der Massen ein bißchen Sand gestreut; aber in der Praxis des wirtschaftlichen und politischen Lebens handeln Sie von allen bürgerlichen Parteien genau entgegengesetzt dem, was Sie hier durch Ihren Verwaltungsmann oder Ihren Fraktionsvertreter erklären lassen.

Der Herr Landeshauptmann und auch der Herr Oberpräsident bedauerten, daß die im Londoner Abkommen vorgesehene Räumung der Kölner Zone am 10. Januar und die jetzt im August eigentlich stattzufindende Räumung der nördlichsten Zone des Ruhrgebietes noch nicht vorgenommen ist oder keine Aussicht besteht, daß im August schon diese Räumung stattfindet. Das Zentrum hat sich veranlaßt gefühlt, dazu einen Antrag einzubringen, der an die Reichsregierung die Aufforderung richtet, die Räumung der Kölner Zone möglichst zu beschleunigen, und auch die Gründe wissen will, welche Hindernisse sich der Reichsregierung entgegengestellt hätten. Auch hier, meine Herren, müssen wir Ihnen sagen, weil Sie es uns bei jeder Gelegenheit vorwerfen: Diese Entschliebung ist weiter nichts als ein Agitationsantrag, um auch hier den Massen Sand in die Augen zu streuen. Denn Sie sind doch genau darüber orientiert, welche wirtschaftlichen und innen- und außenpolitischen Gründe gegen die Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes noch bei den Vertretern der Entente vorhanden sind. Da möchte ich einmal hier in aller Öffentlichkeit im Westen die Tatsache feststellen, daß von den Parteien, die hinter dem Londoner Abkommen standen und von ihren prominenten Vertretern, besonders dem Herrn Marx, den man dem deutschen Volk als Reichspräsidenten darzubieten wagte, unserer Auffassung nach bewußt die deutsche Wählerschaft in den vergangenen Wahlkämpfen irreführt worden ist. Sie haben erklärt, Ihnen seien in London bei den Verhandlungen bestimmte Zusagen über die Räumung der Kölner Zone und die Räumung der nördlichen Zone, des Ruhrgebietes, gemacht worden. Meine Damen und Herren! Es hat sich jetzt herausgestellt, daß dem Herrn Marx und seiner deut-

schen Delegation keine Zusage in bestimmter Form gegeben worden ist, sondern daß man nur ganz allgemeine Andeutungen gemacht hat und daß der Herr Reichskanzler und seine Paladine weiter nichts hatten als einige allgemeine Äußerungen. Aber in der gesamten bürgerlichen Presse, mit Ausnahme der damals noch oppositionellen Rechtsdeutschen und Deutschvölkischen, hat man den großen Erfolg in der Räumungsfrage in den Vordergrund geschoben und auf dieser Basis versucht, durch eine Verfälschung der öffentlichen Meinung im Westen die Stimmen der Wählerschaft für den Präsidentschaftskandidaten Marx zu gewinnen. Wir wollen hier einmal deutlich feststellen: Heute wird sich kein Zentrumsmann hierhin stellen, um zu sagen: Es sind damals dem Herrn Marx doch bestimmte Zusicherungen gegeben worden, unter den und den Formulierungen und so und so zu Protokoll gegeben. Das wird niemand tun, weil sich mittlerweile ergeben hat, daß es nicht mehr notwendig ist. Der Kampf ist entschieden, und der erste Präsident der deutschen Republik ist der Monarchist Hindenburg. (Zuruf eines Sozialisten: Durch Ihre Hilfe!) Ich kann mich heute mit Ihrer gewissen Nichtauffassungsmöglichkeit nicht näher befassen, ich nehme an, daß bei Ihnen die Hitze daran schuld gewesen ist. Aber eine Frage lege ich Ihnen vor: Bilden Sie sich ein, daß ein einziger Arbeiter, der Thälmann gewählt hat, hingegangen wäre und den Zentrumsmann und Jesuiten Marx gewählt hätte? (Heiterkeit.) Sie können es glauben: Wenn die Kommunistische Partei ihre Arbeiter aufgefordert hätte, Marx zu wählen, so hätten sie uns etwas gepfeifen. Das sagen wir Ihnen offen. Gehen Sie doch zu Ihren Parteifreunden nach Sachsen und Thüringen. Haben die denn Marx gewählt? Das bilden Sie sich doch nicht ein. Sie sehen auch hier im Hause den Erfolg Ihrer Parteiwirtschaft: Fräulein Otto hat den Herrn Marx zum Stein des Anstoßes genommen und ist zu uns gerutscht. So rutschen Tausende (Oho!-Rufe bei den Sozialisten.), weil Sie den Mann, den Sie vor Jahren beschimpft und mit Dreck beworfen haben, jetzt als den Retter Deutschlands präsentieren, den Zentrumsmann Marx. Wenn wir bei der Reichspräsidentenwahl keinen Kandidaten aufgestellt hätten, würden unsere Leute nicht wählen gegangen sein, auch wenn wir sie dazu aufgefordert hätten. Der Erfolg wäre derselbe geblieben: 13 800 000 Stimmen für Marx und die sogenannte Republik, und Hindenburg hätte eine glatte Mehrheit von einer Million Stimmen gehabt, und die Herren würden sich sehr beeilt haben, nicht wahr, Herr Kaiser? (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!), in der „Kölnischen Zeitung“ zu versichern: Deutschland ist in der Mehrheit monarchistisch eingestellt. Wir sind die dicksten Freunde, die es geben kann, sobald wir Gelegenheit haben, aufeinander loszufahren. Diese dummen Wahlredereien konnten nur in einzelnen Gehirnen entstehen, deren

Gedanken ausschließlich darauf konzentriert sind, die ehemaligen Freiherrn, Grafen usw. zu erfassen, aber nicht bei logisch denkenden Menschen. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Beim Wiener Bezirksparteitag haben es Ihre führenden Männer konstatiert!) Sie wissen immer mehr, als wir selbst wissen, Herr Haas (Zuruf des Abgeordneten Haas: Sie waren ja auch nicht da!); das habe ich schon oft erfahren. Wir nehmen Sie auch einmal in die SPD. auf. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Es geht mir nicht wie Helene Otto!) Aber Sie wissen noch nicht, wo wir Sie „aufnehmen“; warten Sie einmal ab.

Nun möchte ich den Herren sagen, daß wir das Wahlmanöver damals schon durchschaut hatten. Keine der bürgerlichen Zeitungen ist auf unsere Angriffe eingegangen, weil dann ihre Wahlchancen auf die Frage mit der Nase gestoßen worden wären, und heute werden sie noch mehr schweigen, weil sie alle Ursache dazu haben. Die Herren von den sogenannten republikanischen Mittelparteien stellen sich allmählich auf die monarchische Walze um, soweit es die Herren von der schwarzen Couleur betrifft, und auch die Herren Demokraten, die hier schon ziemlich durch Dick und Dünn mit den Deutschnationalen gehen, werden für ihre Republik wenig mehr übrig haben.

In diesem Zusammenhang war es erhebend, daß die Fahnenfrage von Herrn Haas wieder angeschnitten wurde. Deutschland ist immer wenig republikanisch gewesen und wird es auch sehr wenig sein. Für die Fahnenfrage ist der Fall typisch, der in Trier passiert ist, wo in dem Hause, in dessen Hintergebäude die Sozialdemokratie ihre Funktionäre sitzen hat, im Vordergebäude ein ziemlich bürgerlich und recht eingestellter Hausbesitzer eine sehr große preußisch-monarchische Fahne in Schwarzweiß und daneben ein Kinderfahnen von der (zeigt mit der Hand) Ausdehnung in Schwarzrotgold aufgehängt hat. Also so ein bißchen republikanisch und soviel monarchisch. (Redner demonstriert. Heiterkeit.) Weil die Sozialdemokraten so große Realpolitiker sind, bezweifeln wir nicht, daß sie eines Tages natürlich den Uebergang suchen werden von dem bißchen Republikanisch zu dem vielen Schwarzweiß, und an dem roten, das zu dem Schwarzweiß hinzukommt, wird es dann auch nicht fehlen. (Heiterkeit.) Wir haben gegen beide Fahnen nichts einzuwenden, wenn kleine Änderungen daran vorgenommen werden, wenn aus der einen Schwarzweiß und aus der anderen Schwarzgold herausgenommen wird. Damit sind wir durchaus einverstanden. Wir haben dann eine schöne Einheitsflagge in Reich, Staat und Kommunen.

Nun sind die Herren auf manchen Segen im Londoner Abkommen eingegangen. Sie beschwerten sich andererseits darüber, daß die Herren Alliierten ihren Pflichten aus dem Londoner Abkommen nicht nachkämen. Wie sieht es denn auf der deutschen Seite

damit aus? Soweit wir uns erinnern — und meine Parteifreunde haben ein gutes Gedächtnis für Geschäftsabkommen —, steht im Artikel 7 des Londoner Abkommens — der Herr Landeshauptmann als Bevollmächtigter hat ja wohl speziell mit diesem Artikel hier im Rheinland zu tun gehabt —, daß die beiderseitigen Vertragsgegner, also die Herren Alliierten und die deutsche Reichsregierung, die politischen Gefangenen, die beiderseitig aus Anlaß der Kämpfe zwischen der Besatzung und der deutschen Einwohnerschaft gemacht worden sind, soweit sie auf Anklagefuß stehen, freigelassen werden, und daß diejenigen, die schon verurteilt sind, amnestiert werden.

Wir sind keine Freunde der Alliierten. Das haben wir in den vergangenen Jahren schon gesagt; ihre militaristische Politik können wir unter keinen Umständen billigen. Aber sie haben ihre Pflicht in dieser Beziehung restlos erfüllt. Es sind mir Fälle bekannt geworden, wo die Alliierten Leute ins besetzte Gebiet zurückgelassen haben, die in ihrer Vergangenheit offen gegen die Besatzungsmächte, auch mit den Waffen, gestanden haben, Leute, die bereit waren, unter Umständen bei einem bewaffneten Eingreifen der Besatzungsbehörde zugunsten der separatistischen Horden von Smeets und Matthes, bewaffnet dagegen einzugreifen. Obwohl man weiß, daß keine Gestimmungsänderung sich bei den betreffenden Personen vollzogen hat, sind sie ohne weiteres auf freien Fuß gesetzt worden. Und was hat die deutsche Reichsregierung gemacht? Wo bleibt die Erfüllung der Forderung, die wir an die deutsche Reichsregierung in dieser Hinsicht haben, daß die deutschen politischen Gefangenen auch amnestiert werden sollen, sofern sie aus dem besetzten Gebiet stammen? Wir hatten schon im vergangenen Jahre hierzu einen Antrag eingereicht. Er wurde von dem Provinziallandtag abgelehnt. Wir können es auch in diesem Jahr nicht unterlassen, die deutsche Reichsregierung und den Deutschen Reichstag aufzufordern, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen und die Gefangenen freiläßt.

Ich will hier ein Beispiel anführen. Wir haben dreizehn politische Gefangene, Leute, die unserer Bewegung angehören, aus den Orten Königswinter und Honnef. Die Mehrzahl davon sind Gemeindevertreter von Königswinter und Honnef. Sie sind schon seit dem vergangenen Sommer, manche seit dem Frühjahr, im Elberfelder Gefängnis eingesperrt. Es schwebt gegen sie noch eine Untersuchung, weil sie angeblich im Oktober 1923 bereit gewesen sein sollen, im Falle einer bewaffneten Erhebung der Kommunisten in Deutschland ins unbesetzte Gebiet überzugehen, um sich daran zu beteiligen. Aber die Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter haben in der Voruntersuchung anerkennen müssen, daß das dieselben Leute gewesen sind, die damals führend und in erster Linie mit der Waffe in der Hand gegen die Separatistenhorden bei Königs-

winter und im Siebengebirge gekämpft haben. Dieselbe Staatsanwaltschaft, die das auf der einen Seite anerkennt, läßt es auf der anderen Seite zu, daß diese Leute im Gefängnis in unerhörter Weise drangsaliiert werden, daß ihre Familien keine Unterstützung bekommen (Hört, hört! bei den Kommunisten.), daß die Frauen und Kinder solcher Leute hungern, die mit der Waffe in der Hand gegen die Pläne der Separatisten aufgetreten sind, die Leib und Leben nicht geschont haben, während doch alle Bürgerlichen im Trockenen saßen, als die Schießerei dort unten losging. So sieht der Dank der bürgerlichen Klasse für die Proletarier aus, die damals glaubten, unter allen Umständen verhindern zu müssen, daß durch Smeets und Konforten eine Abtrennung des Rheinlandes vom Reichsganzen erfolgte.

Wir können nicht unterlassen, Ihnen diese Anklage an dieser Stelle entgegenzuwerfen. Wir fordern von Ihnen, daß Sie folgende Entschliebung zustimmen:

„Der Artikel 7 des Londoner Abkommens sieht die beiderseitige Amnestie der politischen Gefangenen des besetzten Gebiets vor. Dieser Artikel ist in Kraft getreten und wurde von seiten der Besatzungsmächte restlos durchgeführt, während die deutsche Reichsregierung dieser Verpflichtung nicht nachkommen ist.“

Der Rheinische Provinziallandtag fordert von der Reichsregierung und dem Reichstag die sofortige Amnestie der aus dem besetzten Gebiet stammenden politischen Gefangenen.“

Meine Damen und Herren! Es ist bezeichnend, daß die SPD., die heute hier soviel ausgeführt hat und die zum Schluß zehn Minuten zur Selbstbeweihräucherung notwendig hatte (Heiterkeit.), nicht ein einziges Wort für die Kämpfer gefunden hat, die damals gegen die Separatisten gestanden haben und die heute noch als politische Gefangene in den deutschen Kerker sitzen. Warum ist es bezeichnend? Weil die Sozialdemokraten an diesen Tatsachen mitschuldig sind, weil sie jederzeit dafür eingetreten sind, daß diese Leute gefangen gehalten werden, weil sie im Reichstag und Landtag sich stets gegen eine allgemeine Amnestie ausgesprochen haben, um nur ja nicht durch politische Gegenstände von ihren Koalitionsfreunden abgetrennt zu werden. Wenn Sie (zu der SPD.) es nicht glauben, so sagt Ihnen ja in der Zeitschrift für Politik und Wirtschaft Ihr Abgeordneter Levi die Wahrheit, und er gibt Ihnen genügend Backpfeifen dafür; er zeigt Ihnen, wie Sie in Reich und Staat die Frage der politischen Gefangenen behandelt haben. (Abgeordneter Hoffmann macht einen Zuruf.) Herr Oskar Hoffmann existiert noch, er will, glaube ich, beweisen, daß er trotz dreijähriger Koalitionspolitik noch ein „Revolutionär“ ist. Es ist doch merkwürdig, solche Leute aus dem Muckertal werden nie klug. (Heiterkeit.) Sehen Sie doch ein, daß Sie bürgerlich sind,

Herr Hoffmann, dann sind Sie mit der bürgerlichen Mehrheit des Hauses vollkommen einig und sparen sich derartige Zurufe. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Konfusionsrat!) Sie meinen, Sie wären ein Konfusionsrat; darin stimme ich Ihnen durchaus zu, das weiß ich schon lange.

Der Herr Landeshauptmann bemerkte in seinen Ausführungen über die Erwerbslosigkeit Dinge, die ich im speziellen nicht nachprüfen kann. Aber er hat eine Tatsache angeführt, der man zustimmen muß. Er sagt, es sei speziell das Aachen—Dürener Gebiet, das wirtschaftlich besonders schwer betroffen ist. Vielleicht kann er uns Aufklärung darüber geben, wie es kommt, daß gerade in das Aachen—Dürener Gebiet, und zwar besonders in das Wurmgebiet, seit mehr als Dreivierteljahr dauernd Leute aus dem unbefetzten Gebiet oder dem Ruhrgebiet geholt werden, wo doch der prozentuale Satz der Erwerbslosen geringer ist als im Wurmgebiet. Diese Leute werden dann dort in den Betzen beschäftigt. Wir wissen z. B. aus der Gemeinde Stoppenberg bei Essen, wo unsere Parteifreundin Frau Plum als Gemeindevertreterin tätig ist, daß da die Gemeinde aus ihren Wohlfahrtsmitteln noch das Fahrgehalt zahlen muß, damit die Leute in das Aachener Gebiet geführt werden können und dadurch zum Teil von ihren Familien getrennt werden. Mann und Familie haben dann weder genug zum Leben noch zum Sterben. Der größte Teil geht nach kurzer Zeit wieder zurück, weil man unter solchen Bedingungen nicht arbeiten kann. Man sieht, daß in Gebieten, wo große Arbeitslosigkeit besteht, man noch Leute aus Gebieten hineinschickt, wo eine weniger große Arbeitslosigkeit vorliegt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Qualitätsarbeiter!) Ich hatte vor vierzehn Tagen noch Gelegenheit, mit Direktoren aus dem Wurmkohlenrevier zu sprechen. Da wurde mir gesagt, sie hätten zwar an der Grenze mit den holländischen Gruben schwer zu konkurrieren, aber sie könnten trotzdem bei dem gegenwärtigen Stand ihrer Produktion noch einen großen Prozentsatz von ungelerten Leuten einstellen. Sie könnten dann Leute, die seit Jahren im Zubringerdienst beschäftigt waren, vor Ort arbeiten lassen, weil sie dazu geeignet wären. Sie könnten dann Erwerbslose brauchen, um sie im Zubringerdienst oder unten an der Deffnung des Schachtes zu beschäftigen und dafür Leute nach vorn zu schicken. Aber ihnen würden Leute aus dem Ruhrgebiet und anderen Gegenden überwiesen, die sie aufnehmen müßten, weil sie sich nach Lage der Dinge nicht gut gegen die Arbeitsämter usw. auflehnen könnten. Das sind Sachen, die schnellstens vom Landesarbeitsamt, soweit es eine Befugnis dazu hat, nachgeprüft werden müssen.

Ich habe Ihnen damals, als wir die Sitzung des Landesarbeitsamtes verabschiedeten, gesagt: Die Befugnisse in der Arbeiterfrage, d. h. in bezug auf die Meldepflicht der freien Stellen von seiten der Unternehmer an die Arbeitsämter, sind zu beschränkt. Die

Arbeitsämter haben noch nicht einmal das Recht, die Arbeiterannahme zu erzwingen; sie haben lediglich die Zustimmung erhalten, daß sie dem Unternehmer für freie Stellen Personen vorschlagen. Der Unternehmer ist noch nicht einmal verpflichtet, freie Stellen anzugeben. Da muß das Arbeitsamt in Kürze eingreifen und versuchen, diese Dinge in das rechte Gleis zu bringen.

Der Herr Landeshauptmann bemerkte, daß die Kosten in den Privatanstalten, wo wir Böglinge oder Kranke untergebracht haben, weit geringer sind als in den Provinzialanstalten. Er hat zwar gesagt, man könne nicht so ohne weiteres einen Vergleich zwischen beiden Kategorien ziehen; trotzdem sei die Tatsache unverkennbar, daß die Unterbringung in den Privatanstalten weit vorteilhafter sei als in den Provinzialanstalten. Wir haben uns über das Problem schon in all den Jahren hier unterhalten. Ich will mich in diesem Jahre lediglich auf eine Folgerung beschränken, die man aus dieser Darstellung des Herrn Landeshauptmanns ziehen könnte. Nehmen wir an, daß den Böglingen und auch den Kranken, die in unseren Anstalten untergebracht sind, tatsächlich solche Leistungen zugute kämen, auf die sie als Menschen ein unbedingtes Anrecht an die Gesellschaft haben. Nun werden Sie sagen müssen, daß es unmöglich ist, mit dem Satz, den wir bei den Privatanstalten vorfinden, den Pflegebefohlenen wirklich das zu geben, was man unbedingt als Minimum fordern muß. Denn sonst wäre ja die Wirtschaft der Provinzialverwaltung in ihren Provinzialanstalten eine ganz unverantwortliche, wenn diese bei gleichen Leistungen an die Böglinge und Kranken das Doppelte mehr an Ausgaben hinauszuwerfen hätten. Die Folgerung kann nur so sein, daß in den Privatanstalten den Böglingen viel weniger gegeben wird, als tatsächlich der Unterschied beträgt. Ich sehe, in Ihren Gesichtern malt sich lebhafter Zweifel aus. Man hat bisher die Sätze, die an die Privatanstalten gezahlt wurden, noch verhältnismäßig gering angesehen und hat keine größeren Erhöhungen vorgeschlagen. Es fiel mir schon im vergangenen Jahr im Provinzialausschuß auf, daß von Seiten des Herrn Landeshauptmanns, der sich immer so warm für die caritativen Verbände eingesetzt hat, noch keine Vorschläge für eine Erhöhung der Pensionspreise gemacht wurden. Jetzt wird die Sache schon klarer, nachdem er und sein Parteifreund Schäfer zum Ausdruck gebracht haben, man müsse die Caritasverbände in ihren segensbringenden Arbeiten noch weiter fördern und ihnen größere Zuwendungen machen. Man hat bisher davon Abstand genommen, um jetzt am Schlusse dieses Landtages — bei einer Neuwahl hofft man vielleicht besser abzuschneiden als bisher — die Zustimmung dafür zu bekommen, daß in kurzer Zeit auf dem Wege durch den Provinzialausschuß auch die Pensionszuwendungen an die Privatanstalten um ein Wesentliches erhöht werden. Ich glaube, wenn die

Verwaltung uns einmal objektiv — aber das kann sie ja gar nicht (Weiterkeit) — alle Unterlagen gäbe, dann würde das Bild ein wesentlich anderes, als es der sehr katholisch und zentrumsmäßig eingestellte Herr Landeshauptmann Dr. Horion hier gegeben hat. (Erneute Weiterkeit.) Wir brauchen Ihnen nicht mehr zu sagen. Wir wissen, Sie verfolgen mit dieser Tendenz, öffentliche Anstalten abzubauen und private Anstalten, namentlich in ihren Neu-, Aus- und Umbauten, zu unterstützen und ihnen die Böglinge und Kranken zu überweisen, einen bestimmten politischen Zweck. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Der ist, die heranwachsende Jugend möglichst clerikal und im Zentrumsinne zu beeinflussen, damit Ihnen nicht der notwendige Nachwuchs für Ihre Volksverdummungspolitik fehlt. (Lachen im Zentrum.)

Ich komme jetzt zu den Ausführungen, die von den Vorrednern und besonders von der Sozialdemokratie über die sogenannte Steuer- und Zollpolitik gemacht wurden.

Herr Kaiser hat darüber geklagt oder wenigstens zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hätte, die nach der Annahme des Handelsvertrages mit Spanien erforderlich waren, um den betroffenen Winzern und Kleinbäuerlichen Kreisen die notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen. Herr Kaiser hat aber vergessen, zu sagen, daß seine Freunde am lebhaftesten auf die Abstimmung über den spanischen Handelsvertrag in der ursprünglichen Form gedrungen haben. Er hat in seinem Bemühen, sich als landwirtefreundlich hinzustellen, ganz vergessen, der Öffentlichkeit zu sagen, daß die Schwerindustrie einfach die Wirtschaftsinteressen der kleinen Bauern und Winzer rücksichtslos preisgibt im Interesse des Großkapitals. Das sucht man zu verhüllen, indem man sich für Schutzmaßnahmen einsetzt. (Zuruf des Abgeordneten Kaiser: So haben Sie es aufgefaßt!) Sie wissen doch genau, daß das alles Firtelanz ist, was Sie da beantragt haben (Antwort des Abgeordneten Kaiser: Dann machte ich es ja wie Sie!), nämlich mit einigen Krediten dem kleinen Weinbauer und auch dem kleinen Landbauer helfen zu können.

Auch das Zentrum ist in derselben Lage. Es hat dem Handelsvertrage zugestimmt. In seinen Reihen sitzen aber einige Gegner des Vertrages, auch berühmte große Kanonen, z. B. Herr Baron von Loe, der eigentlich aus Verschen 1919 nicht aus dem Zentrum herausgeschmissen worden ist. (Weiterkeit.) Dieser Baron von Loe, dieser Hauptführer der rheinischen Bauern, bekämpft gerade Ihre Bauernpolitik. Wir stimmen damit aber nicht der Politik des Herrn Barons von Loe zu (Weiterkeit), denn er benutzt auch nur die gesamte Bauernbewegung des Rheinlandes unter dem clerikalen Deckmantel in der Religions- und Konfessionsfrage für Großagrarierinteressen. Im Grunde genommen, kommt es ihm bei seinem Kampf für die sogenannten

Interessen der Landwirtschaft vor allem darauf an, die Interessen der großen Produzenten in der Landwirtschaft zu fördern, und die kleinen Bauern dienen ihm lediglich als Vorspann für die großagrarisches Interesse. Was hat der kleine Bauer in der Eifel und im Hunsrück für ein Interesse an der Zollvorlage? (Zuruf des Abgeordneten Bollig: Das kennen Sie nicht!) Da muß ich ausgerechnet von Ihnen etwas hören. Ich habe auch im betreffenden Reichstagsausschuß gesehen, ich habe auch die ganze Vorlage über den spanischen Handelsvertrag kennengelernt, ich habe die Verhandlungen mit den Bauernorganisationen, besonders mit den Kleinbauernorganisationen der Rhön, geführt. Die Kleinbauern betonten: Wir bauen nur soviel, als wir für den eigenen Bedarf notwendig haben. Der größte Teil der Kleinbauern der Rheinprovinz baut an Getreide nicht einmal soviel, wie er für eigenen Bedarf notwendig hat. Sie sind gezwungen, Getreide auf dem Markte einzukaufen, um den eigenen Bedarf zu decken. Nur wenige der mittleren Bauern im Rheinland bauen mehr Getreide an, als wie der Selbstbedarf ist. Daraus fließt aber eine verhältnismäßig so geringe Einnahme für diese kleinen Wirtschaften, daß sie durch die Nachteile, welche durch die Schutzollpolitik der Reichsregierung entstehen, gar nicht ausgeglichen werden.

Wir müssen an dieser Stelle dem Baron von Loe und den hinter ihm stehenden Dunkelmännern in der Bauernschaft, die dieselben sind wie die Dunkelmänner im Zentrum (Heiterkeit), bei der Gelegenheit sagen, daß sie nicht bauernfreundlich sind, daß sie nur den kleinen und mittleren Bauern benutzen, um ihre großbäuerlichen und großjunckerlichen Interessen zu wahren. Herr Baron von Loe steht in engster Verbindung mit dem ostelbischen Junkerverband, dem Reichsverband, er wäre sogar bereit, der Zentrumsparlei Fußtritte zu versetzen, wenn es sich um seinen großagrarisches Säckel handelt. (Erneute Heiterkeit.) Diese edle Heldengestalt sitzt immer noch in der Zentrumsparlei. Es ist leider 1919 von Ihnen vergessen worden, ihn an die Tür zu befördern. (Heiterkeit.) Sie werden das jetzt nicht mehr tun, weil Sie solche Leute beim Zentrum notwendig haben, um den Anschluß an die deutsche Rechtsregierung nicht zu verpassen. Das sind die Mittelsmänner, die Sie (zum Zentrum) in Ihren Reihen behalten, damit sie Ihnen die nötige politische Vermittlung nach rechts hin geben.

Ich will die Rechts- und Mittelparteien darauf hinweisen, daß ihre Offensive gegen die diesbezüglichen Lebensinteressen der Arbeiterschaft schon im Januar dieses Jahres begonnen hat. Sämtliche Unternehmerverbände hatten ihre Syndizi und ihre Sekretäre zu der Reichskonferenz vom 15. und 16. Januar in Berlin geschickt. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat dann eine Art Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet und es der Lutherregierung, ihren politischen Sekre-

tären, zugestellt. Diese Forderungen umfaßten im wesentlichen: 1. Handelspolitische Unterstützung im Massenabsatz, 2. Steuererleichterungen für den Besitz — die ausgerechnet der Besitz notwendig hat, nicht aber die Arbeiterschaft —, 3. Zollschutz und Lohnabbau, 4. Ausbau der Akford- und Prämiensysteme, 5. weitere Auseinanderstaffelung der Löhne — zum Zwecke der Spaltung der Arbeiterschaft —, 6. Arbeitszeitverlängerung, 7. Abbau der sozialen Einrichtungen, 8. Ausstoßen der unproduktiven Elemente aus Staat und Wirtschaft. Diese Eingabe hat schon den Erfolg gehabt, daß eine Reihe von Vorlagen im Schoße der Reichsregierung, die mit Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie ihr Reichsregime führt, ausgearbeitet wurden. (Abgeordneter Gerlach widerspricht.) Sie sagen: „Nein.“ Herr Gerlach, tun Sie doch nicht so geschämig. Ihre Partei hatte doch schon verschiedene Male Gelegenheit, gegen die Regierung zu stimmen. Sie haben sich aber im Reichstage gedrückt; die spanische Handelsvertragsvorlage ist nur deshalb angenommen worden, weil Ihre Freunde sich der Stimme enthalten haben bzw. hinausgegangen sind. Sie unterstützen Luther, wie Sie Cuno unterstützt haben. Man kann doch gut eine Regierung, die aus eigenem Fleisch und Blut ist, eine kapitalistische Regierung, unterstützen. Sie vertritt dieselbe Wirtschaft in politischer und nationaler Hinsicht, die auch Sie vertreten, und wie es heute Herr Haas hier so warm zum Ausdruck gebracht hat. Sie sagen, Sie unterstützen sie, solange Sie es für notwendig halten. In unserer Sprache heißt das aber: Solange man Sie duldet, unterstützen Sie die Rechtsregierung; Sie sind mitschuldig an dieser Steuer- und Zollpolitik.

Herr Haas hat es immer gut verstanden, Plagiats zu machen. Er hat sie auch im November 1923 bei seinen Ausführungen in Barmen gemacht. Die theoretischen Ausführungen, die morgens im 21er-Ausschuß von unserer Fraktion gemacht worden waren, hat er nachher im Plenum zur Deckung der sozialdemokratischen Politik benutzt. Er geht auch jetzt hin und macht grundsätzliche theoretische Ausführungen über Zoll- und Steuerpolitik, denen auch ein Kommunist zustimmen kann. Er lehnt die Zölle ab. Aber wie ist die Praxis? Wollen Sie behaupten, daß Sie der Zollvorlage nicht zustimmen wollen? Wollen Sie behaupten, daß Sie nicht für die indirekten Steuern stimmen? (Abgeordneter Eberle: Ach!) Sie, Herr Eberle, haben gerade am besten dafür gearbeitet, daß die Sozialdemokratische Partei den indirekten Steuern zustimmt. Wenn man zu solchen Dingen seine Zustimmung gibt, dann soll man sich doch nicht hierhin stellen und die anderen Parteien kritisieren, die auch zugestimmt haben. Die bürgerlichen Parteien tun doch nichts weiter, als was Sie auch getan haben. Infolgedessen haben Sie kein Recht, diese Parteien zu kritisieren, sondern das Recht kommt nur einer solchen

Partei zu, die nicht ihren Namen unter solche Schandtaten gesetzt hat, und das sind wir. Da sind wir wieder einmal einig, Herr Gerlach. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sie stehen ja auf dem Aussterbeetat!) Ueberlassen Sie es uns, ob wir auf dem Aussterbeetat stehen oder nicht. Die beste Quittung haben Sie im vergangenen Jahr bekommen. Ihre Arbeiter haben jetzt zum Teil einmal Marg gewählt. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sie haben Hindenburg gewählt!) Wir werden abwarten, was bei der nächsten Wahl zum Provinziallandtag herauskommt. Auf soviel Sitzen wie jetzt sitzen Sie dann auf keinen Fall mehr. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sie sind immer ein schlechter Prophet gewesen!) Nein, nein, ein sehr guter. Wenn der Provinziallandtag im vergangenen Jahre neu gewählt worden wäre, säßen Sie vielleicht auf 10—12 Sitzen, und wir säßen auf 30. Das war der Unterschied; so wird es auch noch kommen. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Das ist eine seminaristische Auffassung!)

Um dem Herrn Landeshauptmann in der Frage der privaten und öffentlichen Anstalten der Provinz noch einmal unseren Standpunkt klarzumachen, will ich einen diesbezüglichen Antrag verlesen. Sie (zum Landeshauptmann) werden sehen, daß die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Ihnen und uns nach wie vor bestehen. Dieser Antrag fordert:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Der Mietvertrag mit dem katholischen Erziehungsfürsorgeverein Maria-Veen über die Provinzialanstalt Galkhausen wird zum nächsten Termin gekündigt.
2. Die Provinzialverwaltung wird beauftragt, diese Anstalt zu einer Provinzial-Fürsorgeanstalt für weibliche Fürsorgezöglinge einzurichten.
3. Das gesamte Personal dieser Anstalt ist weltlich.
4. In die privaten konfessionellen Anstalten werden keine weiblichen Fürsorgezöglinge mehr überwiesen.“

Sie dürfen sich damit beschäftigen. (Zuruf des Abg. Gerlach: Was Sie da vorgelesen haben, ist auch ein Plagiat!) Dann haben Sie im vergangenen Jahre schon Plagiate gemacht, denn Sie haben damals das beantragt, was wir schon im Vorjahre beantragt hatten, ehe Sie einen Landesrat in der Verwaltung der Fürsorge sitzen hatten. (Weiterkeit.)

Nun zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns und des Herrn Oberpräsidenten über die Tausendjahrfeier. Beide sagten: Diese Tagung steht im Zeichen der Jahrtausendfeier. In diesem Saal sieht man zwar nichts davon. Desto mehr wird man in den nächsten Tagen in anderen Sälen davon sehen. Dazu möchte ich dem Herrn Landeshauptmann und den Befürwortern etwas sagen.

Der Herr Landeshauptmann sagte zunächst einmal, Sie würden sich in Ihrer Freude über dieses nationale Ereignis durchaus nicht durch Kritiker und

Mörgler beeinträchtigen lassen. Ich bin gerne bereit, mich von Ihnen als Kritiker und Mörgler bezeichnen zu lassen. Ich bekenne es mit Freuden, daß wir daran Kritik üben müssen. Aber andererseits muß ich auch gestehen, daß wir höchst überrascht waren, daß man sich bei der Sozialdemokratie dazu aufgeschwungen hat, theoretisch dieses „Zuviel“ bei den Jahrtausendfeiern zu bekämpfen.

Wir lehnen grundsätzlich die Veranstaltung der Jahrtausendfeier ab. (Zuruf des Abg. Gerlach: Praktisch machen Sie sie aber ganz gerne mit?) Betrachten wir zunächst einmal die äußerliche Form. Wenn man sich auf den Standpunkt der bürgerlichen Parteien stellen würde, so würde es, um die außenpolitische Wirkung, auf die es Ihnen ja nach Ihren Aussagen am meisten ankommt, zu erzielen, durchaus genügt haben, wenn Sie eine parlamentarische Kundgebung hier gemacht hätten und sich in Köln und an anderen Stellen ebenfalls auf eine parlamentarische Kundgebung beschränkt hätten, wo auch wir das sagen konnten, was uns in unseren Anschauungen von Ihnen trennt. Aber Sie haben die Jahrtausendfeier so aufreizend aufgezo-gen — obwohl Sie wissen, daß die Not in allen arbeitenden Bevölkerungskreisen groß ist —, daß man tatsächlich nicht mehr nur von einem „Zuviel“ sprechen kann, sondern sagen muß: Es ist ein offener Skandal. Es gibt jedenfalls kein Verbändchen im ganzen Deutschen Reich, von dem Käse- oder Gemüsehändlerverband angefangen bis zu dem der Großindustriellen, das jetzt nicht seine Tagung möglichst nach dem Westen verlegt: Reichsstädte-tag, Reichsstädtebund, Preussischer Städte-tag, Rheinischer Städte-tag, alles kommt nach der Rheinprovinz, und dann wird in der Rheinprovinz gelebt nach allen Noten.

In Köln wurde die Jahrtausendausstellung eröffnet. Hierüber will ich Ihnen nur einige Dinge mitteilen. Man hat aus diesem Anlaß ein großes Festmahl veranstaltet, woran 700 bis 800 Personen teilnahmen, wo der beste Wein tatsächlich in Strömen geflossen ist. (Zuruf des Abg. Gerlach: Auch in kommunistische Kelche ist er geflossen!) Daran haben keine Kommunisten teilgenommen. Wir trinken gerne Wein; aber wir saufen ihn nicht bei solchen Festmählern (Schallende Heiterkeit.) auf öffentliche Kosten!

Meine Damen und Herren! Ich meine, gegen die sachliche Feststellung, daß der Mensch gern Wein trinkt, ist nichts einzuwenden. Das haben wir immer gesagt. Wir beanspruchen, daß auch der Arbeiter ein solches Einkommen hat, daß er in der Lage ist, auch ein Glas Wein zu trinken. Es ist aber ein großer Unterschied, ob Veranstaltungen, die einen innen- und außenpolitischen Charakter tragen sollen, Begleiterscheinungen haben, die selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus nicht zu rechtfertigen sind. Es ist in Köln vorgekommen, daß in den frühen Morgenstunden eine Reihe von Vertretern der Verwaltungen und auch der

Stadtverordnetenversammlung so total betrunken waren, daß sie in die Autos hineingetragen werden mußten. Man konnte ihren Namen nur mehr feststellen, indem man ihnen die Briefftasche öffnete und daraus die Adresse feststellte. (Seiterkeit.) Ich stelle das hier öffentlich fest. Wir werden erleben, daß bei diesen ganzen Festessereien dasselbe herauskommen wird. Sie werden doch nicht sagen wollen, daß Sie mit diesen Festessen im Auslande den Eindruck hervorgerufen können, den Rheinländern ginge es schlecht. Was meinen Sie wohl, was das Ausland darüber sagt? Ein Teil von Ihnen verfolgt ja auch die ausländische Presse. Da werden Sie auch in solchen Zeitungen, die gegenüber der deutschen Politik ziemlich wohlwollend eingestellt sind, die herbste Kritik an den Veranstaltungen finden, die bereits gewesen sind oder noch bevorstehen. Wir können uns an solchen großen Festmählern aus diesem Anlaß nicht beteiligen!

Für unsere Fraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir uns an den Festessen nicht beteiligen werden. Wenn Sie das Bedürfnis hatten, konnten Sie eine politisch-parlamentarische Aktion machen, und wir würden das, was wir grundsätzlich dazu zu sagen haben, ebenfalls zum Ausdruck gebracht haben.

Wir stellen den Antrag, daß die 500 000 Mark, die den Städten zur Veranstaltung ihrer Jahrtausendfeiern überwiesen werden (Zuruf des Abg. Bauknecht: Nicht für die Feiern, sondern für die Ausstellungen!), vom Provinziallandtag für einen besseren Zweck zur Verfügung gestellt werden. Herr Bauknecht, so naiv sind Sie wohl auch nicht, daß Sie das glauben. Sie wissen genau: Wenn Sie hier z. B. 570 000 Mark der Stadt Köln angeblich für die Jahrtausendausstellung überweisen, so hat die Stadt Köln daneben noch eine große Reihe von Veranstaltungen, wo gut gegessen und getrunken wird, die Hunderttausende kosten. Nun ist es gleich, ob man sagt: Es sind ausgerechnet die 570 000 Mark, die die Landesbank nach Köln auszahlen wird, oder es sind vielleicht 300 000 oder 400 000 Mark, die aus der Kölner Kasse genommen werden. Das ist doch gehopft wie gesprungen. Das Geld geht in eine Kasse hinein und wird ausgegeben, ob es nun eigenes oder fremdes Geld ist, und die Stadt Köln macht auf der anderen Seite Ausgaben, die in jeder Art und Weise unverantwortlich sind. Aber von der Provinz erhält sie das Geld, um ihre Ausstellung zu finanzieren. Wir haben gegen die Ausstellung ebenso unsere großen Bedenken. Wir müssen sie ablehnen, obwohl die schönen Dinge, die dort ausgestellt sind, auch für uns wertvoll und interessant sind. Ich habe sie mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und habe gesehen, welche ungeheuren Kunstschätze, Edelmetallschätze usw. noch in der Rheinprovinz sind. Ich weiß, es gibt noch mehr; die Spuren der Ausstellung deuten darauf hin. Ich kann Ihnen sagen: Wenn wir die Staatsgewalt in Händen haben, werden wir auch eine solche Aus-

stellung machen, nur mit dem Unterschied, daß die Gegenstände nicht mehr zurückgeliefert werden. (Seiterkeit.) Wir werden es in der Beziehung unseren russischen Freunden nachmachen, die auch Ausstellungen in ganz Rußland gemacht haben, sie haben alle Kunstschätze aus privaten Händen beschlagnahmt und in schönen öffentlichen Museen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. So werden wir es auch machen. Da haben Sie uns in Köln die beste Anleitung gegeben, wo man die Gegenstände herzuholen und wo man sie später auf vorteilhafte Art und Weise auszustellen hat. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Im Kölner Dom!) Der Kölner Dom steht vorläufig noch. Wir haben also zu beantragen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Die von der Provinzialverwaltung zur Durchführung der Jahrtausendfeier der Städte bereitgestellten 500 000 Mark werden je zur Hälfte den Blindenanstalten Düren-Neuwied und der Kinderheilstift Sülzeln überwiesen.

Der Zinsertrag des Kapitals soll dazu dienen, den blinden bzw. verkrüppelten jungen Menschen während ihres Aufenthalts in der Anstalt das Leben zu verschönern und nach der Entlassung ihnen das Eintreten in den Kampf ums Dasein zu erleichtern.“

Der Herr Landeshauptmann glaubt, diese Jahrtausendfeier hätte auch eine wirtschaftliche Bedeutung, indem ein starker Fremdenverkehr nach der Rheinprovinz flösse. Sie hören aber, wenn Sie die Wirtschaftsorgane, besonders der Gastwirte, lesen, sehr wenig davon. Wir können auch in Köln feststellen, daß der Zustrom zur Jahrtausendfeier nicht die Höhe erreicht hat, wie man veranschlagt hatte. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Davon habe ich noch nichts gehört!) Darüber sind wir uns in Köln ausnahmsweise einig. Die erhofften wirtschaftlichen Vorteile bestehen, wie mir mein Parteifreund Lückem aus Höhscheid mitteilt, darin, daß bei ihnen 12 Messer mehr bestellt worden sind als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. (Seiterkeit.) Wir glauben, daß die Wirtschaft überhaupt keinen Vorteil von der ganzen Veranstaltung hat. Sie beweisen durch die Ausgabe dieser Summen — es handelt sich schätzungsweise um 15 Millionen Mark, die die gesamten Veranstaltungen zur Jahrtausendfeier verschlingen —, daß durchaus keine Not in den kapitalistischen Kreisen herrscht. Glauben Sie, daß Ausland wird künftig Ihrem Geschrei in der Presse noch einen Wert beimessen, wenn Sie selbst durch die Tat beweisen, daß es nicht wahr ist, was Sie durch Ihre Presse zum Ausdruck bringen?

Wäre es nach dem Willen der bürgerlichen Parteien, besonders unserer „Freunde“ vom Zentrum, gegangen, so wäre keine Gelegenheit gewesen, die Jahrtausendfeier zu veranstalten. Wären im Jahre 1923 die Wünsche der Herren Lönarz und Konsorten aus dem Zentrum und auch des Herrn Louis Hagen in

Erfüllung gegangen, dann hätte es mit einer 998jährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich sein Bewenden gehabt. Denn damals, meine Herren — das können Sie heute nicht mehr wegleugnen —, bestand in Ihren Kreisen der offene und versteckte Wille, den ersten Schritt zur Loslösung der Rheinlande von Preußen und damit auch vom Reich vorzunehmen.

Da wir während der Reichspräsidentenwahl die interessante Debatte zwischen Herrn Dr. Jarres und Herrn Adenauer vom Zentrum erlebten, möchte ich hier kurz unsere Stellungnahme dazu vortragen.

Beide Herren haben alle Ursache, zu schweigen; sie wußten, warum sie das Kompromiß geschlossen haben. Die Sache stand damals so, daß Herr Tirard im Auftrage der französischen Regierung die konkrete Frage an die Rheinische Provinzialverwaltung, an den Provinziallandtag gerichtet und den prominenten Führern der bürgerlichen Parteien auf unserer letzten Tagung in Barmen eine kurze Frist zur Beantwortung gestellt hatte; nämlich, in welcher Form sie einer Lockerung des staatspolitischen Verhältnisses zu Preußen und dem Reich ihre Zustimmung geben würden. Sie waren damals verpflichtet, die konkrete Antwort zu geben. Heute werden Sie natürlich genügend Redewendungen finden, um das abzuleugnen. Aber damals stand für uns im 21er-Ausschuß die Frage so, daß wir eine positive Antwort nach Koblenz und nach Paris geben sollten. Damals haben wir als die Letzten im 21er-Ausschuß klipp und klar erklärt: Für uns Kommunisten kommt trotz unserer Stellung zu diesem reaktionären, kapitalistisch organisierten preußischen Staat und zum Deutschen Reich nicht die geringste Lockerung unseres Verhältnisses zu Preußen und dem Reich in Frage. Sie wußten, daß damals im Oktober die Dinge im Rheinland so standen, daß bei einer eventuellen Wahl, wenn Herr Haas als Spitzenkandidat dagestanden hätte, er wahrscheinlich allein von der SPD. in den Provinziallandtag gekommen wäre. So stand im Oktober 1923 die Arbeiterschaft. Sie haben sechs Monate nachher bei der Reichstagswahl noch die Quittung für ihre „segensreiche“ Inflationspolitik bekommen. Ich habe Ihnen damals gesagt: Wir werden uns selbst mit offener Gewalt einer Lockerung des Verhältnisses zu Preußen und dem Reich entgegensetzen. Darauf haben Sie den Weg gefunden, im Provinziallandtag in Barmen die Entschließung zu fassen, daß eine Lösung oder eine Milderung des bisherigen Verhältnisses der Rheinlande zu Preußen und dem Reich nur auf verfassungsmäßigem Wege zustande kommen könnte. Sie haben damit indirekt gezeigt, daß Sie dem Verlangen Tirards zustimmen würden. Aber Sie mußten den Deckmantel der Verfassung noch haben. Das war der Ausweg, den Sie damals gefunden haben. (Zuruf des Vorf. Dr. Jarres: Unsere Zustimmung ist nicht erfolgt!) Herr Jarres, Sie, von der Arbeitsgemeinschaft, haben auch zugestimmt. Ich glaube wohl, der deutsch-

nationale Teil hat nicht zugestimmt, aber ein Teil Ihrer Arbeitsgemeinschaft hat zugestimmt. (Zuruf des Vorf. Dr. Jarres: Das ist nicht richtig, Herr Knab!) Herr Justizrat Falk hat selbst die Hände hochgehoben, auch Herr Rektor Steinmeyer, und auch ein Teil der Herren von der Deutschen Volkspartei hat zugestimmt. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Sie haben eben dem Herrn Haas vorgeworfen, daß er alles, was in Ihren Reihen vorgeht, besser wissen wolle als Sie. Ich gebe Ihnen den Vorwurf zurück: Sie wollen jetzt besser wissen als wir, was in unseren Reihen vorgeht!) Das ist kein Vergleich! Ersteres kann er nicht besser wissen, denn das ist ja hinter verschlossenen Türen verhandelt worden. Aber hier handelte es sich um eine Abstimmung, die im Provinziallandtag vorgenommen worden ist. Da hat ein Teil der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten für die Entschließung gestimmt, das auf verfassungsmäßigem Wege zu machen. (Zuruf des Vorf. Dr. Jarres: Jawohl, um schlimmere Entschließungen abzuwenden!) Sie sagen, Sie wollten das kleinere Übel wählen, Herr Jarres. Wir wissen, daß Sie ein entschiedener Gegner unserer Bewegung sind. Bei der Staatsberatung im Jahre 1921, wo Herr Kaiser uns zurief: „Auch Sie werden noch einmal zur Mitarbeit kommen!“, habe ich Ihnen gesagt: Das wird von unserer Bewegung nie und nimmer geschehen. Heute stehen wir noch auf genau demselben Standpunkt. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Sie haben also nichts dazugelernt!) Aber ich sage Ihnen das eine: Trotzdem wir Gegner bis zum äußersten sind, erkennen wir an, daß der relativ ehrliche Teil des Bürgertums damals seinen Ausdruck in den Ausführungen des Herrn Jarres und seiner engeren Freunde gefunden hat und daß das, was das Zentrum und die Sozialdemokratie damals getrieben haben, noch weit mehr ein reaktionäres Machwerk, ein Kuhhandel um Einfluß hier am Rhein gewesen ist. Wir lehnen den Plan, den Herr Jarres und seine Leute entwickelt haben, heute ebenso wie damals ab. Heute sehen Sie (zu Jarres) auch ein, daß dieser Weg falsch gewesen ist. Aber er war wenigstens aus einer ehrlichen und offenen, bürgerlich-nationalen Gesinnung hervorgegangen, die sich nicht vor dem Tageslicht zu scheuen brauchte, während Sie vom Zentrum mit allen Mitteln hinter den Kulissen gearbeitet haben, um Ihr klerikales Ziel zu erreichen.

Das sind wir verpflichtet, an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen, denn in Ihrer Presse lügen und schwindeln Sie und leugnen die ganzen Tatsachen ab, weil es Ihnen heute nicht mehr in Ihr Konzept paßt, weil es nicht mehr in die Politik paßt, die Sie heute im Reich und in Preußen als „staatserbaltende Politik“, wie Sie es nennen, treiben wollen. Damals haben Sie andere Töne gesungen, besonders die Freunde des Herrn Lönarz aus Koblenz und Trier, und Sie würden noch weiter solche Töne gesungen

haben, wenn nicht die Arbeiterschaft Ihnen erklärt hätte: Diesen Weg gehen wir keinen Schritt mit.

1921 und 1922 ist viel über Erweiterung der provinziellen Selbständigkeit geredet worden. Wir hatten sogar eine Kommission zur Beratung von diesbezüglichen Vorlagen eingeseht. Herr Landeshauptmann, wo sind denn heute die ganzen Dinge? Wo ist die neue Provinzialordnung geblieben? Meine Herren von den übrigen Parteien — von der Sozialdemokratie, vom Zentrum, von der Rechten —, wo ist die neue Provinzialordnung, womit Sie damals agitatorisch in den Wählerversammlungen herumgezogen sind? Sie wollten reformieren. Sie sitzen heute noch auf derselben reaktionären preussischen Provinzialordnung wie vor dem Kriege. Herr Haas, die Befürchtung, die Sie haben, daß der Provinzialauschuß vielleicht einmal anders zusammengesetzt wird, wie es die Forderung des Preussischen Städtetages schon zeigt, wird am ehesten gefördert, wenn die alte, reaktionäre preussische Provinzialordnung noch besteht. Warum geben Sie der Öffentlichkeit nach 4½ Jahren der Politisierung dieses Provinzialparlamentes keine Aufklärung darüber, was sich in Preußen zugetragen hat, auf welchem Verhandlungswege die neue Provinzialordnung verschwunden ist. (Zuruf des Abg. Haas: Sie wollen ja gar keine Provinzialordnung!) Das will ich auch nicht in Ihrem Sinne! Ich sage nur: Sie haben damals Propaganda damit getrieben, daß Sie bald eine neue Provinzialordnung verabschieden würden und daß die Selbständigkeit der Provinzen erweitert werden sollte, wie es in den Bestimmungen der Artikel 71 und 72 der preussischen Staatsverfassung steht. Aber Sie haben bis heute nichts getan, um die Versprechungen einzulösen, die Sie Ihren Wählern gegeben haben. Das müssen wir in diesem Augenblick, wo dieser Provinziallandtag zum letzten Male zusammentritt, mit aller Deutlichkeit in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen.

Zu dem Etat im einzelnen können wir nicht mehr sprechen, weil die Zeit zu kurz ist. (Weiterkeit.) Wir werden bei den einzelnen Vorlagen Gelegenheit nehmen, unsere Stellungnahme zu den Unterpunkten des Etats des näheren klarzulegen.

Wir wollen nur noch zu dem ersten Teil des Haushaltsplans unter A I und II zum Ausdruck bringen, daß wir die Gehälter für die unteren und mittleren Beamten bis zu einem Teil der oberen Beamten und ebenso die Löhne für die Angestellten und Arbeiter und die Ruhegelder durchaus bewilligen würden, daß aber die Spanne in der Besoldungsordnung, die in den letzten Jahren durch die Besoldungsrevision noch erweitert worden ist, auf keinen Fall unsere Zustimmung findet. Wir legen Ihnen eine Entschliehung vor, in welcher der Provinziallandtag den Reichstag auffordert, eine grundsätzliche Revision der Besoldungs-

ordnung im Interesse der Beamten vorzunehmen. Wir beantragen hier:

1. „Die Löhne und Gehälter der Arbeiter bzw. Angestellten der Provinzialverwaltung werden so erhöht, daß die unterste Lohn- bzw. Gehaltsgruppe das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum erreicht.“
2. Entsprechend dieser Erhöhung der Löhne und Gehälter findet eine Neufestsetzung des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenrente statt.
3. Das Ruhegeld muß wenigstens 90 Prozent, die Hinterbliebenenrente wenigstens 80 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes bzw. Gehaltes betragen.“

Unsere Entschliehung lautet:

„Die jetzige Besoldungs- und Ruhegehälterordnung für die Beamten bedeutet ein großes Unrecht gegenüber den unteren und mittleren Beamten. Die Spannung zwischen den Gehältern dieser Beamten und denen der oberen Beamten ist um ein Mehrfaches zu groß. Durch die verschiedenen Änderungen des Besoldungsgefeges seit November 1923 ist dieses Unrecht noch vergrößert worden.“

Der Provinziallandtag der Rheinprovinz fordert den Reichstag auf, die Besoldungs- und Ruhegehälterordnung in Verbindung mit den Beamtenengewerkschaften grundsätzlich umzugestalten, ausgehend von dem Gedanken, zunächst einmal für die unteren Beamten ein menschenwürdiges Existenzminimum festzusetzen, unter steigender Kürzung der Gehälter für die oberen Beamten bis zur Hälfte bei den Beamten der Sondergruppen.“

Wir haben weiter zu beantragen:

„Die im Haushaltsplan unter „Verschiedenes“, Titel XIII, veranschlagte Summe von 200 000 Mark für Kindergesundheits- und Erholungsfürsorge wird auf eine Million Mark erhöht.“

Der Betrag von 200 000 Mark ist unserer Ansicht nach nicht im geringsten genügend, um wenigstens einen großen Teil der Schäden an der Gesundheit der Kinder, die besonders durch den Ruhrkampf und die Folgeerscheinungen der Erwerbslosigkeit in die Familien der Arbeiterschaft hineingetragen worden sind, zu heilen. Aus diesem Grunde müssen wir fordern, daß der Betrag von 200 000 Mark auf die nahezu ausreiche Summe von einer Million erhöht wird. Meine Damen und Herren! Die Mittel dazu sind vorhanden. Auch der Herr Landeshauptmann hat in seinen Ausführungen und im Vorbericht der Provinzialverwaltung zugegeben, daß Ueberflüsse vorhanden sind, daß man sogar damit rechnet, im kommenden Jahr den Grundstock zu einem Betriebsfonds für die Provinzialverwaltung zu legen. Wir verlangen, daß in erster Linie einmal die Schäden an der Gesundheit der heranwachsenden Arbeiterjugend beseitigt werden, daß alle Mittel, die eben nur aufgebracht werden können, diesem Zwecke zugeführt werden.

Nun zum Schluß. Zum Gesamtetat haben wir jetzt noch das gleiche zu erklären, was ich auch 1921 an dieser Stelle erklärte: Wir lehnen den Gesamtetat ab, wenn wir auch den einzelnen Etatspositionen, soweit sie sich mit Blinden-, Taubstumm-, Fürsorgewesen, Krüppelfürsorge usw. befassen, zustimmen werden. Der Gesamtetat und seine Bewilligung ist für uns eine Vertrauensfrage. Diese Frage steht heute noch so, wie sie vor fünf Jahren für uns gestanden hat. Wir können dieser bürgerlichen Verwaltung durch die Bewilligung des Etats das Vertrauen nicht aussprechen, um so mehr, als die Methoden der Eintreibung der Mittel heute noch schlimmer geworden sind, als sie vor fünf Jahren gewesen sind. Heute werden die Lasten reiflos auf die Schultern derjenigen gebürdet, die nach ihrem Einkommen nicht dazu in der Lage sind, erstens die gewaltigen Steuerlasten aufzubringen und zweitens auch noch eine hohe Profitrate dem Unternehmer zu gewähren. Aus dem Grunde lehnen wir ab.

Wir beantragen aber, daß vor der Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 1925/26 über jede der 30 Positionen des Etats eine Einzelabstimmung vorgenommen wird. Wir werden dann den Positionen zustimmen, denen man als Vertreter der Arbeiterklasse zustimmen kann, wenn auch die sozialen Forderungen nicht in dem Maße bewilligt worden sind, wie wir sie für notwendig halten.

Den gesamten Etat werden wir bei der entscheidenden Abstimmung ablehnen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Dort Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine verehrten Damen und Herren! Meine Mitarbeiter und ich danken zunächst für die mannigfachen Worte der Anerkennung, die wir für unsere Arbeit bei verschiedenen der Herren Vorredner gefunden haben. Aber wir sind noch mehr dankbar für die so außerordentlich sachliche Kritik, die in diesem Jahre der Haushaltsplan und die Vorlagen, die wir Ihnen gemacht haben, gefunden haben. Diese Kritik gibt uns nicht nur Gelegenheit, zu lernen, sondern sie gibt uns auch die erwünschte Gelegenheit, manches Mißverständnis auszuräumen und manche Begründung für die Ihnen gemachten Vorlagen noch über das hinaus, was Ihnen gedruckt vorliegt, zu geben. Es ist ja bei der Provinzialverwaltung ebensowenig wie bei dem Reich, dem Staat oder den städtischen Verwaltungen möglich, alle Wünsche zu befriedigen und alle Beteiligten zufriedenzustellen. Bei der Provinzialverwaltung kommt da gegenüber den örtlichen Kommunalverwaltungen noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: Während die örtlichen Kommunalverwaltungen sich nur bemühen müssen, die verschiedenen Wünsche der verschiedenen Berufe, Stände und Parteien zum Ausgleich zu bringen, haben wir hier auch noch die schwere Aufgabe, uns zu bemühen, die Wünsche der verschiedenen

Bezirke und Gebiete der großen Rheinprovinz miteinander in Einklang zu bringen. Aber ich möchte sagen, das ist gerade das Glückliche und ein Vorzug der Rheinprovinz, daß sie Gebiete der aller verschiedenartigsten wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, von dem Hochgebiet der Industrie bis zu den rein landwirtschaftlichen Eifelkreisen, in sich schließt. Gerade das betrachte ich auch als eine wesentliche Aufgabe der Provinzialverwaltung, daß auf dem Wege über die Provinzialverwaltung hier ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen gefunden und auch die Gelegenheit gegeben wird, daß die leistungsfähigeren Gebiete den leistungsschwächeren in etwa zu Hilfe kommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf eingehen, daß sich hier und da in der Öffentlichkeit in nicht amtlichen Kreisen Bestrebungen geltend gemacht haben, an dieser Struktur der Rheinprovinz eine Aenderung in der Weise herbeizuführen, daß einzelne besonders leistungsfähige Gebiete, die zum Ruhrbezirk gehören, aus der Rheinprovinz herausgeschnitten werden und mit den entsprechenden westfälischen Gebieten einen besonderen Kommunalverband bilden könnten und daß dann ja ein verhältnismäßig wohlhabender Industriebezirk zusammen wäre, der besser für sich selbst im Innern sorgen könnte als jetzt, wo er für verhältnismäßig schwache Brüder und Schwestern in Eifel und Sauerland ebenfalls mitzusorgen hat. Ich glaube aber, daß ich nicht nur in Übereinstimmung mit allen maßgebenden Kreisen, sondern auch in Übereinstimmung mit Ihnen rede, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß das Gesichtspunkte sind, die in der öffentlichen Verwaltung unter keinen Umständen zur Herrschaft kommen dürfen (Sehr richtig!) und daß deshalb diese Bestrebungen, wo sie auch auftauchen, nur die schärfste Zurückweisung finden können. (Bravo!)

Allerdings hat Herr Abgeordneter Schäfer mit einem kleinen Gefühl — ich möchte sagen — der Drohung angedeutet, wir müßten uns aber auch die Liebe des Ruhrgebiets dadurch erhalten, daß wir ihm besondere finanzielle Zuwendungen zukommen ließen. Meine Damen und Herren! Soweit es sich bei den provinziellen Zuwendungen darum handelt, arme und leistungsschwache Bezirke zu bedienen, sind wir, glaube ich, doch noch nicht so weit, daß wir da die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr, Duisburg auf die gleiche Stufe stellen können mit den Kreisen Akenau, Prüm oder Daun, sondern daß wir anerkennen müssen, daß diesen schwächeren Kreisen auf manchen Gebieten in erster Linie geholfen werden muß. (Zustimmung.)

Aber im übrigen darf ich die Versicherung abgeben, daß auch auf dem besonderen Gebiete, das der Herr Abgeordnete Schäfer berührt hat, dem Verkehrsgebiete, der Provinzialverband grundsätzlich bereit ist, im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen genau so für

das Ruhrgebiet zu arbeiten wie für die anderen Gebiete. Die äußere Schwierigkeit ist inzwischen dadurch hereingekommen, daß der Ruhrfiedlungsverband gebildet worden ist. Unter den Aufgaben des Ruhrfiedlungsverbandes wird auch die „Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen im Interesse des Siedlungszweckes“ angeführt. Diese Bestimmung läßt sich außerordentlich weit auslegen. Jetzt hat der Ruhrfiedlungsverband sie dahin ausgelegt, daß nunmehr die durchgehenden Verkehrsfragen in seinem Bezirk von ihm in die Hand zu nehmen seien. Wir haben also im Bezirk des Ruhrfiedlungsverbandes den ja in der deutschen und preußischen Verwaltung durchaus nicht abnormen Zustand, daß für dieselbe Aufgabe mindestens zwei Behörden zuständig sind. Im Ruhrfiedlungsverband sind für dieselbe Aufgabe der Ruhrfiedlungsverband und auch der Provinzialverband, der nach dem Dotationsgesetz diese Aufgabe zu erfüllen hat, zuständig. Daß unter diesen Umständen ein Modus des Zusammenarbeitens gefunden werden muß, ist klar. Er wird sich aber dann leicht finden lassen, wenn der Ruhrfiedlungsverband, wie in seinen amtlichen Erklärungen steht, selbst keine Straßen baut. In den sonstigen Verlautbarungen hört man ja auch manchmal das Gegenteil. Ganz klar ist über diese Frage nicht zu urteilen. Aber die Frage der finanziellen Unterstützung der Straßen, die im Bezirke des Ruhrfiedlungsverbandes neu gebaut werden und dem Durchgangsverkehr dienen, wird, wenn Anträge hier gestellt werden, genau so hier geprüft und beraten werden wie die Anträge jedes anderen Stadt- und Landkreises. Aber ich habe das Gefühl, daß der Bezirk des Ruhrfiedlungsverbandes auf dem Gebiete des Straßenbaues nur Vertrauen zum Ruhrfiedlungsverband hat und infolgedessen grundsätzlich, für die übrige Provinz erfreulicherweise, die Absicht hat, diese Aufgaben selbständig durchzuführen und bei der Provinz keinerlei Anträge zu stellen. Der Herr Abgeordnete Schäfer hat ja angedeutet, daß sich das ändern würde. Dann werden wir uns über diesen Punkt weiter unterhalten. Im übrigen hat er ja auch gesagt, daß auch die Städte des Ruhrfiedlungsverbandes mit Begeisterung die Provinzialumlage zahlen. Das ist ja sehr erfreulich. Jedenfalls habe ich das Gefühl, daß Sie sicherlich mit der gleichen Begeisterung die Abgaben an den Ruhrfiedlungsverband zahlen, denn diese haben Sie ja vollständig selbst beschlossen. Soweit der Ruhrfiedlungsverband in der Lage ist, mit Hilfe dieser Abgaben das Verkehrsproblem zu lösen, wird dies von der Provinzialverwaltung nur begrüßt werden können.

Es ist dann von sämtlichen Rednern ein außerordentlich reiches Bußet von Wünschen an die Provinzialverwaltung herangebracht worden, auch von Wünschen finanzieller Art, und zwar hat auf diesem Gebiete wohl der Redner keiner Partei dem andern

etwas vorzuwerfen. Es ist so gekommen, wie ich es bei meiner Etatsrede schon befürchtete, daß viele der Wünsche, die wir schon von früher her kannten, hier nochmals wieder aufgetaucht sind. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte nochmals nachdrücklich betonen: Bei der Erfüllung all dieser Wünsche muß die finanzielle Lage unter allen Umständen im Auge behalten werden. Der Herr Abgeordnete Schäfer hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Aufstellung des Etats eine so angespannte ist, daß sie überhaupt nicht aufrechtzuerhalten ist, daß schon jetzt die vorgesehenen Einnahmen die Ausgaben nicht decken werden, weil die vorgesehenen Einnahmen aus den Reichs- und Staatssteuern die angegebene Höhe nicht erreichen werden. Um so mehr muß ich dringend bitten, daß Sie bei jedem Beschlusse, der weitere Ausgaben bedingt, zugleich mit dabei beschließen: Zu diesem Zwecke wird die Provinzialumlage um den und den Betrag erhöht. Wenn Sie diesen Zusatz hinzufügen, so werde ich wohl in der Lage sein, den meisten dieser Beschlüsse zuzustimmen. Aber das dürfen Sie auf keinen Fall vergessen.

Der Herr Abgeordnete Schäfer wollte dann ein Wort der Beruhigung darüber haben, wie wir wohl auskommen würden, wenn uns nun vielleicht einige Millionen im Haushaltsplan fehlen werden. Meine Damen und Herren! Auch das sehe ich in Uebereinstimmung mit Herrn Schäfer als einen recht dunklen Punkt an. Eine Erhöhung der Provinzialumlage möchte ich aus diesem Grunde nicht vorschlagen, und zwar deshalb, weil alle Stadt- und Landkreise sich auf die jetzige Höhe der Provinzialumlage eingestellt haben. Ein Zweites wäre ja, daran zu denken, im März nächsten Jahres noch eine Nachtragsumlage zu beschließen. Auch das halte ich für sehr bedenklich, ebenfalls wieder im Interesse der Stadt- und Landkreise. Der dritte bedauerliche Weg ist der, das Jahr mit einem Defizit abzuschließen. Ich glaube, daß das der wahrscheinlichste Weg sein wird. Er ist aber nur gangbar und möglich, wenn, wie auch Herr Schäfer andeutete, es möglich ist, dieses Defizit vorschubweise bei der Landesbank zu entnehmen. Infolgedessen kann ich dahin beantworten, daß wir in den letzten Jahren den Grundsatz verfolgt haben, die etwaigen Gewinne der Landesbank nicht zur Ausschüttung zu bringen, sondern zur Stärkung des Betriebsfonds der Landesbank zu verwenden, damit die Landesbank in der Lage ist, etwaigen unerwarteten Ansprüchen der Provinz wie auch der Kommunen besser entsprechen zu können. Ich glaube, wir haben ein weit größeres Interesse daran, die Landesbank innerlich zu stärken, damit sie diese Aufgabe erfüllen kann, als etwa einen Gewinn von ein paar hunderttausend Mark aus der Landesbank herauszuziehen und in unseren Haushaltsplan einzustellen. Ich bitte Sie deshalb, auch damit einverstanden

zu sein, daß vorläufig bei dem Posten „Gewinn der Landesbank“ nur Striche und keine Summen ausgeworfen werden.

Den Hauptgegenstand der Debatte haben mit Recht die Fragen der Straßenverwaltung, die Verkehrsprobleme gebildet. Die gewaltige Steigerung der Ausgaben der Straßenverwaltung das 2,5fache gegenüber der Vorkriegszeit kann Ihnen gar nicht auffallen. Die Straßen werden hauptsächlich durch die Automobile verchliffen, und, ohne daß ich die Zahlen zur Hand habe, kann ich versichern, daß die Zahl der Autos gegenüber der Vorkriegszeit nicht um das 2,5-, sondern mindestens um das 25fache gestiegen ist. Man kann sich deshalb nicht darüber wundern, wenn trotz dieser erhöhten Ausgaben große Straßenstrecken heute noch nicht in dem schönen, gebügelten Zustande sind, in dem wir sie in der Vorkriegszeit halten konnten. Die Anregung, uns nicht zu einseitig in bezug auf die Straßenbefestigung auf das Kleinpflaster festzulegen, wird von uns schon befolgt. Es werden an den verschiedensten Stellen der Provinz Versuche mit den neuen Befestigungsmitteln gemacht. Je nach den Erfahrungen, die wir mit diesen Versuchen machen werden, werden diese neuen Befestigungsmittel auch zur Anwendung kommen.

Nun wird Ihnen vorgeschlagen, auf einem Gebiete eine etwas radikale Kur vorzunehmen, nämlich die Autostraße Aachen—Köln wenigstens zu projektieren und den Provinzialausschuß zur Durchführung der weiteren Schritte zu ermächtigen. Es ist zwar jetzt eine Kritik laut geworden, und zwar auf Grund einer amtlichen Auslassung der Eisenbahndirektion in Köln, wonach die Eisenbahn Aachen—Köln durchaus in der Lage wäre, den Güterverkehr zu bewältigen und sogar noch über den jetzigen Güterverkehr hinauszugehen. In einem ganz auffallenden Gegenfasse dazu steht ein Eisenbahnbauprogramm, das die Kölner Direktion vor einigen Jahren dem Ministerium vorgelegt hat, in dem in der nachdrücklichsten Weise ausgeführt worden ist, daß die Bahnhofsanlagen in Aachen, Aachen-Rote Erde, Stolberg, Eschweiler und Düren vollkommen unzureichend seien, daß die Direktion nicht mehr in der Lage sei, den Verkehr zu bewältigen, und daß daher die Ausführung von Erweiterungsbauten unverzüglich in Angriff genommen werden müßte. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Aus welchem Jahre ist das?) Das ist ein Bauprogramm aus dem Jahre 1920; es ist noch nicht ausgeführt. Ich glaube aber, daß der Verkehr sich seitdem noch ganz bedeutend vergrößert hat, so daß das, was für 1920 zutraß, heute sicherlich noch weit mehr zutrifft.

Es sind weiter die Zahlen über die Sperrung der Aachener Bahnhöfe an einer großen Anzahl Tage besprochen worden. Seitens des Aachener Verkehrsamtes werden demgegenüber die gemachten Angaben, wie ich

telephonisch festgestellt habe, durchaus aufrechterhalten. Ich möchte aber vor allem betonen, daß diese Frage auch gar nicht für die Frage, ob Autostraße oder nicht, ausschlaggebend sein kann. Wenn das, was die Eisenbahndirektion sagt, richtig ist, daß sie in bequemster Weise in der Lage wäre, den Verkehr zu bewältigen, so wird damit um so mehr die Notwendigkeit der Autostraße bewiesen, denn dann zeigt sich, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Autoverkehr dem Eisenbahnverkehr derart überlegen ist, daß trotz guter Bahneinrichtungen die Wirtschaft sich des Autos bedient. Ueber die Vorteile brauche ich Ihnen nichts zu sagen; jeder, der in der Wirtschaft steht, kennt sie: Es wird das Umladen, der Transport von einer Stelle zur andern vermieden; die Schnelligkeit, die jederzeitige Verfügbarkeit, die Sicherheit, sind alles Dinge, die der Eisenbahnverkehr unmöglich so bieten kann. Wenn aber die Wirtschaft in dieser Weise den Autoverkehr verlangt, dann ist es nicht unsere Sache, nunmehr der Wirtschaft vorzuschreiben: Ihr sollt kein Auto benutzen, sondern Ihr sollt auf die Bahn gehen. Wir sind vielmehr überzeugt, daß die Wirtschaft selbst am besten beurteilt, was sie für sich nötig hat, und daß es Sache der öffentlichen Gewalten ist, sich den Forderungen der Wirtschaft in diesem Punkte anzupassen. Wenn deshalb der Autoverkehr trotz angeblich guter Bahneinrichtungen fortwährend nicht abnimmt, sondern ganz gewaltig zunimmt und auch noch zunehmen wird, so bleibt nichts anders übrig, als nunmehr nach einem Hilfsmittel zu suchen, um die unhaltbaren Zustände, die da entstehen, zu beseitigen. Dieses Mittel glauben wir in der Autostraße gefunden zu haben, einer Einrichtung, wie sie in anderen Ländern übrigens schon längst mit bestem Erfolge durchgeführt ist.

Infolgedessen möchte ich, ganz abgesehen von der Frage, die hier durch die Eisenbahndirektion aufgeworfen ist, der Ansicht sein, daß die Notwendigkeit der Autostraße derart begründet ist, daß Sie dem vorliegenden Projekt und der Ermächtigung des Provinzialausschusses zustimmen können. Es kann mit der endgültigen Beschlussfassung nicht bis zum nächsten Landtag gewartet werden, denn wir haben die Hoffnung, daß wir noch im Laufe des Winters zum Bauen kommen werden. Aus den Gründen, die in der wirtschaftlichen Schwierigkeit des Aachener Bezirks und in der Notwendigkeit der Erwerbslosenbeschäftigung liegen, müssen wir versuchen, sobald wie möglich auch dieses Mittel zur Lösung anzuwenden.

Des weiteren ist in ausführlicher Weise noch über verschiedene Fragen der provinziellen Wohlfahrtspflege verhandelt worden. Allerdings darf ich anerkennen, daß der Umfang der Kritik auf diesem Gebiete im Laufe der Jahre, die der Provinziallandtag gearbeitet hat, ständig abgenommen hat. Ich möchte das weniger auf andere Arbeitsmethoden zurück-

führen — es wurde ja schon darauf hingewiesen, daß es doch im wesentlichen dieselben Kräfte sind — als vielmehr auf einen Umstand, den ich ganz besonders begrüße: In einem Punkte hat die provinzielle Wohlfahrtspflege, vor allem die Fürsorgeerziehung, eine Menderung seit der Vorkriegszeit durchgemacht: Sie hat das Vertrauen weiter Kreise des Volkes gefunden, und zwar hat sie es dadurch gefunden, daß die weiten Kreise der Bevölkerung, auch der arbeitenden Bevölkerung, jetzt in der Lage sind, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten. Gerade aus diesem Grunde begrüße ich auch das Inslebentreten des Landesjugendamts, trotzdem ich aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kaiser einen gewissen Unterton des Zweifels herausgehört habe. Eine wesentliche Aufgabe des Landesjugendamts besteht auch darin, Jugendpflege und Jugendfürsorge in Verbindung mit der Gesamtheit der Bevölkerung zu bringen, die Gesamtheit der Bevölkerung durch ihre Vertreter hineinsehen zu lassen und bei ihnen damit das Vertrauen zu gewinnen, das die beste Grundlage zu einer sachlichen Arbeit ist.

Auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung sind Wünsche nach weiterer Ausdehnung der Familienpflege geäußert worden, Wünsche, die sich mit der Auffassung der Verwaltung durchaus decken. Die Schwierigkeiten sind aber zu bekannt, als daß ich sie hier hervorheben müßte. Wir nehmen Kenntnis von der Anregung, vielleicht nach der finanziellen Seite noch etwas mehr zu tun, obwohl wir nicht den Gedanken aufkommen lassen möchten, daß es sich für die ein Kind annehmende Familie um ein lukratives Geschäft handele. Wir sind vielmehr der Ansicht, es müssen hier ideale Gründe immer noch mitbestimmend sein.

Die Frage der Höhe der Kosten der Wohlfahrtspflege, die uns ja ganz besonders drückt, ist vor allem besprochen worden mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Unterbringung in Provinzialanstalten und die gewaltige Differenz gegenüber den Kosten der Privatanstalten. Es ist der Verdacht ausgesprochen worden, daß daraus nur gefolgert werden könnte, daß in den Privatanstalten die Kinder nicht das bekämen, was ihnen zukäme, denn sonst müßten ja die Provinzialanstalten in ganz unerantwortlicher Weise das Geld hinauswerfen. Nein, meine Damen und Herren, die ganze Differenz wird durch eine einzige Zahl erklärt: In unseren Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalten betragen die Personalkosten pro Kind und Tag 2,31 Mark und in unseren Irrenanstalten 1,96 Mark. Ich gehe nicht fehl in der Annahme, daß sie in den Privatanstalten nicht die Hälfte betragen werden. Damit, meine Damen und Herren, haben Sie im wesentlichen den Unterschied in den Gesamtpflegekosten pro Tag ohne weiteres erklärt. (Zuruf des Abg. Haas: Worauf ist das zurückzuführen, Herr Landeshaupt-

mann? Handelt es sich da nicht um eine andere Art von Kranken?) Nein, es handelt sich nicht um eine andere Art von Kranken. Es ist darauf zurückzuführen, daß wir eine andere Art von Pflegepersonal haben. Die Privatanstalten haben Pflegepersonal, das keinen Lohn, keine sozialen Zulagen bekommt, das keine Familie zu ernähren hat. Das sind Tatsachen, die man nur konstatieren kann, ohne darüber ein Urteil abzugeben, die aber in der klarsten Weise die Differenz zeigen. Es ist auch darauf zurückzuführen, daß beispielsweise in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten auf 7 Kranke ein Pfleger kommt, während in den Privatanstalten auf 10 Kranke ein Pfleger entfällt. Nebenbei bemerkt, ist die Herabdrückung auf 7 in den Provinzialanstalten in einer so gewaltsamen Weise erfolgt, daß ich zweifle, ob sie sich aufrecht erhalten läßt; sie wird wahrscheinlich noch heruntergesetzt werden müssen. Das liegt an der längeren und intensiveren Arbeitsweise, wie wir sie in den Privatpflegeanstalten haben. Da können wir naturgemäß mit dem weltlichen Personal der Provinzial-Pflegeanstalten finanziell nicht konkurrieren. Das hindert nicht, daß ich nochmals gern hervorhebe, daß auch das Personal unserer Provinzialanstalten in aufopferndster Weise seinen Dienst tut, daß Beschwerden, die wir vor Jahren nach dieser Richtung gehabt haben, im wesentlichen ausgemerzt sind und daß auch ein gutes Einvernehmen zwischen Direktion und Personal fast in allen Anstalten vorliegt. Das gibt mir auch Veranlassung, nochmals festzustellen, daß ich dieses System, Provinzialanstalten neben Privatanstalten zu haben, für durchaus richtig halte. Ich gebe auch nochmals zu, daß eine große Anzahl recht schwieriger Kranken oder Fürsorgezöglinge in Provinzialanstalten gehalten werden müssen. Wir haben aber auch einzelne Gebiete der Fürsorge, wo wir überhaupt keine Provinzialanstalten besitzen, beispielsweise bei den weiblichen Fürsorgezöglingen, wo auch die allerschwierigsten Elemente, die gerade auf diesem Gebiete besonders schwer zu bessernden Elemente in Privatanstalten untergebracht werden müssen. Auf dem Gebiete der Irrenpflege gebe ich zu: Die Privatanstalten sind grundsätzlich nur für unheilbare Kranke bestimmt, die im allgemeinen nicht die Pflege und die Aufmerksamkeit erfordern wie die immerhin einen gewissen Prozentsatz darstellende Zahl der heilbaren Kranken, die wir in den Provinzialanstalten haben.

Es ist ferner die grundsätzliche Frage erörtert worden, wie weit die Provinz sich an wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligen oder sie in die Hand nehmen soll. Anscheinend besteht auf diesem Gebiete ein grundsätzlicher Unterschied zwischen rechts und links. Ich glaube aber, daß auch auf diesem Gebiete wie auf so vielen anderen, mit einem einheitlichen Schlagwort nicht zu Rande zu kommen ist, sondern

daß es auch hier notwendig ist, jeden Fall für sich ins Auge zu fassen und einen Mittelweg zu suchen, der zum Besten führt. Ich bin auch überzeugt, daß auch die Rechte des Hauses durchaus nicht der Ansicht ist, daß etwa die großen Verkehrsunternehmungen, die doch auch wirtschaftliche Unternehmungen sind, wie Eisenbahn und Kanäle, in private Hände gehören und nicht besser in der öffentlichen Hand sich befinden. Dasselbe gilt von den öffentlichen Straßen, von den Provinzialstraßen. Vor Jahren gab es ja auch Aktienstraßen, die wir inzwischen alle übernommen haben. Dasselbe wird von der Errichtung einer Autostraße gelten. Auch sie kann man nicht der Privatwirtschaft überlassen; dafür sind damit zu viele öffentliche Interessen verbunden. Etwas zweifelhaft ist schon die Sache auf dem Gebiete der Autobusunternehmungen. Infolgedessen ist auch hier der Mittelweg eingeschlagen worden, daß öffentliche und Privatwirtschaft sich zusammengetan haben, um diese Unternehmungen gemeinschaftlich zu betreiben. Es ist dann weiter auf die Unternehmungen: „Rheinisches Heim“ und „Wohnungsfürsorgegesellschaft“ hingewiesen worden, wo man ebenfalls im Zweifel sein könnte, ob dies Aufgaben sind, mit denen sich die Provinz zu befassen hat. Ich möchte hier darauf hinweisen, daß gerade diese beiden Unternehmungen unter dem alten Regime, und zwar wesentlich auf Betreiben der preußischen Staatsregierung, begründet worden sind, sogar gegenüber manchen Bedenken, die im Provinziallandtag damals bestanden, hat die preußische Staatsregierung unter allen Umständen auf diesen Gründungen bestanden, und auch jetzt steht die Staatsregierung mit ihren Geldmitteln durchaus hinter diesen beiden Unternehmungen. Wir begrüßen es dankbar, daß auf diese Weise sowohl für ländliche Siedlungen, wie auch für die Zwecke der Wohnungsfürsorgegesellschaft, die ja für die eigentlich ländliche Siedlung nicht so sehr in Frage kommt, Mittel des Staates für die Rheinprovinz zur Verfügung gestellt werden. Schon aus dem Grunde werden Sie sich unseren Vorschlägen, uns auch mit dem entsprechenden Kapital zu beteiligen, nicht entziehen können. Denn die notwendige Folge davon wäre, daß wir dann auch die entsprechenden Berliner Mittel nicht bekommen könnten. Im übrigen wird aber in der Kommission von den zuständigen Herren über die Tätigkeit der beiden Stellen noch näherer Aufschluß gegeben werden.

Eine andere Frage ist die des Erwerbs von landwirtschaftlich zu nutzendem Boden für die Provinzialverwaltung. Der Herr Abgeordnete Haas hat hier zwei Fragen miteinander verquitt, die nicht ohne weiteres zusammenhängen. Zunächst hat er den Vorschlag gemacht, daß die Provinzialverwaltung in ähnlicher Weise, wie es von der Staatsregierung in Aussicht genommen worden ist, Dedland erwerben,

dieses kultivieren und dort Provinzialdomänen anlegen soll. Ich glaube, wenn die Provinzialverwaltung dazu übergeht, so wird das ein wirksames Mittel, um dort die notwendigen Nahrungsmittel für unsere Provinzialanstalten herauszuziehen, vorläufig noch nicht darzustellen, denn, ehe man auf diesem zu kultivierenden Dedland Weizen und Roggen baut, wird wohl noch einige Zeit vergehen.

Herr Abgeordneter Haas hat erwähnt, daß ich in der Sitzung des Provinzialausschusses Kritik an diesem Antrage geübt habe. Ich halte es an dieser Stelle für bedenklich, auf die Ausführungen in der Sitzung des Provinzialausschusses meinerseits näher einzugehen. (Sehr richtig! rechts. Zuruf des Abg. Haas: Warum?) Ich möchte hier nur wiederholen, daß ich diese Bedenken sachlich durchaus aufrecht erhalte auf Grund der Erfahrungen, die die Provinzialverwaltung vor vielen Jahren einmal gemacht hat, als auch der Gedanke austauchte und nun Zusammenstellungen von Dedländereien von vielen tausend Morgen aus der ganzen Provinz gemacht wurden. Als wir dann durch Sachverständige diese Dedländereien nachprüfen und uns eine Aufstellung über die Kosten der Kultivierung und über das, was möglicherweise dort wächst, machen ließen, ergab sich, daß kaum etwas für eine rationelle Kultivierung übrig blieb. Herr Abgeordneter hat ja auch selbst den Satz geprägt: Wir werden noch viel Geld aufwenden müssen, ehe auf diesen Dedländereien Getreide wächst. Das ist auch meine Ueberzeugung. Nichtsdestoweniger begrüße ich es, wenn der Provinzialausschuß die Prüfung in die Hand nimmt. Aber auch hier wird es unbedingt notwendig sein, nicht dasselbe Bild zu zeigen, das ich eben auf dem Gebiete des Ruhrfriedlungsverbandes hervorgehoben habe, daß nun auch hier wieder mindestens zwei Behörden das Gleiche betreiben, sondern es wird hier mit der preußischen Staatsregierung zusammenzugehen und eine Verständigung zu suchen sein.

Was nun den zweiten Grundsatz angeht, zu versuchen, auf eigenem Grund und Boden die Bedürfnisse der Provinzialanstalten zu ziehen, so ist dieser Grundsatz bisher nur in einem verhältnismäßig kleinen Umfange zur Durchführung gebracht. In der Nachbarprovinz Westfalen ist er in viel weiterem Umfange durchgeführt. Vollständig die Bedürfnisse zu ziehen, daran können wir niemals denken. Schon die notwendige Fläche zum Getreidebau würden wir nicht aufbringen können. Nichtsdestoweniger kann es wünschenswert erscheinen, um den Provinzialanstalten die Sicherheit guter Belieferung zu garantieren, auch hier etwas weiter zu gehen. Dementsprechend haben Sie auch in der letzten Sitzung des Provinziallandtags schon einen Beschluß gefaßt, der für die Provinzialverwaltung maßgebend ist, nämlich den Beschluß, den Ertrag, der aus dem Verkauf des Landarmenhauses

Trier erlöst wird, zum Ankauf von Grundbesitz bei anderen Provinzialanstalten zu verwenden. Inzwischen ist das Landarmenhaus zum Preise von 900 000 Mark verkauft worden, und dieser Betrag steht zur Verfügung. Es muß natürlich mit einiger Vorsicht ausgewählt werden, was gekauft wird. Es darf nicht ohne weiteres das Bestreben herrschen, diese 900 000 Mark unter die Leute zu bringen und das erste Beste zu erwerben. Es wird aber zur Zeit versucht, auf diesem Gebiete vorzugehen. Der wesentlichste Grund ist aber, wie es Herr Haas auch schon andeutete, der, daß es uns auf diese Weise möglich wird, die große Zahl der Pflinglinge, die wir zu versorgen haben, nicht nur in nutzbringender, sondern auch in einer für ihre Gesundheit und ihr Gemüt entsprechenden Weise zu beschäftigen. Die sonst in den Anstalten üblichen Beschäftigungen, die handwerk-mäßigen Beschäftigungen, franten ja vielfach daran — ich denke hier an die Provinzial-Heil- und Pfling-anstalten —, daß sie eintönig werden. Ich denke auch daran, daß wir uns den bekannten Beschwerden des freien Handwerks über unerlaubte Konkurrenz öffentlicher Betriebe aussetzen. Um so besser ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft, wo wir sie in etwa erreichen können. Aus diesem Grunde würde ich es begrüßen, wenn es uns gelänge, in Bälde zu diesem Zwecke weiteren Grundbesitz zu erwerben. Aber auch hier möchte ich wieder hervorheben: Es kann nicht darauf ankommen, ein Schlagwort nach der einen oder anderen Seite aufzustellen, sondern man muß von Fall zu Fall vorgehen und das suchen, was im Interesse der Durchführung unserer schwierigen Aufgaben am dienlichsten und förderlichsten ist. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarrés: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Fraktionen verzichten auf den zweiten Redner. Ich möchte damit die Aussprache schließen.

Ich muß als Vorsitzender jedoch noch auf einige Ausführungen des Herrn Abg. Knab eingehen, die ein unrichtiges Bild von den damaligen Barmer Verhandlungen gaben. Ich bin berechtigt und verpflichtet, diese Bemerkungen zu machen, weil ich seinerzeit den Vorsitz im Landtage in Barmen geführt und namens der großen Parteien des Landtags auch die damalige Entschließung vorgetragen habe. Aus dem Protokoll ergibt sich, daß diese Entschließung, mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, von dem ganzen Landtag angenommen worden ist. (Zustimmung. Abg. Knab: Aha!) Diese Entschließung enthält nun nicht das, was Herr Abgeordneter Knab daraus gefolgert hat. (Zuruf des Abg. Knab: So dumm waren Sie nicht!) Auch die Ausführungen der einzelnen Fraktionen, die diese Entschließung motivieren, rechtfertigen durchaus nicht die Schlüsse, die Herr Knab daraus gezogen und zu Vorwürfen gegen einzelne Mitglieder des Hauses

benutzt hat. Es ist damals folgende Entschließung gefaßt worden:

„Als Vertreter der Bevölkerung der gesamten Rheinprovinz, für die wir verantwortlich zu sprechen berufen sind, erklären wir vor aller Welt, daß das rheinische Volk den umstürzlerischen Bestrebungen, die in den letzten Wochen unsaubere und unverantwortliche, zum großen Teil landfremde Elemente in die Tat umzusetzen versucht haben, mit Abscheu und Verachtung gegenübersteht und nichts mit ihnen gemein hat. Dürfte das rheinische Volk handeln, wie es fühlt und denkt, keiner dieser Landesverräter stände mehr auf rheinischem Boden.“

Der Rheinische Provinziallandtag steht nach wie vor zu dem von ihm wiederholt feierlich bekundeten Bekenntnis, daß wir Rheinländer deutsch sind und bleiben und daß deutsches Schicksal auch unser Schicksal sein soll. In der Not des Vaterlandes wollen wir seine treuen Glieder bleiben, wie wir andererseits erwarten, daß das Leid der Westmark von dem unbefestigten Gebiete bis zum letzten geteilt wird. Eine Aenderung unserer Verhältnisse zu Preußen und zum Reich kann nur auf verfassungsmäßigem Wege in Frage kommen.“

(Zuruf des Abg. Knab: Hört, hört! Hierauf kommt es an!) Auf diesen Punkt kommt es allerdings insofern an, als in diesem Satz unzweideutig zum Ausdruck gekommen ist, wie es zum Ausdruck kommen sollte, daß die separatistischen Umtriebe, die auf gewaltsamem Wege . . . (Abgeordneter Knab widerspricht, den Redner unterbrechend.) Herr Abgeordneter Knab, würden Sie mir auch einen Augenblick gestatten, zu sprechen? (Abg. Knab: Sie machen jetzt persönliche Ausführungen und lesen uns etwas vor!) Ich mache keine persönlichen Ausführungen, sondern ich spreche nach meinem Recht und meiner Pflicht als Vorsitzender des Landtags, der damals die Entschließung des Landtags vortragen durfte und der deshalb auch berufen und berechtigt ist, gegen eine falsche Auslegung dieser Entschließung seine Meinung zu sagen. (Zuruf des Abg. Knab: Sie polemisieren, Sie dürfen nur vorlesen, was darin steht!) Was ich darf, entscheide ich zunächst selbst und bei Widerspruch das Haus. (Zuruf des Abg. Knab: Ich erhebe ja Widerspruch dagegen!) Dann frage ich das Haus (Zuruf des Abgeordneten Knab: Die Mitschuldigen werden gefragt!), ob der Landtag der Meinung ist, daß ich in meinen Ausführungen fortfahren soll. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Meinung der Mehrheit des Hauses, die offenbar damit auch meint, daß sie nicht wünscht, daß sein Vorsitzender stets unterbrochen wird. (Erneute Zustimmung.)

Diese Entschließung richtet sich ganz klar gegen die separatistischen Umtriebe, die damals im Rheinlande vor sich gingen. Die Veranlassung zur Berufung des

damaligen Barmer Landtags waren diese separatistischen Umtriebe. Dazu hat der Landtag unzweideutig Stellung genommen.

Meine Damen und Herren! Darf ich ein Wort daran anknüpfen? Ich glaube, ich spreche nach der Empfindung wenigstens des allergrößten Teiles des Rheinlandes und auch nach der Empfindung des Landtags, wenn ich sage: Es ist auf die Dauer nicht möglich und nicht ertraglich, daß die sachlichen Meinungsverschiedenheiten, die früher, in trauer und wirrer Zeit auch hier im Landtag zum Ausdruck gekommen sind, jetzt zu gegenseitigen Angriffen ausge-
nutzt werden. (Lebhafte Sehr richtig!) Diese Angriffe und diese Meinungsverschiedenheiten müssen einmal aufhören. (Zustimmung.) Ich möchte bitten, daß wir uns alle danach richten. Es kommt nicht darauf an, nachträglich zu untersuchen, welcher von den verschiedenen ehrlich vorgeschlagenen Wegen der richtige war, sondern es kommt darauf an, daß wir als Rheinländer den gegebenen Weg einig verfolgen. Ich glaube, wir haben einen solchen Weg, und wir können auf ihm einig gehen. Lassen Sie mich als Vorsitzenden den mir aus dem Herzen kommenden Wunsch aussprechen, daß wir das Vergangene und die damaligen Meinungsverschiedenheiten vergessen und in Zukunft diesen gegebenen Weg einig betreten. (Beifall.)

Das Wort zu einer „persönlichen Erklärung“ ist von Herrn Abgeordneten Knab gewünscht worden. Ich bitte, mir nach § 23 der Geschäftsordnung diese persönliche Erklärung vorher schriftlich vorzulegen. (Zuruf des Abg. Knab: Ich bitte zur Geschäftsordnung ums Wort!) Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Knab.)

Abgeordneter Knab: Ich muß zunächst einmal feststellen, daß der Herr Vorsitzende mit zweierlei Maß mißt. Er selbst hat die Erklärung, die er abgegeben hat, auch nicht vorher schriftlich eingereicht (Heiterkeit), sondern als Vorsitzender gibt er diese Erklärung einfach aus eigener Machtvollkommenheit ab.

Zweitens heißt es im § 23: „Außerhalb der Tagesordnung kann der Vorsitzende das Wort zu einer tatsächlichen Feststellung oder persönlichen Erklärung erteilen. Sie ist ihm vorher schriftlich vorzulegen.“ Ich gebe keine Erklärung oder persönliche Nichtigstellung außerhalb der Tagesordnung ab, sondern nach Schluß der Etatsbesprechung, innerhalb deren von allen Fraktionsrednern auf die Innen- und Außenpolitik der Gegenwart und der Vergangenheit eingegangen worden ist. Ich mache eine persönliche Bemerkung nach § 22, um eine Ausführung richtigzustellen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das können Sie. Aber Sie haben nach § 23 das Wort zu einer persönlichen „Erklärung“ verlangt. So hat es mir der Herr Schriftführer gesagt. Wenn Sie nach § 22 eine persönliche

„Bemerkung“ machen wollen, so steht Ihnen das frei, ohne daß Sie es schriftlich zu machen brauchen. Aber diese Bemerkung darf nur persönliche Angriffe abwehren und eigene Ausführungen klarstellen.

Ich darf auch das Ihnen noch sagen: Im Rahmen der Geschäftsführung kann ich selbstverständlich Erklärungen abgeben, ohne an die Vorschriften des § 23 gebunden zu sein.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Knab.

Abgeordneter Knab: Der Herr Vorsitzende hat in seiner Schilderung der Verhältnisse und der Auslegung, die er der Entschließung von Barmen gegeben hat, eine Darstellung gegeben, die dem widerspricht, was ich eben in meiner Etatsrede erklärt habe. Er wünscht, daß darüber in der Öffentlichkeit nicht weiter diskutiert wird. Diesem Wunsche können wir uns nicht anschließen, weil von seiner Seite und von seiten des Zentrums diese Diskussion ja erst in die Öffentlichkeit hineingebracht worden ist, und meiner Ueberzeugung nach in einer falschen und unverständlichen Art und Weise, weshalb ich eben in der Etatsrede die Gelegenheit benutzen mußte, um das klarzustellen.

Ich gehe jetzt auf die Sache nicht weiter ein. Auf die Beschuldigung, die von Herrn Jarres eben in der sogenannten Klarstellung vorgetragen wurde, ich hätte eine unrichtige Darstellung oder Auslegung der Entschließung gegeben, erkläre ich mich hiermit bereit, trotzdem ich kein Vertrauen in die bürgerlichen Gerichte besitze, den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten, daß der Abschnitt II dieser Entschließung von Barmen die Antwort gewesen ist auf das, was Tirard durch die Vertreter des Provinziallandtages, die Herren Louis Hagen, Mönnig und Lönarb, den Provinziallandtag zu fragen hatte. Ich erkläre mich nochmals dazu bereit, den Wahrheitsbeweis an gerichtlicher Stelle anzutreten. (Zuruf des Abg. Dr. Wesenfeld: Das können Sie ja mal versuchen!) Ob Sie den mich antreten lassen wollen oder das von mir verlangen, ist Ihre Sache. Ich gebe diese Erklärung nur ab, um den persönlichen Angriff des Vorsitzenden abzuwehren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das war kein persönlicher Angriff von mir, sondern es war die Abwehr eines Angriffes auf verschiedene Parteien des Hauses.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Hagen das Wort.

Abgeordneter Dr. Hagen: Ich muß erklären, daß ich niemals einen Auftrag des Herrn Tirard in irgendeiner Beziehung hatte, am wenigsten einen Auftrag an den Provinziallandtag, insofern auch niemals in dieser Beziehung irgendeine Äußerung getan haben kann. (Zuruf des Abg. Knab: Das ist gelogen!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Knab, ich rufe Sie wegen dieses unerhörten Zurufs zur Ordnung. Die Erörterung ist geschlossen. (Zuruf des Abg.

Knab: Dafür haben wir Zeugen! Wagen Sie es doch, ans Gericht zu gehen! Ich nenne Sie (zu Herrn Abgeordneten Dr. Hagen) einen Lügner!) Herr Abgeordneter Knab, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Es sind noch folgende Anträge zu verlesen, die bisher von den Parteien zwar angedeutet, aber noch nicht verlesen worden sind.

Zunächst folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Provinziallandtages:

„Die jetzige Eingruppierung in den unteren Gruppen des Personals in den Heil- und Pflegeanstalten sowie in den Fürsorgeerziehungsanstalten entspricht durchaus nicht der verantwortlichen Tätigkeit, welche dieses Personal zu verrichten hat. Besonders an das Pflegepersonal werden hohe Ansprüche sowohl in körperlicher als auch in seelischer Beziehung gestellt. Es wird deshalb beantragt, folgendes zu beschließen:

1. Das beamtete Pflegepersonal wird nach Gruppe 3 der Besoldungsordnung eingestuft, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 4.
2. Für beamtete Handwerker kommt als Eingangsstufe die Gruppe 4 in Betracht, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 5.
3. Handwerker in den Heil- und Pflegeanstalten, die selbständig einer Werkstatt vorstehen, werden nach Gruppe 5 besoldet, nach zehnjähriger Dienstzeit Aufstieg nach Gruppe 6.
4. Erzieher in den Fürsorgeerziehungsanstalten werden nach Gruppe 4 eingestuft mit Aufstieg nach Gruppe 5; desgleichen werden die Erziehergehilfen eine Gruppe höher eingestuft.
5. Das dem Tarifvertrag unterstehende Personal erhält eine Aufbesserung seiner Bezüge entsprechend Ziffer 1—4 dieses Antrages. Die Tarifgruppen 1 und 2 werden in ihren Bezügen der Besoldungsgruppe 2 gleichgestellt.“

Weiterer Antrag der SPD.:

„Die Landesbank berechnet augenblicklich für die als Zwischenkredite zum Zwecke des Kleinwohnungsbaues ausgeworfenen Gelder einen Zinsfuß von 12 Prozent. Die Folge dieser Verzinsung ist eine zu hohe Belastung des Kreditnehmers. Die erforderlichen Aufkommen für den Zinsendienst stehen in keinem richtigen Verhältnis zu den Einkünften der Kreise, die die Zinsen aufbringen müssen. Der unbedingt zu befriedigende Mindestbedarf an Kleinwohnungen macht die Inanspruchnahme der Kredite

unumgänglich. Die Verzinsung muß in einen Rahmen gedrängt werden, der den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kleinwohnungsuchenden entspricht. Zu diesem Zweck beschließt der Provinziallandtag:

„Aus Mitteln der Provinzialverwaltung ist ein Betrag von 500 000 Mark bereitzustellen, der zur Verbilligung der für die Zwischenkredite berechneten Zinsen dient. Die Landesbank erhebt für die Zwischenkredite einen Zinsfuß, der sich jeweils 4 Prozent unter dem Reichsbankdiskont bewegt. Die Beträge, die die Landesbank hierdurch an Zinsverlust hat, werden aus obiger Summe bestritten.“

Endlich ein Antrag der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft:

„Der Provinziallandtag wolle die Ersatzwahl für das aus dem Provinzialausschuß durch Tod ausgeschiedene Mitglied Dr. Röttgen vornehmen und schlägt als Mitglied Herrn Justizrat Dr. Wesenfeld vor.“

Dann habe ich noch mitzuteilen, daß Herr Abgeordneter Lenze nach Koblenz, hierher übermittelt, mitgeteilt hat, daß er erst von Montag ab an der Sitzung des Landtages teilnehmen könne.

Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung ist damit erledigt.

Ich schlage vor, uns zu vertagen auf Montag nachmittag 5 Uhr.

Der Provinzialausschuß wird um 3¼ Uhr zusammengetreten. Die übrigen Ausschüsse werden gebeten, schon um 4 Uhr zusammenzutreten, also nicht erst um 5 Uhr.

Ich bitte aber, in den Ausschüssen die Arbeit so zu fördern, unter Umständen auch unter Hinzunahme des morgigen Tages, daß wir am Montagnachmittag eine ausreichende Tagesordnung für die Plenarsitzung haben. Das gilt selbstverständlich in erster Linie für den Sachausschuß I, der vermutlich bis Montag mittag noch nicht fertig wird.

Sollten Fraktionsitzungen notwendig sein, so werden die Fraktionen nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach der Auffassung des Ältestenrats dazu am Sonntag zusammenzutreten sollen, denn am Montag wird dazu keine Zeit in größerem Maße zur Verfügung stehen.

Die Tagesordnung der nächsten Sitzung ist dieselbe wie heute. Damit sind Sie einverstanden. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 1 Uhr 57 Minuten.)